

Der **Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2015**

besteht aus drei Teilen:
Diesem pdf, in dem Sie die Ergebnistexte, Grafiken und Erläuterungen zu den Indikatoren finden, einer Exceldatei mit ausführlichen Tabellen sowie interaktiven Karten.

◀ zu den interaktiven Karten



Impressum

Regionaler Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2015

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Kontakt:

Ricarda Nauenburg
Telefon: 030 9021-3697
E-Mail: mikrozensus@statistik-bbb.de

Copyright

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
Potsdam 2016

Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe
gestattet.

Zeichenerklärung:

/ Zahlenwert nicht sicher genug

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen 4

Die Indikatoren 8

A Einkommensarmut 8

- A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab 8**
 - I nach Altersgruppen und Geschlecht 8
 - II von Langzeiterwerbslosen nach Geschlecht 10
 - III nach Bildungsabschluss und Geschlecht 11
 - IV nach Bildungsabschluss des/der Haupteinkommensbezieher/in im Haushalt 12
 - V von frühen Schulabgängern/innen nach Geschlecht 13
 - VI nach Haushaltstyp 14
 - VII der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätigen lebt nach Haushaltstyp, Altersgruppen und Geschlecht 16
 - VIII nach Migrationshintergrund 18
 - IX nach Migrationshintergrund gemäß Berliner PartIntG 19
 - X der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 20
 - XI von Rentnern und Pensionären nach Geschlecht 22
- A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab 24**
 - I nach Altersgruppen und Geschlecht 24
 - II nach Bildungsabschluss und Geschlecht 26
 - III der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 28
- A 2 Armutsquoten im Landesmaßstab 30**
- A 3 Quoten strenger Armut im Landesmaßstab 31**
- A 4 Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens 32**
- A 5 Armutsschwellen im Landesmaßstab 34**

B Einkommensverteilung 36

- B 1 Relative Armutsgefährdungslücke im Landesmaßstab 36**
- B 2 Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 60 Jahren 38**
- B 3 Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 65 Jahren 40**
- B 4 Gini-Koeffizient 42**
- B 5 S80/S20-Quote 43**
- B 6 Reichtumsquoten im Landesmaßstab 44**
- B 7 Reichtumsschwellen im Landesmaßstab 45**

C	Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen	46	C1	Mindestsicherungsquoten	46
			C2	SGB II-Quoten	47
			C3	Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	48
			C4	Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	50
			C5	Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	52
D	Qualifikationsniveau	54	D1	Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand	54
			D2	Anteil der frühen Schulabgänger	56
			D3	Tertiäre Abschlüsse	57
E	Erwerbsbeteiligung	58	E1	Erwerbstätigenquoten	58
			E2	Erwerbslosenquoten	60
			E3	Langzeiterwerbslosenquoten	62
			E4	Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätige	64
			E5	Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung	66
F	Gesundheit	68	F1	Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung	68
G	Wohnsituation	70	G1	Anteil der Bevölkerung mit weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche im Landesmaßstab	70
			G2	Durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche nach Armutsgefährdung im Landesmaßstab	72

Definitionen, Relevanz, Methodische Hinweise 74

Datenquellen 96

Literatur 98

Vorbemerkungen

Einleitung

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg legt mit diesem Bericht die zweite Fortschreibung des Regionalen Sozialberichts Berlin und Brandenburg vor. Die Neuauflage beinhaltet in erster Linie die Aktualisierung der Daten vom Berichtsjahr 2012 auf das Berichtsjahr 2014.

Sozialberichterstattung mit dem Hauptschwerpunkt Armutsbetrachtung ist nach wie vor ein von vielen Akteuren und auf vielen Ebenen verfolgtes Thema. In regelmäßigen Abständen veröffentlichte Berichte der verschiedenen Autoren und Herausgeber werden von den Medien und der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt. Die amtliche Statistik hat ein eigenes Internetportal¹ zum Thema eingerichtet. Für die Länder Berlin und Brandenburg sind zusätzlich beispielsweise das Berichtssystem „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“, herausgegeben von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, der „Sozialstrukturatlas Berlin“ aus der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, die Publikationsreihe „Sozial Spezial – Daten und Fakten“ des Brandenburger Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und die jährlich veröffentlichten „Brandenburger Sozialindikatoren“ des Landesamtes für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg einschlägig².

Mit dem Regionalen Sozialbericht für Berlin und Brandenburg liegt ein Sozialbericht vor, der beide Länder umfasst und damit die gesamte Metropolregion. Der Bericht ist als Indikatorenbericht angelegt. Die Innovation besteht in der Anwendung eines umfangreichen EU-Indikatorensets zur Beschreibung der sozialen Integration auf die Länderebene und darunter. Weitere relevante Indikatoren, beispielsweise zur sozialen Mindestsicherung und zur Wohnsituation wurden ergänzt. Neben der Länderebene werden als tiefste regionale Ebene die Berliner Bezirke und Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte für alle in Frage kommenden Indikatoren abgebildet. Außerdem wird jeder Indikator nach Möglichkeit für relevante soziale Gruppen dargestellt. Der Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt dient der Einordnung der Berliner und Brandenburger Ergebnisse. Durch die Darstellung von Zeitreihen werden Entwicklungen und Trends deutlich.

Das Indikatorensystem der Europäischen Union

Der Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg baut auf EU-Indikatoren der sozialen Integration auf. Die Europäische Union hat im Jahr 2006 im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) für Sozialschutz und soziale Eingliederung Indikatorensets für die Erstellung von Länderberichten zum Erfolg der nationalen Strategien für soziale Sicherheit und soziale Integration in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vorgeschlagen. Es wurden sowohl die vorhandenen Laeken-Indikatoren³, Indikatoren zum Monitoring der Lissabon-Strategie als auch Nachhaltigkeitsindikatoren einbezogen. Die als Nachfolger der bis 2010 geltenden Lissabon-Strategie entwickelte [Europa 2020 Strategie](#) wurde vom Europäischen Rat am 17. Juni 2010 angenommen und ist die gemeinschaftliche EU-Agenda für das nächste Jahrzehnt. Sie setzt den Schwerpunkt auf intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zur Überwindung der in der Wirtschafts- und Finanzkrise offenbar gewordenen strukturellen Schwachstellen der Europäischen Wirtschaft sowie auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität und ist einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Die Hauptthemen der Strategie werden in der Form von fünf Kernzielen auf EU-Niveau formuliert. Die zugehörigen Leitindikatoren in Bezug auf Erwerbstätigkeit und Bildung wurden in diesen Bericht übernommen.

1. www.amtliche-sozialberichterstattung.de/
2. Diese und weitere Veröffentlichungen siehe Literaturverzeichnis

3. Laeken-Indikatoren: Von der EU 2001 verabschiedetes, ständig aktualisiertes Indikatorenset zur Beobachtung der Erfolge bei Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf regionaler Ebene (NUTS II, Regierungsbezirke).

4. Beschluss des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene 85/8/EWG EU-Berichterstattung

Vorbemerkungen

In Bezug auf die Messung von Armut geht die Europäische Union für den europäischen Kontext von einem relativen Armutskonzept aus: Personen, Familien und Gruppen sind arm, wenn sie „über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“⁴. Armut in modernen Gesellschaften bedeutet damit nicht mehr ein Leben am biologischen Existenzminimum, sondern fehlende Teilhabe an den Reichtümern und Errungenschaften der Gesellschaft beziehungsweise fehlende soziale Integration. Materielle Armut wird dabei als das Grundhindernis für Teilhabe angesehen. Als besonders gefährdete Gruppen gelten Familien mit mehreren Kindern, Alleinerziehende, Kinder und alte Menschen, Personen mit niedrigem Bildungsabschluss oder Migrationshintergrund. Treffen mehrere der genannten Risikofaktoren zusammen, vervielfacht sich das Risiko, arm zu sein.

Zur Darstellung des Problems hat sich in letzter Zeit der Begriff der relativen Armutgefährdung durchgesetzt. Er stellt auf Einkommensarmut ab, berücksichtigt damit nicht eventuell vorhandenes Vermögen bzw. eine Verschuldung, sondern lediglich das monatliche Einkommen. Bei der Berechnung der Armutgefährdung wird die sogenannte neue OECD-Skala für die gewichtete Haushaltsgröße eingesetzt, um Einspareffekte von Mehrpersonenhaushalten und geringere Bedarfe von Kindern berücksichtigen zu können. Armutgefährdet sind alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb von 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens liegt. Dieser Wert wird auch als Armutgefährdungsschwelle bezeichnet. Die Armutrisikoquote ist der Anteil der armutgefährdeten Personen an der Gesamtbevölkerung. Personen, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen unterhalb von 40 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens liegt, leben in strenger Armut, unterhalb von 50 Prozent in Armut. Die 70-Prozent-Schwelle bezeichnet die Armutnähe. Die Bestimmung des mittleren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens kann auf verschiedenen regionalen Ebenen erfolgen. Für die EU-Berichterstattung geschieht das beispielsweise auf Bundesebene. Das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen kann jedoch auch für jedes Bundesland einzeln bestimmt werden. Die Entscheidung für eine der beiden Perspektiven sollte sich am jeweiligen Untersuchungsziel orientieren. So empfiehlt sich für Fragen zum Grundsatz der „gleichwertigen Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ die Betrachtung der regionalen Einheiten unter dem Nationalkonzept. Dieses erleichtert zudem die Vergleichbarkeit der Armutgefährdungsquoten zwischen den Bundesländern. Bei Untersuchungen, die sich auf Teilräume beziehen (z.B. ein bestimmtes Bundesland, einen bestimmten Kreis), bietet sich dagegen das Regionalkonzept an. Keines der beiden Konzepte löst allerdings das Problem, wie regionale Preis- und Kaufkraftunterschiede bei der Analyse der Armutgefährdung berücksichtigt werden können, das regionale Konzept allerdings eher als das nationale: In Regionen mit hohem Durchschnittseinkommen ist auch das Preisniveau erhöht, allerdings nicht in gleichem Maße. Dieser Bericht bietet beide Sichtweisen an. Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf nominalen Einkommen, die Inflationsrate ist nicht berücksichtigt.

Konzeption des Berichts

Für den vorliegenden Bericht wurden die Indikatoren aus den Indikatorensystemen der Europäischen Union zum Thema soziale Integration so ausgewählt, dass ein umfassendes Abbild der sozialen Lage der Bevölkerung von Berlin und Brandenburg entsteht. Weitere relevante Indikatoren, beispielsweise zur sozialen Mindestsicherung und zur Wohnsituation wurden ergänzt. Damit wird neben dem Konzept der relativen Armut auch das Konzept der bekämpften Armut in diesem Bericht dargestellt.

Jeder Indikator wird in seiner zeitlichen Entwicklung zum einen für die relevanten Bevölkerungsgruppen und zum anderen, wenn möglich, auf der regionalen Ebene der Berliner Bezirke respektive der Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte dargestellt.

Vorbemerkungen

Die Indikatoren sind – angelehnt an die Struktur der Veröffentlichungen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik (www.amtliche-sozialberichterstattung.de) – in die Bereiche

- A Einkommensarmut
 - B Einkommensverteilung
 - C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen
 - D Qualifikationsniveau
 - E Erwerbsbeteiligung
 - F Gesundheit und
 - G Wohnsituation
- gegliedert.

Zum umfangreichsten ersten Abschnitt A Einkommensarmut gehören die Armutsgefährdungsquoten A 1, die weiter untergliedert sind in Armutsgefährdungsquoten nach dem Landesmaßstab (A 1 a) und Armutsgefährdungsquoten nach dem Bundesmaßstab (A 1 b). Diese sind jeweils weiter unterteilt in einzelne Indikatoren, die den Zusammenhang der Armutsgefährdung mit relevanten sozialen Dimensionen wie beispielsweise Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss oder Erwerbsstatus für die beiden Betrachtungsweisen darstellen. Da sich der regionale Sozialbericht auf die Länderebene und darunter konzentriert, sind die weiteren Indikatoren Armutsquoten (A 2), Quoten strenger Armut (A 3) und der Anteil der armutsnahen Bevölkerung (A 4) im Landesmaßstab dargestellt. Die Schwellenwerte für die verschiedenen Quoten (A 5) runden den Abschnitt ab.

Der Abschnitt B Einkommensverteilung behandelt die Relative Armutsgefährdungslücke (B 1), die Informationen zum Abstand des mittleren Einkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle liefert. Um die Angemessenheit der Einkommen Älterer beurteilen zu können, wird für die Indikatoren B 2 und B 3 das Verhältnis der mittleren Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 60 Jahren bzw. 65 Jahren zum mittleren Äquivalenzeinkommen der jeweils jüngeren Personengruppe berechnet. Der Gini-Koeffizient ist ein allgemeines Maß für die Ungleichheit einer Verteilung. In diesem Bericht wird er auf die Verteilung der Äquivalenzeinkommen angewendet (B 4). Die S80/S20-Quote gibt das Verhältnis der Summe aller Äquivalenzeinkommen des obersten Fünftels der gesamten Verteilung zur Summe der Äquivalenzeinkommen des untersten Fünftels an. Dieser Indikator ist in der Aussage mit dem Gini-Koeffizienten vergleichbar, berücksichtigt aber nicht die gesamte Verteilung. Reichtumsquoten (B 6) und Reichtumsschwellen (B 7) ergänzen die Betrachtung der Einkommensverteilung.

Im Abschnitt C wird die Abhängigkeit von sozialen Mindestsicherungsleistungen nach dem Konzept der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Sozialberichterstattung dargestellt. Die Indikatoren C 1 bis C 5 stellen die Mindestsicherungsquoten, die Anteile von SGB-II-Empfängern, Empfängern von Leistungen nach dem SGB XII und Empfängern von Asylbewerberleistungen dar. Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung gehört auch die Kriegsopferfürsorge. Die Zahl der Empfänger von Kriegsopferfürsorge ist in Berlin und Brandenburg sehr gering. Deshalb wird auf die Darstellung dieser Leistungsempfänger verzichtet. Sie gehen – anders als in der Darstellung der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Sozialberichterstattung auch nicht in die Mindestsicherungsquote C 1 ein.

Das Qualifikationsniveau ist über die Chancen der Arbeitsmarkt-beteiligung eine entscheidende Einflussgröße für die soziale Lage von Bevölkerungsgruppen. Die Reduzierung des Anteils der Niedrigqualifizierten und insbesondere der frühen Schulabgänger bzw. die Erhöhung des Anteils tertiär Ausgebildeter ist ein erklärtes Ziel der Europäischen Union und der Bundesregierung. In diesem Bericht werden der Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsabschluss (D 1), der Anteil der frühen Schulabgänger (D 2) und der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit tertiärem Abschluss dargestellt (D 3). Zwischen den Jahren 2013 und 2014 entsteht dabei ein Zeitreihenbruch, da ab dem Befragungsjahr 2014 im Mikrozensus die ISCED-Skala zur Klassifizierung von Bildungsabschlüssen in der Fassung von 2011 und nicht wie bisher von 1997 verwendet wird.

Vorbemerkungen

Mittelbar aus dem Qualifikationsniveau ergibt sich die Erwerbsbeteiligung, die einen direkten Einfluss auf die Armutsgefährdung hat. Dieser Bereich der Arbeitsmarktnähe wird durch die Erwerbstätigenquoten (E 1), die Erwerbslosenquoten (E 2), die Langzeiterwerbslosenquoten (E 3) und den Anteil der Personen, der in Haushalten ohne Erwerbstätigen lebt, abgedeckt. Ein weiterer Indikator in diesem Bereich ist das sogenannte Employment Gap – der Unterschied der Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung (E 5).

Aus dem EU-Indikatorenportfolio zum Thema Gesundheitsversorgung steht für den vorliegenden Bericht der Indikator F 1 Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung und Krankenversicherungsstatus zur Verfügung.

Zusätzlich bietet dieser Bericht Indikatoren zur Wohnsituation der (armutsgefährdeten) Bevölkerung an. G 1 stellt den Anteil der Bevölkerung mit weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche dar. G2 ergänzt dies um die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche abhängig von der Armutsgefährdung.

Datenquellen

Für die regionale Sozialberichterstattung in Deutschland ist der Mikrozensus eine bevorzugte Datenquelle. Für den Mikrozensus wird jährlich eine Ein-Prozent-Stichprobe der Wohnbevölkerung zu verschiedenen Themen befragt. Nur aus dem Mikrozensus können Armutsquoten in regionaler Tiefe dargestellt werden. Für Armutsberechnungen auf der Bundesebene werden derzeit auch die amtlichen Statistiken EU-SILC (Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen / Leben in Europa), die EVS (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) und das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) verantwortete SOEP (Sozioökonomisches Panel) ausgewertet. Durch die Verwendung verschiedener Datengrundlagen treten zwangsläufig Unterschiede in den berechneten Quoten auf. Der vorliegende Bericht zeigt die Quoten – auch auf der Bundesebene – ausschließlich auf Basis des Mikrozensus.

Tief regionalisierbar sind auch die hier verwendeten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und die Statistik der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und die Asylbewerberleistungstatistik.

Hinweis

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht der Einfachheit halber an einigen Stellen nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich immer mit eingeschlossen.

A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

I nach Altersgruppen und Geschlecht

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Alter, Geschlecht und Region

Relevanz

Einer der 10 Primärindikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union, Hauptindikator für Einkommensarmut; entspricht den Indikatoren 1a und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

- ◀ Datenquellen | Methodische Hinweise
- ◀ im Bundesmaßstab (A 1b I)

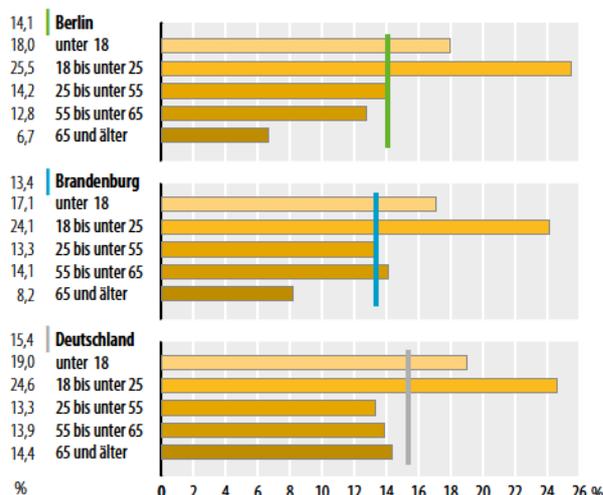
Ergebnisse

In **Berlin** war im Jahr 2014 jede siebte **Person** (14,1%) armutsgefährdet. Dabei sind Kinder unter 18 Jahren mit 18,0% überdurchschnittlich oft betroffen, Personen ab 65 Jahren mit 6,7% dagegen unterdurchschnittlich. Armutsgefährdung im Alter ist damit zwar durchaus existent, das Armutsrisiko aller anderen Altersklassen ist jedoch teilweise erheblich höher. Insbesondere im Ausbildungsalter von 18 bis unter 25 Jahren besteht mit 25,5% ein hohes Armutsrisiko. Bei volljährigen Personen haben Männer gegenüber Frauen ein leicht erhöhtes Armutsrisiko, aber im Ausbildungsalter von 18 bis unter 25 Jahren und im Rentenalter ab 65 Jahren sind Frauen einem stärkeren Armutsrisiko ausgesetzt (siehe Tabelle). Der Berliner Bezirk Neukölln hat den höchsten Anteil an armutsgefährdeten Einwohnern (21,5%), danach folgen die Bezirke Spandau mit 18,6%, sowie Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg mit jeweils 18,5%. Einen vergleichsweise geringen Anteil an armutsgefährdeten Einwohner hat der Bezirk Pankow (6,9%), gefolgt vom Bezirk Steglitz-Zehlendorf mit 7,8%. Die allgemeine Armutsgefährdungsquote für das Land Berlin bewegt sich seit 1996 mit ca. +/-2 Prozentpunkten um einen Wert von ca. 15% herum. Der stärkste Rückgang der Armutsgefährdungsquote lässt sich bei den unter 18-Jährigen verzeichnen (um ca. 5 Prozentpunkte), aber auch bei den über 65-jährigen Berlinerinnen ist die Armutsgefährdungsquote gesunken. Angestiegen ist sie bei älteren Männern ab 55 Jahren.

13,4% der **brandenburgischen** Bevölkerung leben mit einem Armutsrisiko. Auch in Brandenburg sind Kinder mit 17,1% überdurchschnittlich und Personen im Ruhestandsalter mit 8,2% unterdurchschnittlich oft betroffen. Das höchste Armutsrisiko haben aber Personen im Ausbildungsalter (24,1%). Frauen sind im Vergleich zu den Männern im Ausbildungsalter und in der Altersgruppe ab 65 Jahren öfter armutsgefährdet. Von den Brandenburgerinnen im Alter von 65 und mehr Jahren sind 9,3% einem Armutsrisiko ausgesetzt, von den gleichaltrigen Brandenburgern sind es 6,9%. Wobei 55- bis unter 65-jährige Männer mit 15,1% wiederum stärker armutsgefährdet sind als Frauen in der gleichen Altersgruppe. Den höchsten Anteil an armutsgefährdeten Einwohnern hat die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) mit 23,3%, der Kreis Prignitz mit 21,0% den zweithöchsten. Unter zehn Prozent bleiben die Kreise Havelland (6,8%), Potsdam-Mittelmark (8,7%), Teltow-Fläming (9,7%) und Dahme-Spreewald (9,9%). Die Armutsrisikoquote in Brandenburg ist seit 1996 mit einem recht deutlichen Trend um ca. 3 Prozentpunkte angestiegen. Dabei sind beide Geschlechter und alle Altersklassen von der Erhöhung der Armutsgefährdungsquoten betroffen. Dafür ist hauptsächlich die durch die deutsche Wiedervereinigung ausgelöste wachsende Ungleichverteilung der Einkommen verantwortlich.

... nach Region und Altersgruppen

2014



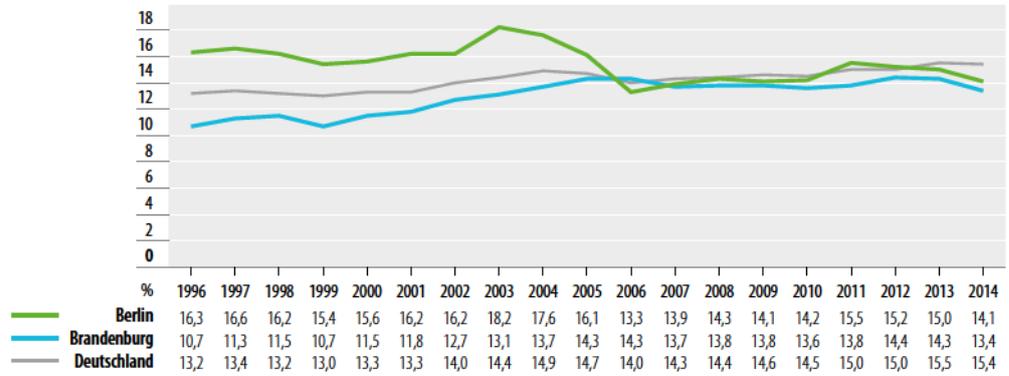
A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

I nach Altersgruppen und Geschlecht

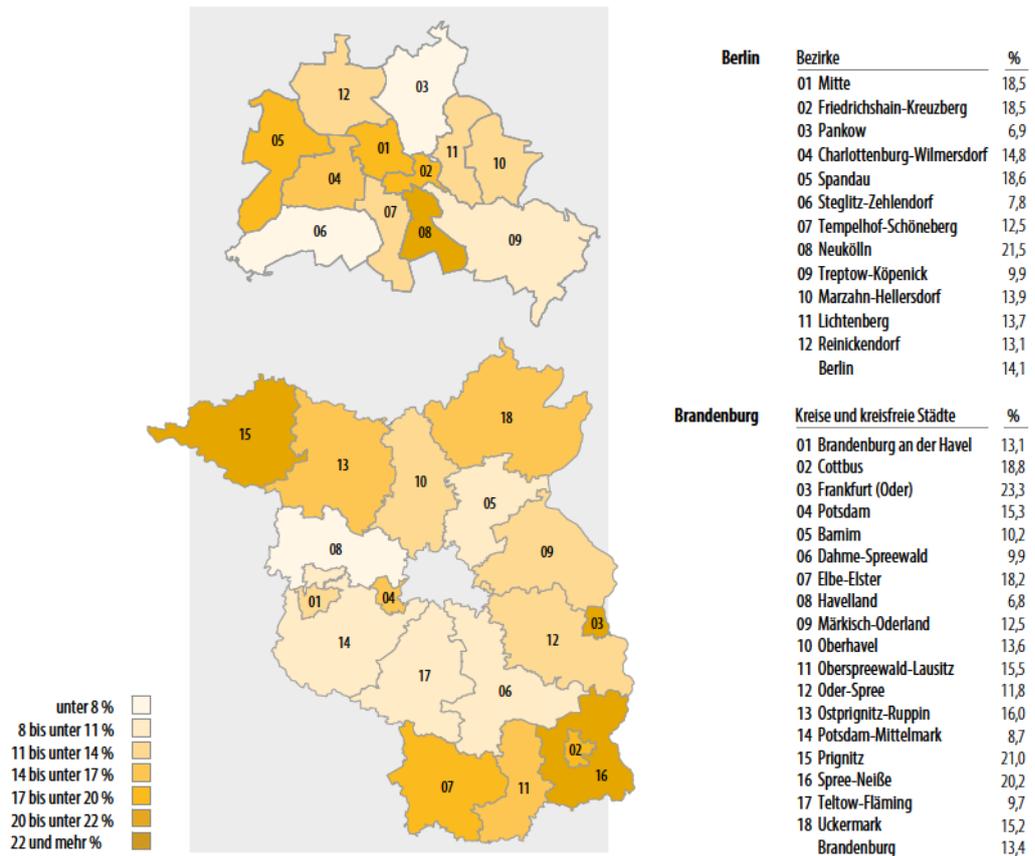
... nach Region

1996 – 2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

II von Langzeiterwerbslosen nach Geschlecht

Definition

Anteil der Langzeiterwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen Langzeiterwerbslosen der gleichen Altersgruppe nach Geschlecht und Region

Relevanz

Ergänzung des Indikators E 3 Langzeiterwerbslosenquote (SI-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration) um die Armutsgefährdung der Langzeitarbeitslosen

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

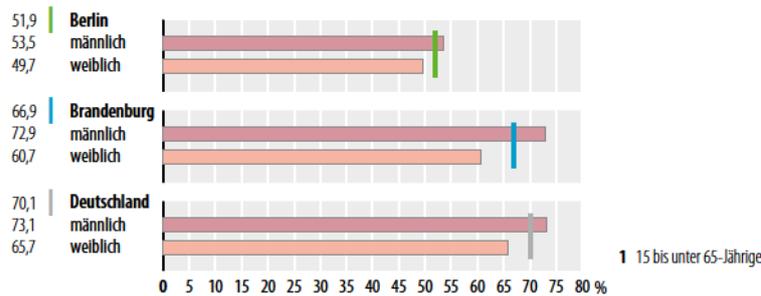
Ergebnisse

Langzeitarbeitslose und ihre Haushalte sind aufgrund eines fehlenden Erwerbseinkommens überdurchschnittlich armutsgefährdet.

- In **Berlin** ist über die Hälfte (51,9%) aller Langzeiterwerbslosen von Armut gefährdet. 2013 und 2014 zeichnet sich ein sinkender Anteil ab, diese Entwicklung fand aber nur bei den Männern statt. Frauen waren im Jahr 2014 mit 49,7% trotzdem immer noch weniger häufig betroffen als Männer (53,5%). Die höhere Armutsgefährdung langzeiterwerbsloser Männer gegenüber langzeiterwerbslosen Frauen bestand über den gesamten Zeitraum von 1996 bis 2014.
- In **Brandenburg** leben sogar zwei Drittel (66,9%) aller Langzeiterwerbslosen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Der Unterschied zwischen Männer und Frauen ist mit ca. 12 Prozentpunkten deutlich ausgeprägt: 72,9% der langzeiterwerbslosen Männer sind betroffen, bei den Frauen sind es 60,7%. Seit 1996 hat sich die Armutsgefährdungsquote der Langzeiterwerbslosen in Brandenburg verdoppelt (1996: 33,1%; 2014: 66,9%). An der allgemeinen Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern konnten die Brandenburger Langzeiterwerbslosen nicht teilhaben.

... von Langzeiterwerbslosen¹ nach Region und Geschlecht

2014



... von Langzeiterwerbslosen¹ nach Region

1996 – 2014



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

III nach Bildungsabschluss und Geschlecht

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach höchstem allgemeinem und beruflichen Abschluss gemäß ISCED, Geschlecht und Region

Relevanz

Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss und Armutsgefährdung

- ◀ Datenquellen | Methodische Hinweise
- ◀ im Bundesmaßstab (A 1b II)

Ergebnisse

Die Armutsgefährdungsquote ist eng mit dem Bildungsabschluss korreliert.

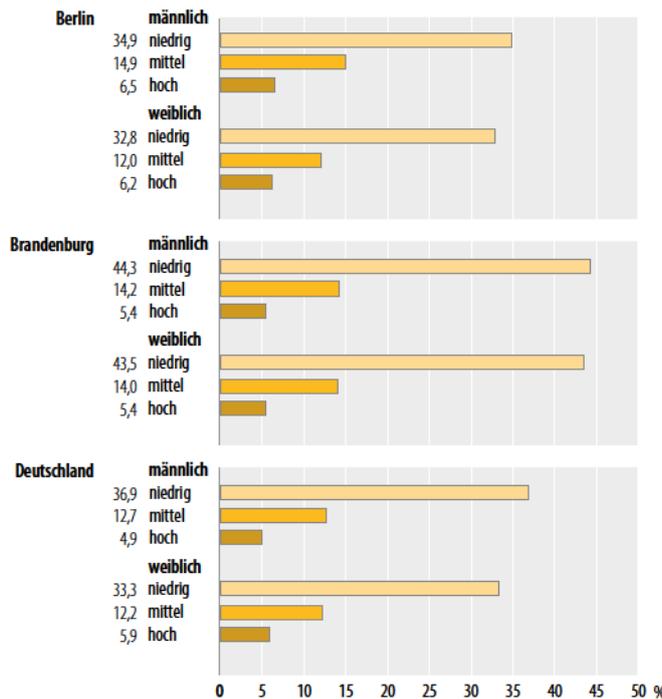
- Ein Drittel (33,9%) der **Berliner Bevölkerung** mit einem niedrigen Abschluss ist armutsgefährdet. Bei einem mittleren Bildungsabschluss liegt die Armutsgefährdung ungefähr auf dem Durchschnittsniveau, ein hoher Bildungsabschluss reduziert dagegen die Armutsgefährdung auf unterdurchschnittliche 6,4%. Berlinerinnen mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau sind dabei weniger armutsgefährdet als Berliner. Keinen Unterschied gibt zwischen Männern und Frauen mit hohem Bildungsabschluss. Im Zeitraum von 2005 bis 2013 ist die Armutsgefährdung in der untersten Bildungsstufe tendenziell ansteigend, in den beiden oberen Bildungsstufen eher sinkend. Auf Grund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 ist ein Vergleich der Armutsgefährdungsquoten von 2014 mit den vorherigen Jahren nur eingeschränkt möglich.
- In **Brandenburg** liegt die Armutsgefährdungsquote von Personen mit einem niedrigen Abschluss bei 43,9%. Leicht über dem Durchschnitt liegen die mittleren Abschlüsse (14,1%), während die Hochqualifizierten mit 5,4% eine sehr geringe

Armutsgefährdung haben. Ein Geschlechterunterschied in Bezug auf das bildungsspezifische Armutsrisiko lässt sich in Brandenburg kaum feststellen. Die Armutsgefährdungsquote der Geringqualifizierten ist von 2005 bis 2013 erheblich um rund neun Prozentpunkte gestiegen, auf der mittleren und höchsten Bildungsstufe verharrte sie auf einem recht stabilen Niveau. Auch hier gibt es zwischen den Jahren 2013 und 2014 einen Zeitreihenbruch, der die Vergleichsmöglichkeit einschränkt.

Der sehr deutliche Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand und der Armutsgefährdung zeigt, dass Bildung einen entscheidenden Faktor für materielle Wohlfahrt, soziale Teilhabe und Integration darstellt.

... nach Region, Geschlecht und Bildungsabschluss¹

2014



¹ Bevölkerung von 25 bis unter 65 Jahren

... nach Region und Bildungsabschluss¹

2005 – 2014



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

IV nach Bildungsabschluss des/der Haupteinkommensbezieher/in im Haushalt

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt und Region

Relevanz

Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt und Armutsgefährdung

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

Ergebnisse

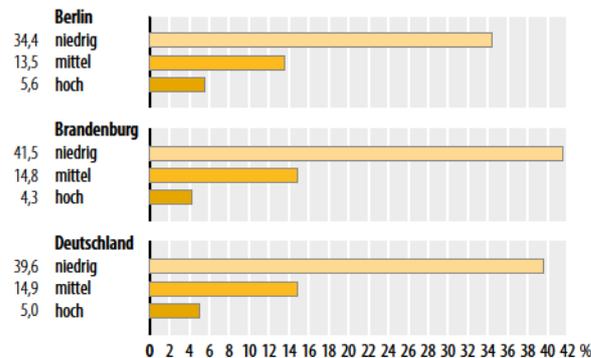
In Berlin sind 34,4% der Bevölkerung, die in Haushalten leben, deren Haupteinkommensbezieherin oder dessen Haupteinkommensbezieher ein niedriges Bildungsniveau hat, armutsgefährdet. Wenn der/die Haupteinkommensbezieher/in ein mittleres Bildungsniveau hat, liegt die Armutsgefährdung leicht unter dem Durchschnitt. Bei hochqualifizierten Haupteinkommensbeziehern und -bezieherinnen sind die Haushaltsmitglieder relativ gut vor Armut geschützt, die Armutsgefährdung beträgt nur 5,6%. Über den Zeitraum von 2005 bis 2013 gibt es nur bei Personen aus Haushalten mit einem geringqualifizierten Haupteinkommensbezieher oder einer geringqualifizierten Haupteinkommensbezieherin eine Tendenz zum Anstieg der Armutsgefährdungsquote. Ab 2014 wird im Mikrozensus die neue ISCED-Skala in der Fassung von 2011 verwendet, wodurch ein Vergleich der bildungsspezifischen Armutsgefährdungsquoten von 2014 mit denen vorheriger Jahre eingeschränkt ist.

In Brandenburg beträgt die Armutsgefährdungsquote bei Personen, die mit einem/r niedrigqualifizierten Haupteinkommensbezieher/in im Haushalt zusammenleben, über 40 Prozent. Ein mittlerer Bildungsabschluss des/r Haupteinkommensbeziehers/in resultiert in einer leicht überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquote (14,8%). Mit einem hohen Bildungsabschluss vermögen Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen die Mitglieder/innen des Haushalts recht gut vor einer Armutsgefährdung zu bewahren: nur jede zwanzigste Person (4,3%), die in einem solchen Haushalt lebt, ist davon betroffen. Von 2005 bis 2013 ist bei geringqualifizierten Haupteinkommensbeziehern und -bezieherinnen ein deutlicher Anstieg der Armutsgefährdungsquote der Haushaltsmitglieder zu erkennen. Das unterstreicht die Bedeutung von Bildung für Teilhabe und Integration.

Auch hier gibt es allerdings zwischen den Jahren 2013 und 2014 einen Zeitreihenbruch, der einen Vergleich der Indikatorenwerte von 2014 mit den Jahren zuvor beeinträchtigt.

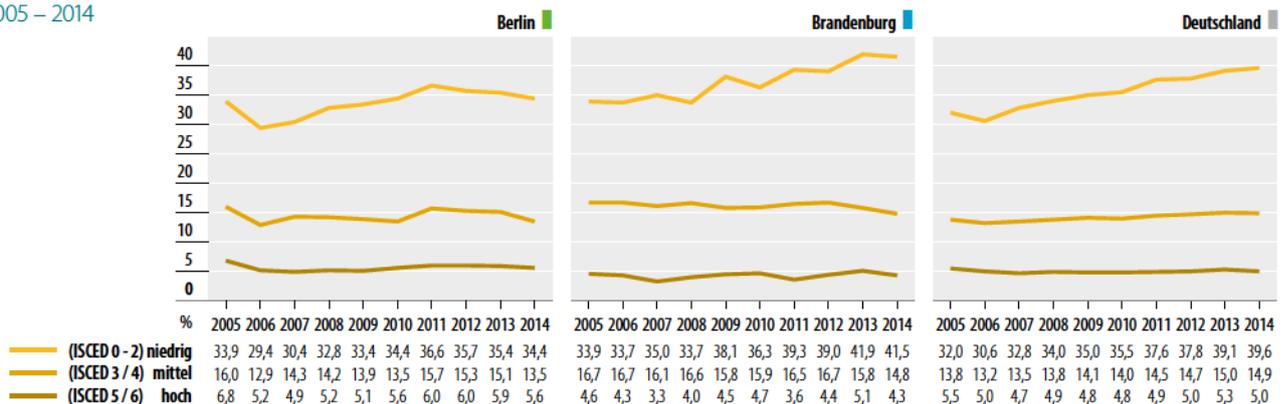
... nach Region und Bildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt

2014



... nach Region und Bildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt

2005 – 2014



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab
V von frühen Schulabgängern/innen nach Geschlecht

Definition

Anteil der frühen Schulabgänger mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen frühen Schulabgängern nach Geschlecht und Region

Relevanz

Ergänzung des Indikators D 2 Anteil der frühen Schulabgänger (5 und SI-P6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration) um die Armutsgefährdung der frühen Schulabgänger

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

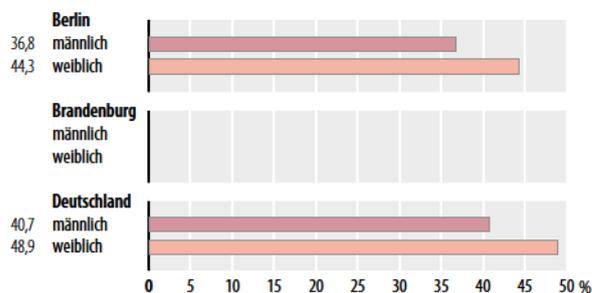
Ergebnisse

Die Armutsgefährdungsquoten der frühen Schulabgänger und Schulabgängerinnen sind aufgrund der Einschränkung auf eine kleine Altersgruppe von größeren Zufallsschwankungen betroffen. Man kann aber feststellen, dass die Armutsgefährdung dieser Bevölkerungsgruppe erheblich höher ist als der Landesdurchschnitt und auch höher als die Armutsgefährdung der gleichaltrigen Bevölkerung, die entweder eine Fach(Hoch-)schulreife oder eine abgeschlossene Berufsausbildung hat oder sich in Ausbildung befindet.

- In **Berlin** beträgt die Armutsgefährdungsquote der frühen Schulabgänger und Schulabgängerinnen 40,3%. Ein Geschlechterunterschied kann nicht sicher festgestellt werden. Die Quote unterliegt starken Schwankungen, sodass auch nicht von einer eindeutigen Tendenz gesprochen werden kann.
- In **Brandenburg** ist die Hälfte (51,2%) der frühen Schulabgänger und Schulabgängerinnen armutsgefährdet. Hier reichen die Fallzahlen nicht für eine Betrachtung der beiden Geschlechter aus. Über den betrachteten Zeitraum von neun Jahren ist ein Abfallen der Quote auf ein Minimum von 41,6% im Jahr 2006 zu erkennen, danach steigt die Quote bis 2014 (51,2%) über den Ausgangswert (2005: 48,5%). Die hohen Armutsgefährdungsquoten der frühen Schulabgänger und Schulabgängerinnen zeigen die Bedeutung von qualifizierten Abschlüssen für die soziale Teilhabe und Integration.

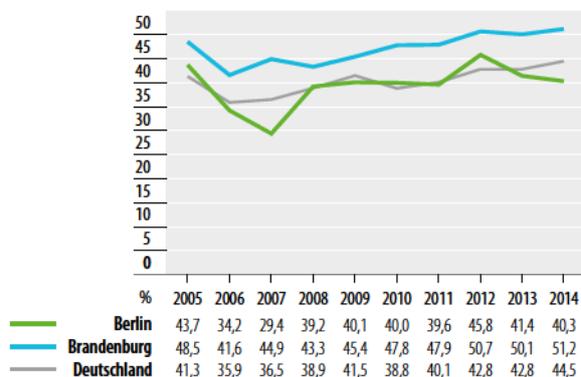
... von frühen Schulabgängern nach Region und Geschlecht

2014



... der frühen Schulabgänger nach Region

2005 – 2014



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VI nach Haushaltstyp

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Haushaltstyp und Region

Relevanz

Indikator für den Zusammenhang von Haushaltstyp und Armutsgefährdung; entspricht dem Indikator SI-S1a aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

Ergebnisse

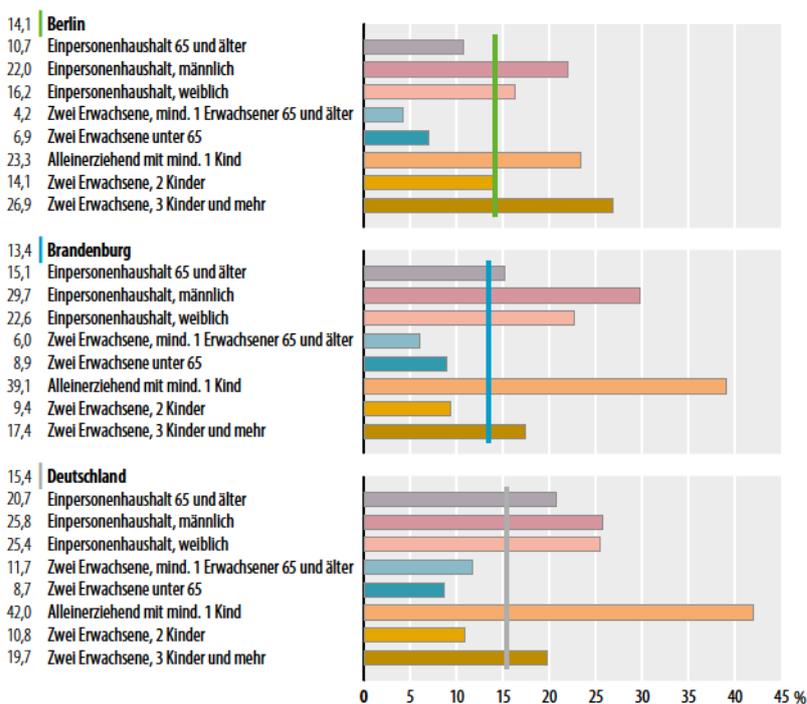
Die Armutsgefährdung ist im hohen Maße von der Haushaltszusammensetzung abhängig. Eine geringere Zahl von Einkommensbeziehern und -bezieherinnen wie in Haushalten von Alleinerziehenden oder Kinder ohne Einkommen erhöhen die Armutsgefährdung für alle in diesen Haushalten lebenden Personen.

In **Berlin** sind Personen im erwerbsfähigen Alter, die alleine in einem Haushalt leben und männliche Einpersonenhaushalte von den untersuchten Haushaltskonstellationen ohne abhängige Kinder mit einem Anteil von jeweils 22,0% am stärksten armutsgefährdet. Unter dem Berliner Durchschnitt von 14,1% liegen Einpersonenhaushalte von Personen ab 65 Jahren (10,7%), Haushalte mit zwei Erwachsenen unter 65 Jahren (6,9%) und Zweipersonenhaushalte mit mindestens einem Erwachsenen ab 65 Jahren (4,2%). Personen in Alleinerziehendenhaushalten sind mit 23,3% in starkem Maße armutsgefährdet. Die Anzahl der Kinder in Haushalten mit zwei Erwachsenen erhöht die Armutsgefährdungsquote von unterdurchschnittlichen 10,4% bei einem Kind auf 26,9% bei drei und mehr Kindern (siehe auch Tabelle). Die Armutsgefährdungsquote von Einpersonenhaushalten ab 65 Jahren und von weiblichen Einpersonenhaushalten ist von 1996 an – unterbrochen von einem Anstieg 2011 und 2012 – insgesamt deutlich zurückgegangen. Bei den Haushalten mit abhängigen Kindern ist für die Alleinerziehenden die Quote insgesamt stark gesunken. Bei den Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem oder mehreren Kindern lässt sich ein leichter Rückgang vermerken.

In **Brandenburg** ist die höchste Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung in kinderlosen Haushalten bei Einpersonenhaushalten unter 65 Jahren (32,4%) und bei männlichen Einpersonenhaushalten (29,7%) zu finden. Haushalte mit zwei Erwachsenen unter 65 Jahren (8,9%) und Haushalte von zwei Erwachsenen, von denen mindestens einer 65 Jahre und älter ist (6,0%) sind dagegen unterdurchschnittlich oft von Armut bedroht. Wenn abhängige Kinder im Haushalt leben, sind Personen in Haushalten von Alleinerziehenden mit 39,1% am meisten gefährdet, gefolgt von Personen in Haushalten mit drei und mehr Kindern (17,4%). Ein merklicher Abstand besteht zu den Haushalten mit zwei Erwachsenen und einem Kind (9,7%) oder zwei

Kindern (9,4%). Die Armutsgefährdungsquoten von Ein- und Zweipersonenhaushalten ohne Kinder sind seit 1996 recht kontinuierlich angestiegen. Für Haushaltsformen mit Kindern haben die Armutsgefährdungsquoten inzwischen wieder eine fallende Tendenz.

... nach Region und Haushaltstyp 2014



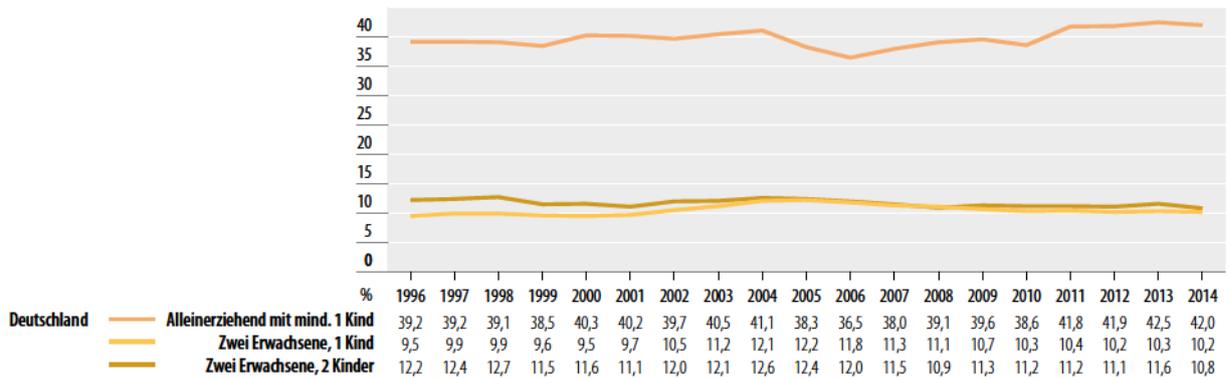
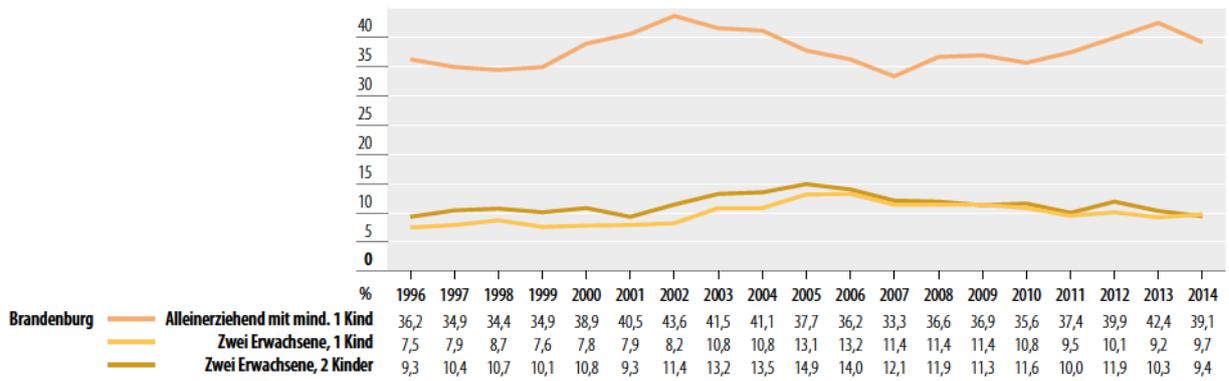
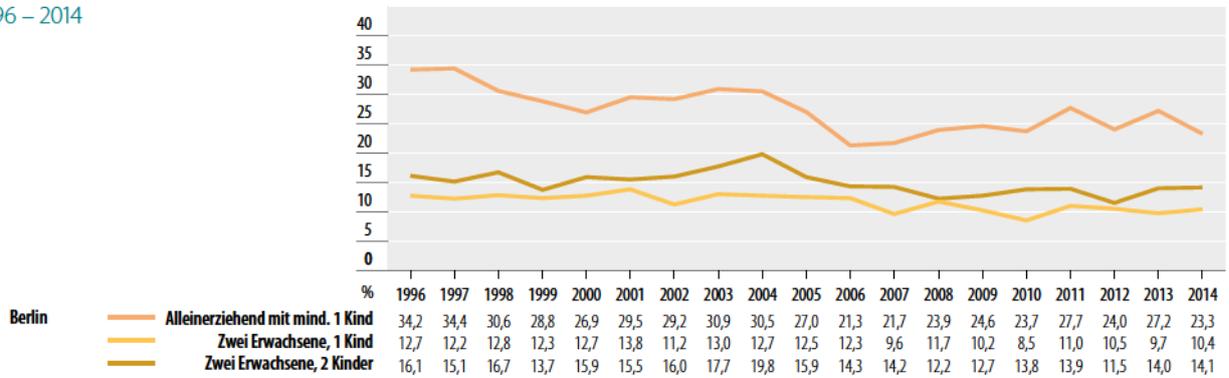
A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VI nach Haushaltstyp

... nach Region und Haushaltstyp

1996 – 2014



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VII der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Haushaltstyp, Altersgruppen und Geschlecht

Definition

Anteil der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Haushaltstyp und Region

Relevanz

Indikator für den Zusammenhang von arbeitsmarktfremen Haushaltstypen mit Armutsgefährdung; Ergänzung der Indikatoren 1b, SI-P5, SI-S9 und IC-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration um die Armutsgefährdung der in den betroffenen Haushalten lebenden Personen

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

Ergebnisse

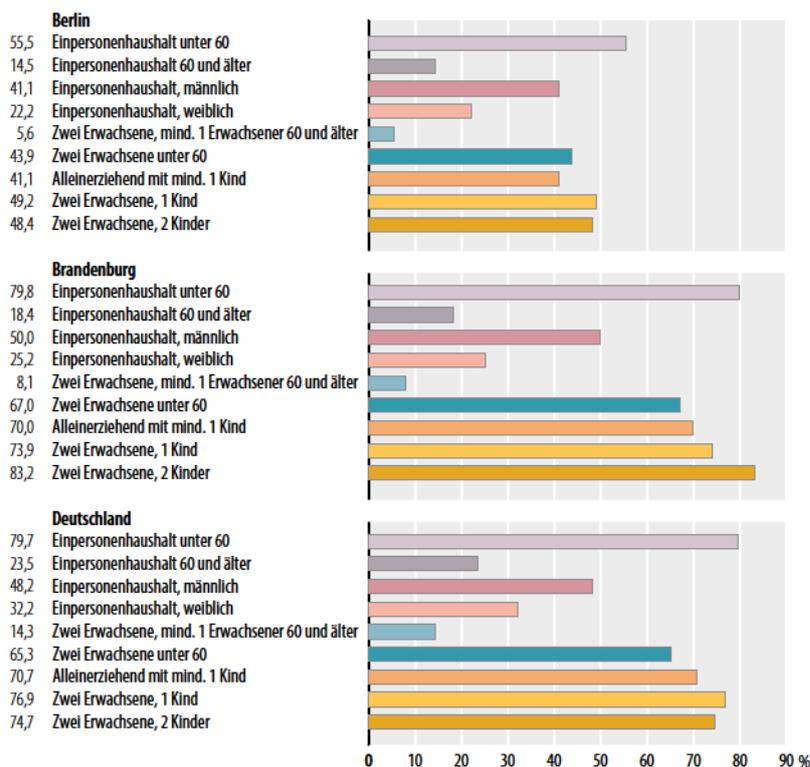
Wenn in ihrem Haushalt kein Erwerbstätiger lebt, haben Personen im erwerbsfähigen Alter und darunter ein merklich ausgeprägtes Armutsrisiko. Diese Personen leben offensichtlich von Transfereinkommen, das nicht ausreichend ist, um über die Armutsgefährdungsschwelle zu gelangen. Für Personen ab 60 Jahren sieht die Situation allerdings anders aus. Ein Großteil erhält Einkommen aus Rente oder Pension, das recht zuverlässig vor Armutsgefährdung bewahrt.

- In **Berlin** leben Personen in nichterwerbstätigen Zweipersonenhaushalten ohne Kinder, in denen mindestens ein Erwachsener 60 Jahre und älter ist mit einem Armutsrisiko von 5,6%. Auffallend ist auch, dass während von den Einpersonenhaushalten ab 60 Jahren 14,5% unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle leben, mehr als die Hälfte (55,5%) der nichterwerbstätigen Einpersonenhaushalte unter 60 Jahren von Armut bedroht sind. Wenn man die erwerbslosen Haushalte mit abhängigen Kindern betrachtet, haben Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern eine geringere Armutsgefährdungsquote (48,4%) als Personen in Haushalten mit noch mindestens einem zusätzlichen Kind (62,1%). Für Personen in nichterwerbstätigen Alleinerziehendenhaushalten liegt die Armutsgefährdungsquote bei 41,1%. Von 1996 bis 2014 ist die Armutsgefährdungsquote für Personen in erwerbslosen Haushalten insgesamt von 33,3% auf 25,9% zurückgegangen. Insgesamt weisen die Zahlen auf verbesserte Teilhabechancen hin. Dies gilt in erster Linie für die Haushalte mit abhängigen Kindern.
- In **Brandenburg** sind vier von fünf (79,8%) erwerbslosen Einpersonenhaushalten unter 60 Jahren armutsgefährdet. Wie in Berlin haben in Brandenburg Personen in Haushalten ohne Kinder mit Personen ab 60 Jahren das geringste Armutsrisiko (8,1% bei zwei Erwachsenen, von denen mindestens einer 60 Jahre und älter ist, 18,4% bei Einpersonenhaushalten ab 60 Jahren). Dagegen sind in erwerbslosen Haushalten mit abhängigen Kindern über zwei Drittel der armutsgefährdet. In

Brandenburg ist die Armutsgefährdungsquote für Personen, die in erwerbslosen Haushalten leben, von 1996 an angestiegen (1996: 20,4%, 2014: 26,1%). Aus der Tabelle ist ebenfalls zu entnehmen, dass es einen sehr hohen Anstieg um ca. 33 Prozentpunkte für Personen im Alter von 18 bis unter 60 Jahren in nichterwerbstätigen Haushalten gegeben hat. Noch extremer stieg die Armutsgefährdungsquote für unter 60-jährige Personen in erwerbslosen Zweipersonenhaushalten ohne Kinder: Von 24,0% im Jahr 1996 auf 67,0% im Jahr 2014. Bei nichterwerbstätigen Haushalten von zwei Personen mit einem Kind ist ebenfalls ein starker Anstieg der Armutsgefährdung von 49,8% im Jahr 1996 auf 73,9% im Jahr 2014 zu verzeichnen. Diese Ergebnisse verdeutlichen, wie essentiell die Arbeitsmarktteilnahme wenigstens einzelner Haushaltsmitglieder für die soziale Integration des gesamten Haushalts ist.

... der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt, nach Altersgruppe, Geschlecht und Haushaltstyp

2014



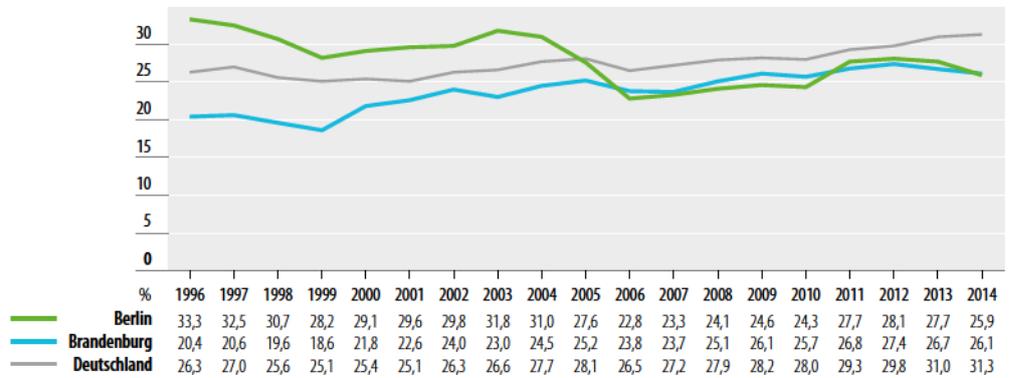
A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VII der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätigen lebt
nach Haushaltstyp, Altersgruppen und Geschlecht

... der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätigen lebt

1996 – 2014



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VIII nach Migrationshintergrund

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Migrationshintergrund und Region

Relevanz

Indikator für die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

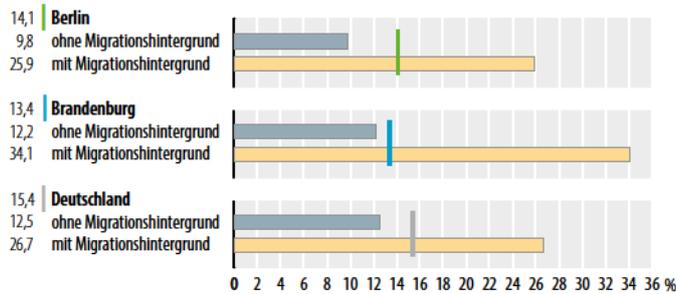
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- In **Berlin** ist die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 25,9% mehr als doppelt so hoch wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (9,8%) und weicht damit sehr stark vom Landesdurchschnitt (14,1%) ab. Seit 2006 liegt die Quote recht stabil bei einem Viertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Auch für die Berliner Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist die Armutsgefährdungsquote seit 2005 relativ konstant.
- **Brandenburger und Brandenburgerinnen** mit Migrationshintergrund haben ein fast drei Mal so hohes Armutsrisiko (34,1%) wie Brandenburger und Brandenburgerinnen ohne Migrationshintergrund (12,2%) und befinden sich damit weit über dem Brandenburger Durchschnitt von 13,4%.

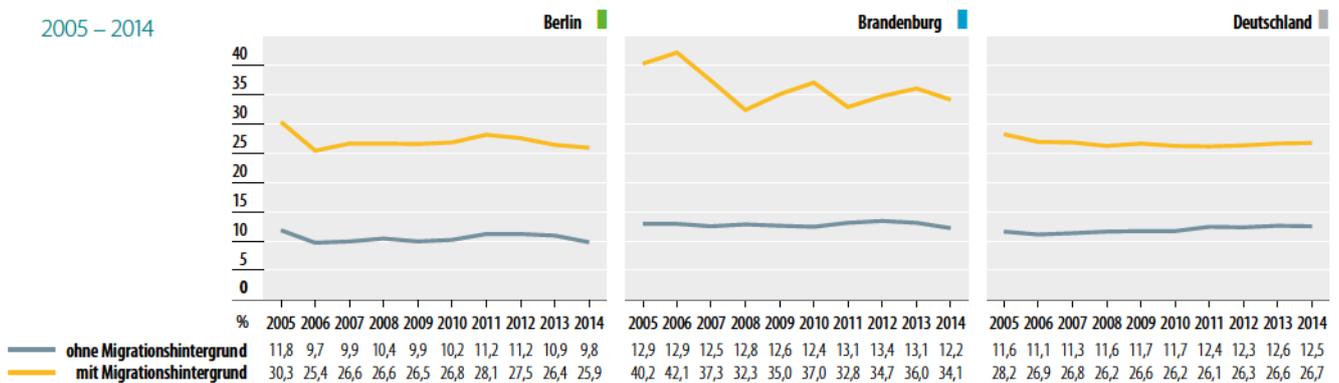
... der Bevölkerung nach Region und Migrationshintergrund

2014



... der Bevölkerung nach Region und Migrationshintergrund

2005 – 2014



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab
IX nach Migrationshintergrund gemäß Berliner PartIntG

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Migrationshintergrund gemäß Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin (PartIntG) nach Region

Relevanz

Indikator für die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

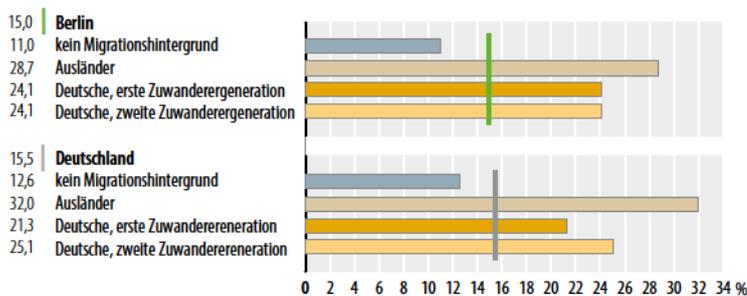
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

Für **Berlinerinnen und Berliner** ohne Migrationshintergrund gibt es zum Indikator A1a VIII praktisch keinen Unterschied in den Armutsgefährdungsquoten. Die Armutsgefährdungsquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund werden hier differenziert nach der Staatsangehörigkeit und der Zuwanderungserfahrung betrachtet. Danach haben ausländische Berlinerinnen und Berliner das höchste Armutsrisiko (28,7%), gefolgt von Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit (24,1%). Die Zuwanderungserfahrung bei Deutschen mit Migrationshintergrund hat im Jahr 2013 keinen zusätzlichen Einfluss auf die Armutsgefährdung mehr. Die Entwicklung der Armutsgefährdungsquoten innerhalb der Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund verlief uneinheitlich. Bei Ausländerinnen und Ausländern sowie bei Deutschen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation, also ohne Zuwanderungserfahrung ist die Tendenz sinkend. Für Deutsche mit Zuwanderungserfahrung muss im Jahr 2013 eine steigende Armutsgefährdung konstatiert werden.

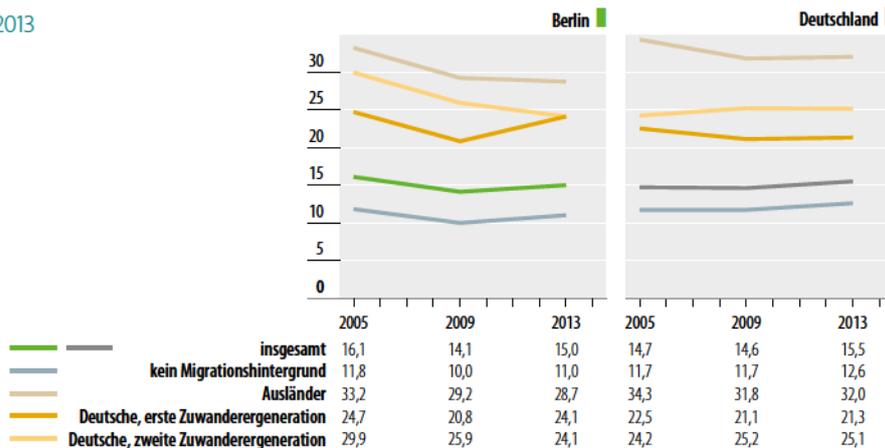
... nach Region und Migrationshintergrund gemäß Berliner PartIntG

2013



... der Bevölkerung nach Migrationshintergrund gemäß Berliner PartIntG

2005 – 2013



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

X der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht

Definition

Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Geschlecht und Altersgruppen im Vergleich zur jeweils jüngeren Bevölkerung

Relevanz

Indikator für Altersarmut; entspricht den Indikatoren PN-P1 und PN-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

- ◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**
- ◀ **im Bundesmaßstab (A 1b III)**

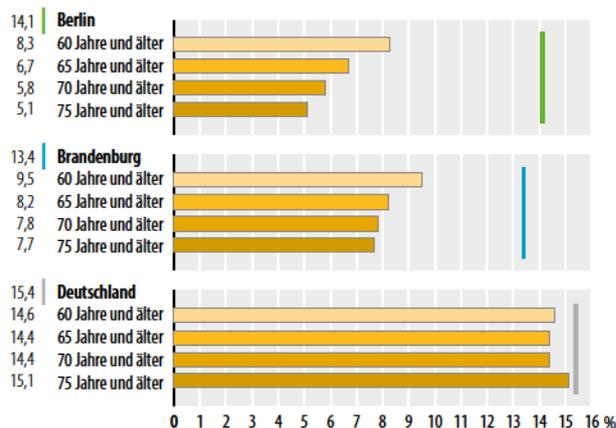
Ergebnisse

■ In **Berlin** sind die Armutsgefährdungsquoten der älteren Bevölkerung bei allen Altersschnitten erheblich geringer als die der jeweils jüngeren Bevölkerung. Dabei sinkt die Armutsgefährdung mit zunehmendem Alter stetig. Während bei den Personen ab 60 Jahren 8,3% armutsgefährdet sind, beträgt die Armutsgefährdungsquote bei den Personen im Alter von 75 Jahren und älter noch 5,1%. Armutsgefährdung im Alter und auch gerade bei Hochbetagten ist damit zwar existent, aber im Verhältnis zum Armutsrisiko der jüngeren Generationen als eher gering einzuschätzen. Allerdings steigen die Armutsgefährdungsquoten der älteren Bevölkerung seit 2006 in höherem Maße als die des jüngeren Teils der Bevölkerung an, liegen aber immer noch unterhalb der 1996-er Quoten. Im Berichtsjahr 2014 sind Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Armutsrisiko der älteren Bevölkerung nicht auffällig. Soweit aussagekräftige Daten nach Geschlecht vorliegen (siehe Tabelle), ist das Armutsrisiko für ältere Frauen seit 1996 insgesamt zurückgegangen, das der Männer ist insgesamt angestiegen.

■ In **Brandenburg** leben 9,5% der über 60-Jährigen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, von den 75-Jährigen und älter sind es 7,7%. Das Armutsrisiko für Hochbetagte unterscheidet sich damit in Brandenburg nicht sehr von dem Armutsrisiko für alle anderen Älteren. Die Quoten für die älteren Bevölkerungsgruppen betragen für Brandenburg jeweils etwas mehr als die Hälfte der Quoten der jeweils jüngeren Altersgruppe. Seit 1996 ist die Armutsgefährdungsquote für über 60-Jährige eher angestiegen, für die Hochbetagten unter der älteren Bevölkerung dagegen leicht zurückgegangen. Das Armutsrisiko für Brandenburgerinnen beträgt in den älteren Altersgruppen konstant um 10% und ist damit höher als das der Männer in der entsprechenden Altersgruppe.

... der älteren Bevölkerung nach Region und Altersgruppen

2014



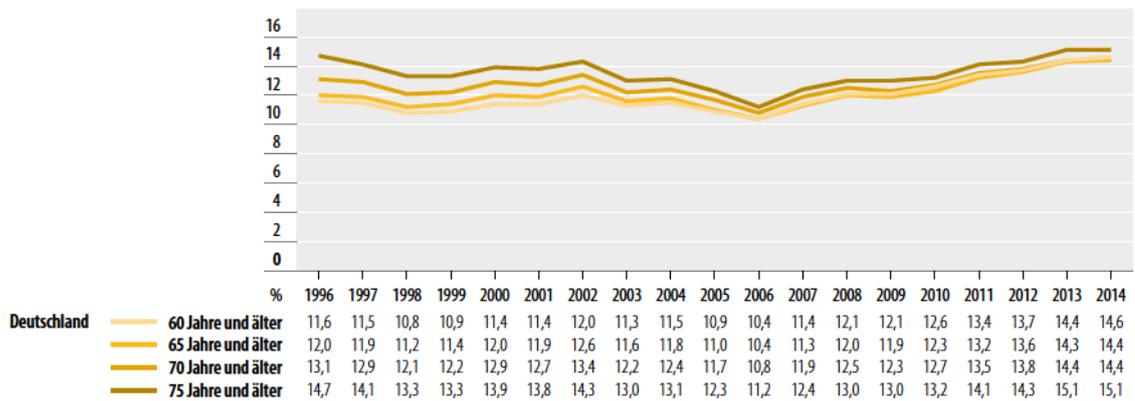
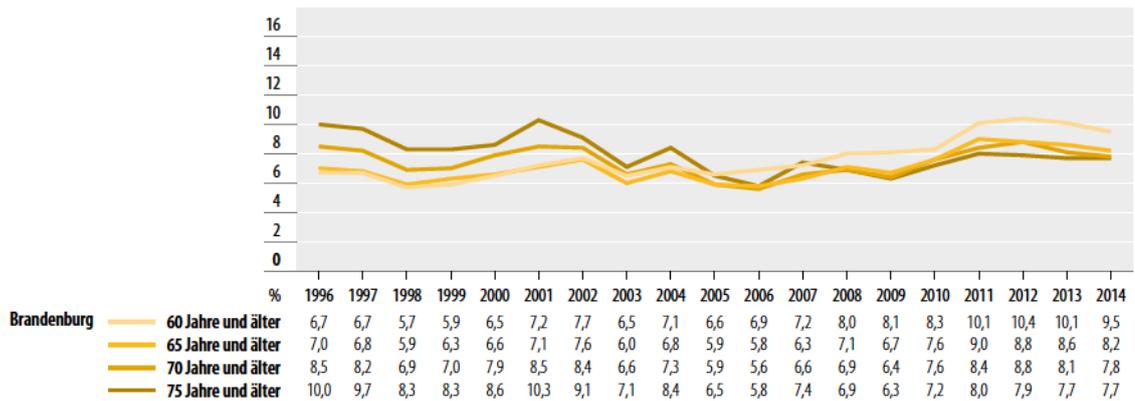
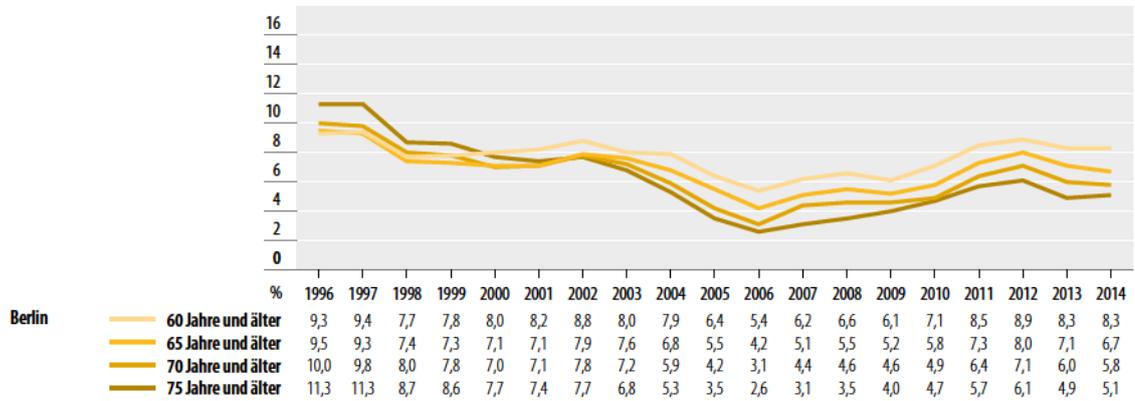
A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

X der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht

... der älteren Bevölkerung nach Region und Altersgruppen

1996 – 2014



A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab
XI von Rentnern und Pensionären nach Geschlecht

Definition

Anteil der Rentner und Pensionäre mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen Rentnern und Pensionären nach Geschlecht

Relevanz

Indikator für Altersarmut und angemessene Renten/Pensionen; entspricht dem Indikator PN-S6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

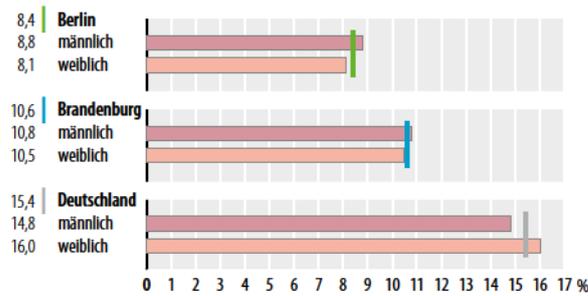
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- Die Armutsgefährdungsquote von Rentnern und Pensionären beträgt in **Berlin** 8,4%. Seit dem Jahr 2006 (5,2%) ist diese Quote wieder deutlich angestiegen. Ein Geschlechterunterschied ist im Jahr 2014 nicht mehr relevant. Während für die männlichen Rentner und Pensionäre seit 1996 bis 2010 keine Änderung des Armutsrisikos zu verzeichnen ist, danach aber ein deutlicher Anstieg bis 2012 und eine Stabilisierung während der Jahre 2013 und 2014, kann für die Frauen bis zum Jahr 2006 von einer Halbierung gesprochen werden (1996: 11,3%, 2006: 4,8%), während 2014 (8,1%) die Armutsgefährdungsquote wieder deutlich über dem Niveau von 2006 liegt.
- In **Brandenburg** leben 10,6% der Rentner und Pensionäre unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Ein Geschlechterunterschied ist seit 2011 nicht mehr nachweisbar. Für beide Geschlechter ist die Quote seit 1996 angestiegen - bei Männern kontinuierlich, für Frauen erst seit 2007 - bis auch hier sich seit 2011 die Quoten stabilisiert haben.

... von Rentnern und Pensionären nach Region und Geschlecht

2014

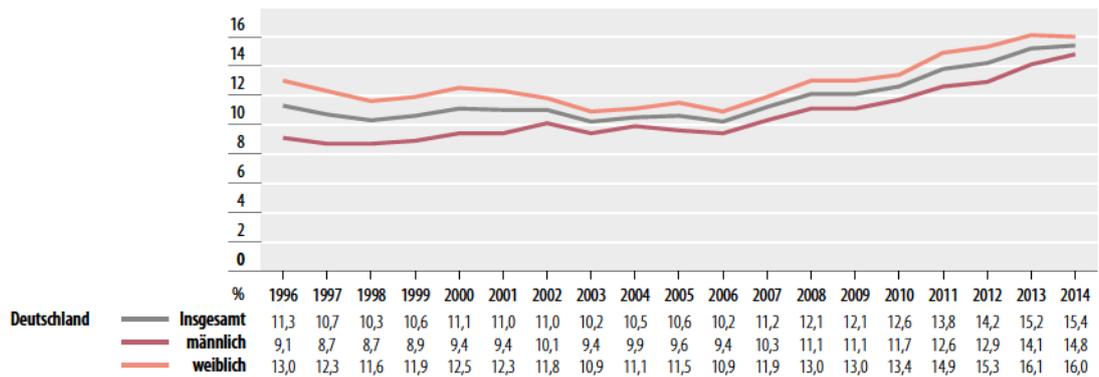
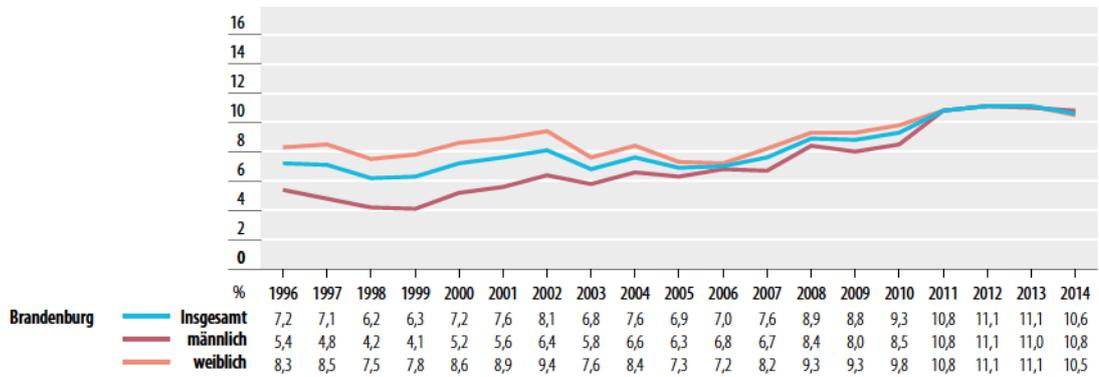
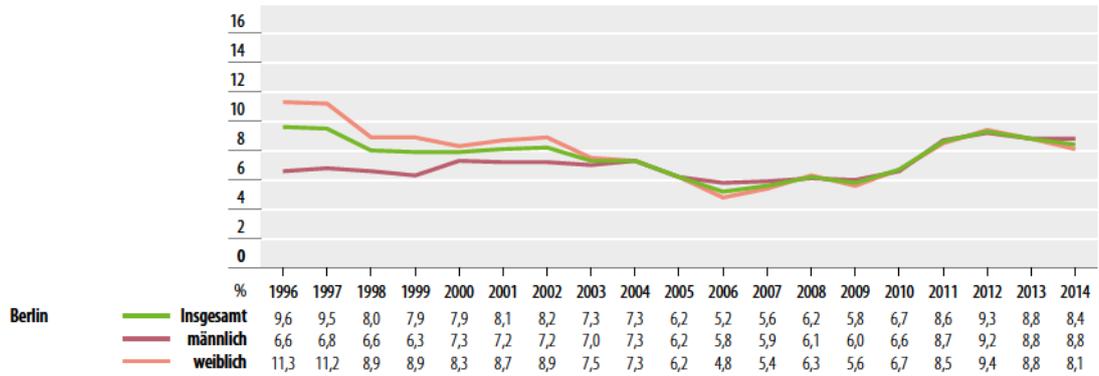


A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab
XI von Rentnern und Pensionären nach Geschlecht

... von Rentnern und Pensionären nach Region und Geschlecht

1996 – 2014



A Einkommensarmut

A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab
I nach Altersgruppen und Geschlecht

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle nach Alter, Geschlecht und Region

Relevanz

Einer der 10 Primärindikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union, Hauptindikator für Einkommensarmut; entspricht den Indikatoren 1a und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

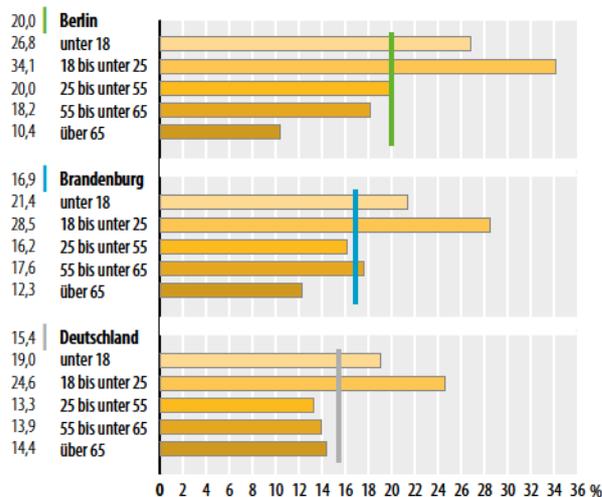
- ◀ Datenquellen | Methodische Hinweise
- ◀ im Landesmaßstab (A 1a I)

Ergebnisse

- Wenn man die bundesweite Armutsgefährdungsschwelle zum Maßstab nimmt, lebt ein Fünftel (20,0%) der **Personen in Berlin** mit einem Armutsrisiko. Zum Vergleich ist die Armutsgefährdungsquote nach dem Landesmaßstab um sechs Prozentpunkte niedriger. Damit gehört Berlin im Bundesvergleich zu den Ländern mit eher niedrigem Einkommensniveau. Von den Berliner Kindern unter 18 Jahren lebt ein Viertel (26,8%) unterhalb der bundesweiten Armutsgefährdungsschwelle, von den Personen im Ausbildungsalter sogar mehr als ein Drittel (34,1%). Erst für die Berliner und Berlinerinnen ab 55 Jahren fällt die Armutsgefährdungsquote unter den Berliner Durchschnitt. Insgesamt ist die Armutsgefährdungsquote der Berlinerinnen ab 18 Jahren geringer als die der Berliner im gleichen Alter, außer bei den über 65-Jährigen. Der Anteil der nach dem Bundesmaßstab armutsgefährdeten Berlinerinnen und Berliner ist seit 1996 um fünf Prozentpunkte angestiegen. Einen Anstieg von ca. neun Prozentpunkten gab es bei Personen im Ausbildungsalter, um dieselbe Anzahl an Prozentpunkten stieg auch das Armutsrisiko bei älteren Personen im erwerbsfähigen Alter.
- In **Brandenburg** sind 16,9% der Einwohnerinnen und Einwohner nach dem Bundesmaßstab armutsgefährdet, ein Fünftel der Kinder unter 18 Jahren (21,4%), über ein Viertel (28,5%) der Personen im Ausbildungsalter und von den über 65-Jährigen immer noch 12,3%. Einen Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt es in Brandenburg für Personen im Ausbildungsalter und für die über 65-Jährigen: Brandenburgerinnen haben ein Armutsrisiko von 30,6%, resp. 13,3%, Brandenburger von 26,6%, resp. 10,9%. Im Zeitverlauf ist die Quote insgesamt angestiegen (1996: 15,3%). Für Personen im Ausbildungsalter und ältere Personen im erwerbsfähigen Alter ist die Armutsgefährdungsquote seit 1996 erheblich angewachsen, bis auf die über 65-jährigen Frauen sind jedoch alle Generationen und sowohl Männer als auch Frauen von dieser Erhöhung der Armutsgefährdung seit 1996 betroffen.
- Die Berechnung der Armutsgefährdungsquote nach dem Bundesmaßstab macht einen direkten Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt möglich. Im **Bundesdurchschnitt** sind 15,4% der Bevölkerung armutsgefährdet. Berlin und auch Brandenburg gehören damit zu den Ländern mit einem unterdurchschnittlichen äquivalenzgewichteten Pro-Kopf-Einkommen. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern ist zwar auch im Bundesdurchschnitt erhöht, aber nicht so hoch wie in Berlin und Brandenburg. Bis auf die Bevölkerung im Ausbildungsalter mit einer Armutsrisikoquote von 24,6% unterscheiden sich die übrigen Altersgruppen in ihrem Armutsrisiko nicht auffällig vom Bundesdurchschnitt. Männer haben gegenüber Frauen in allen Altersgruppen ein leicht niedrigeres Armutsrisiko. Seit 1996 ist die bundesweite Armutsgefährdungsquote leicht angestiegen. Das gilt sowohl für Männer als auch für Frauen.

... nach Region und Altersgruppen

2014



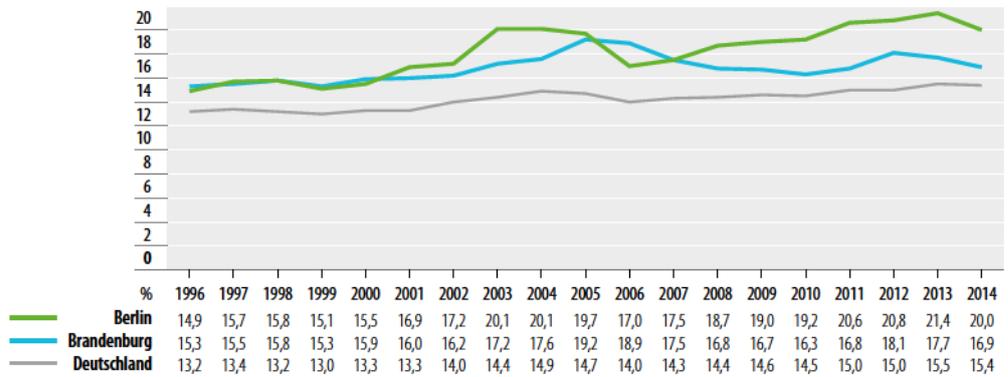
zwar auch im Bundesdurchschnitt erhöht, aber nicht so hoch wie in Berlin und Brandenburg. Bis auf die Bevölkerung im Ausbildungsalter mit einer Armutsrisikoquote von 24,6% unterscheiden sich die übrigen Altersgruppen in ihrem Armutsrisiko nicht auffällig vom Bundesdurchschnitt. Männer haben gegenüber Frauen in allen Altersgruppen ein leicht niedrigeres Armutsrisiko. Seit 1996 ist die bundesweite Armutsgefährdungsquote leicht angestiegen. Das gilt sowohl für Männer als auch für Frauen.

A Einkommensarmut

A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab
I nach Altersgruppen und Geschlecht

... nach Region

1996 – 2014



A Einkommensarmut

A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab
II nach Bildungsabschluss und Geschlecht

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach höchstem allgemeinem und beruflichen Abschluss gemäß ISCED, Geschlecht und Region

Relevanz

Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss und Armutsgefährdung

- ◀ Datenquellen | Methodische Hinweise
- ◀ im Landesmaßstab (A 1a III)

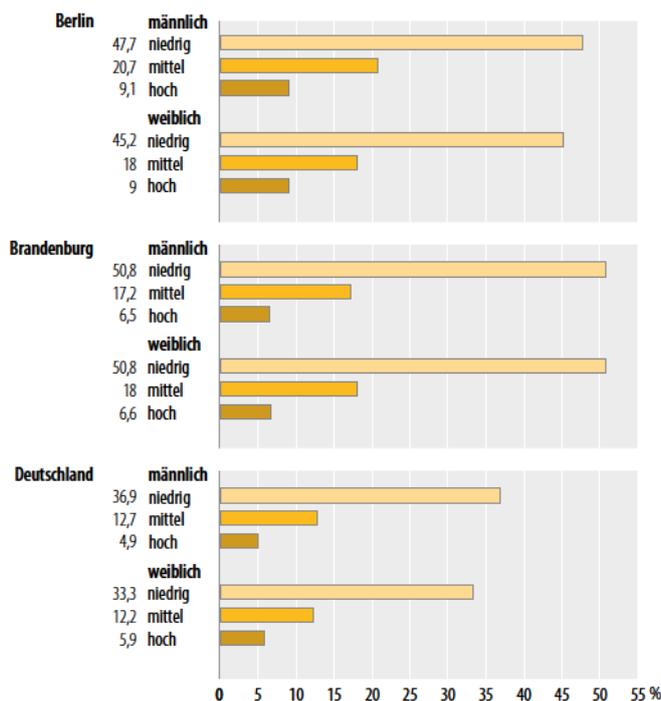
Ergebnisse

- In **Berlin** haben Personen mit niedrigem Bildungsabschluss im Bundesvergleich ein stark erhöhtes Armutsrisiko (46,5%). Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen tragen ungefähr das durchschnittliche Armutsrisiko (19,3%). Ein tertiärer Bildungsabschluss senkt dagegen das Armutsrisiko auf unter 10%. Bei beiden Geschlechtern wirken dabei die Bildungsabschlüsse ähnlich. Seit 2005 ist das Armutsrisiko für Geringqualifizierte um ca. acht Prozentpunkte angestiegen, bei Berlinerinnen und Berlinern mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen ist die Quote 2014 auf einem ähnlichen Niveau wie 2005. Am stärksten hat sich das Armutsrisiko von Frauen mit niedriger Qualifikation vergrößert: von 2005: 35,6% auf 2014: 45,2% (siehe Tabelle). Auf Grund der ab 2011 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 ist ein Vergleich der Armutsgefährdungsquoten von 2014 mit den vorherigen Jahren eingeschränkt.
- Niedrigqualifizierte in **Brandenburg** leben im Bundesvergleich mit einem Armutsrisiko von 50,8%. Auch mittlere Abschlüsse können das Armutsrisiko nicht unter den Durchschnitt senken. Tertiär Qualifizierte sind dagegen weit unterdurchschnittlich armutsgefährdet (6,6%). Männer und Frauen unterscheiden sich nicht in ihren bildungsspezifischen Armutsgefährdungsquoten. Von 2005 bis 2014 ist die Armutsgefährdungsquote für Brandenburger Niedrigqualifizierte stark um ca. neun Prozentpunkte angestiegen. In den höheren Qualifikationsstufen hat sich das Armutsrisiko vermindert. Auch bei diesen Trends gibt es keinen Geschlechterunterschied.
- Auf der **Bundesebene** ist die Armutsgefährdung der Geringqualifizierten zwar auch deutlich höher als die mit Personen mit mittlerer und höheren Qualifikation, liegt aber um mehr als zehn Prozentpunkte unterhalb der Berliner und Brandenburger Werte. Unterschiede zwischen Männer und Frauen bezüglich des Zusammenhangs von Bildung und Armutsgefährdung auf gesamtdeutscher Ebene zeigen sich in der höheren Armutsgefährdung von niedrigqualifizierten Männern. Für die

Personen mit niedrigem Bildungsabschluss ist das Armutsrisiko von 2005 auf 2014 um acht Prozentpunkte gewachsen. Die gesamtdeutsche Armutsgefährdungsquote der mittleren Bildungsstufe liegt ohne gravierende Veränderung bei ca. 12%, für Hochqualifizierte bei ca. 5%. Das steigende Armutsrisiko niedrigqualifizierter Personen unterstreicht die Bedeutung von Bildung für eine erfolgreiche soziale Integration.

... nach Region, Geschlecht und Bildungsabschluss¹

2014

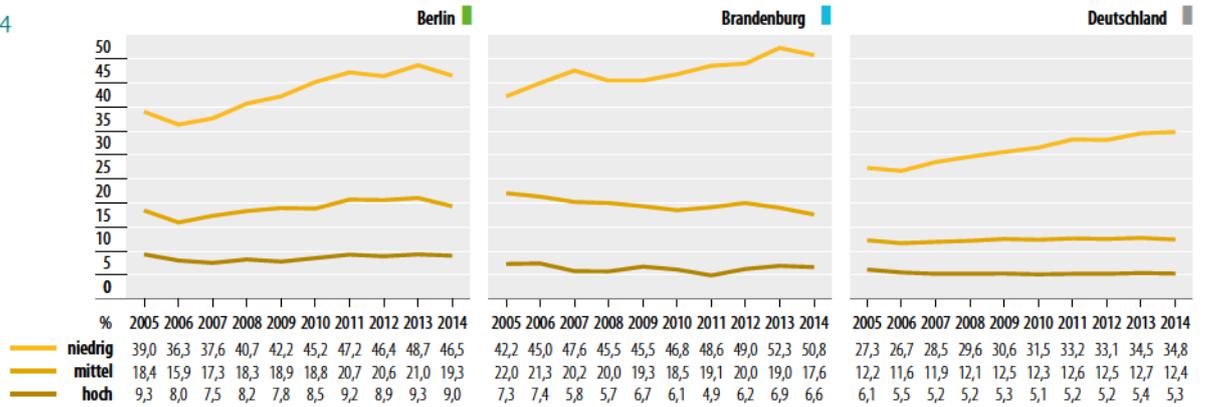


A Einkommensarmut

A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab
II nach Bildungsabschluss und Geschlecht

... nach Region und Bildungsabschluss¹

2005 – 2014



¹ Bevölkerung von 25 – 64 Jahren

A Einkommensarmut

A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab
III der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht

Definition

Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle nach Geschlecht, Altersgruppen im Vergleich zur jeweils jüngeren Bevölkerung und Region

Relevanz

Indikator für Altersarmut; entspricht den Indikatoren PN-P1 und PN-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

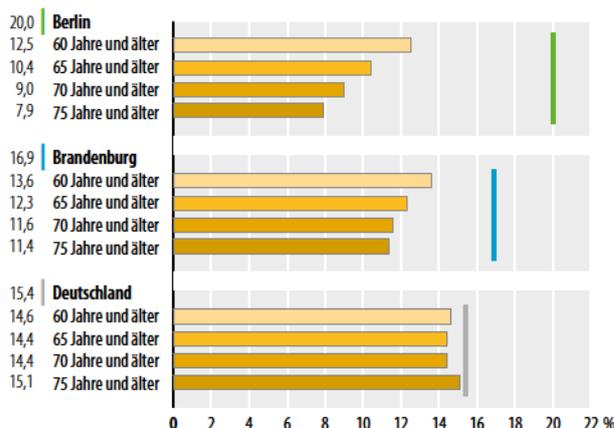
- ◀ Datenquellen | Methodische Hinweise
- ◀ im Landesmaßstab (A 1a X)

Ergebnisse

- **Berlinerinnen und Berliner** ab 60 Jahren haben auch nach dem Bundesmaßstab ein etwa halb so großes Armutsrisiko wie die Berliner Bevölkerung der jeweils jüngeren Altersgruppen. Stetig, wenn auch in geringem Maße nimmt das Armutsrisiko mit zunehmendem Alter ab. Von den Berlinerinnen und Berlinern, die 60 Jahre alt oder älter sind, leben 12,5% unterhalb der bundesweiten Armutsgefährdungsschwelle, bei den über 75-Jährigen noch 7,9%. Die weibliche Bevölkerung ab 65 Jahren hat ein etwas höheres Armutsrisiko als die gleichaltrige männliche Bevölkerung. Nur in der höchsten Altersgruppe hat es seit 1996 insgesamt eine leichte Abnahme des Armutsrisikos gegeben, in den letzten Jahren war der Anteil der Armutsgefährdeten unter den Hochbetagten wieder im Ansteigen begriffen.
- Bei der **Brandenburger** Bevölkerung vermindert sich die Armutsgefährdung ebenfalls mit zunehmendem Alter. Sie liegt bei den über 60-Jährigen bei 13,6%, bei den über 75-Jährigen bei 11,4%. Bei den Männern sinkt die Quote mit zunehmendem Alter kontinuierlich von 12,8% bei den über 60-jährigen auf 8,7% bei den über 75-jährigen, bei den Frauen bleibt es über alle Altersgruppen bei einer Armutsgefährdungsquote um ca. 13 bis 14 Prozent (siehe Tabelle). Nach dem Bundesmaßstab ist die Armutsgefährdung der Brandenburger älteren Bevölkerung seit 1996 für die beiden jüngeren Gruppen ab 60 und ab 65 Jahren angestiegen, für die älteste Gruppe ab 75 Jahren zurückgegangen. Jedoch steigt die Armutsgefährdung der älteren Bevölkerung generell seit einigen Jahren wieder an. Die Differenzierung nach den Geschlechtern zeigt, dass die Männer eine Erhöhung des Armutsrisikos erfahren haben, die Frauen dagegen zumindest in der höchsten Altersgruppe ein Absinken.
- Im **Bundesvergleich** sind die Armutsgefährdungsquoten in allen Altersgruppen der älteren Bevölkerung ebenfalls geringer als in der jeweils jüngeren Altersgruppe, wobei die Unterschiede in den Quoten bei weitem nicht so groß ausfallen wie in Berlin und Brandenburg. Unter dem Gesichtspunkt der Armutsgefährdung ist die sogenannte Generationengerechtigkeit in Berlin und Brandenburg damit noch weniger gegeben als im Bundesdurchschnitt.

... der älteren Bevölkerung nach Region und Altersgruppen

2014

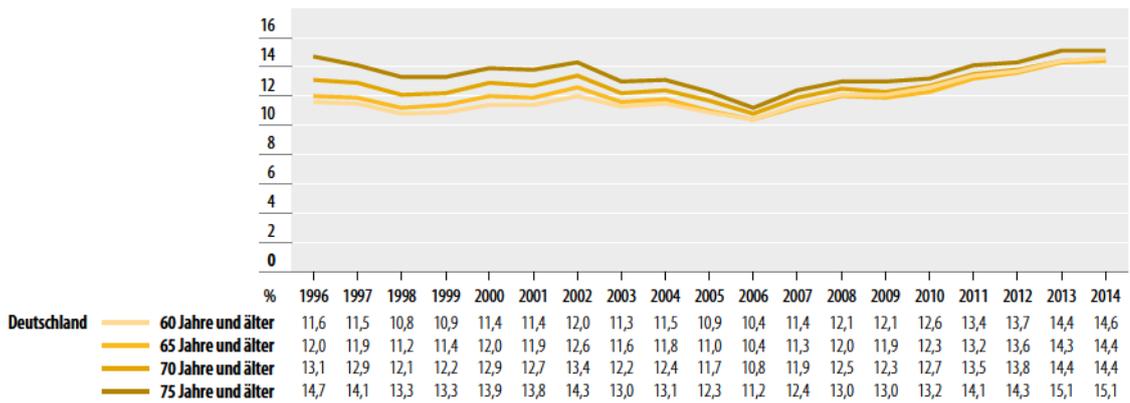
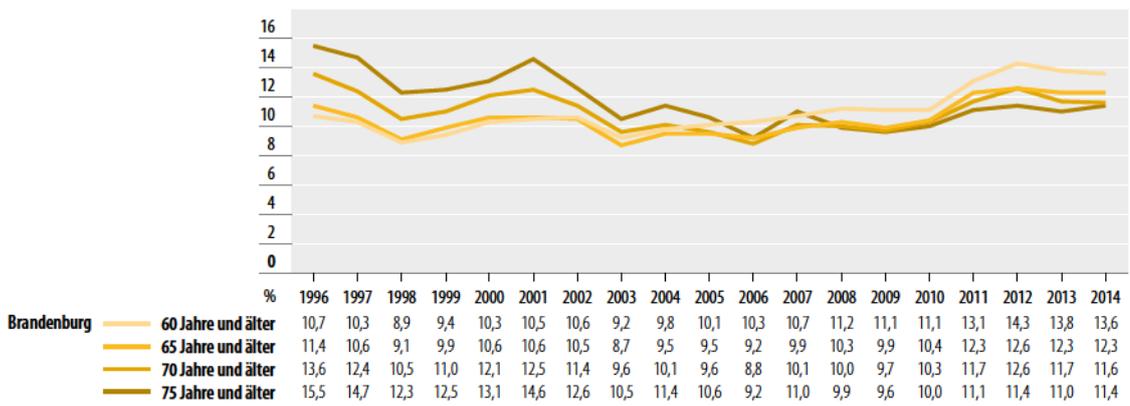
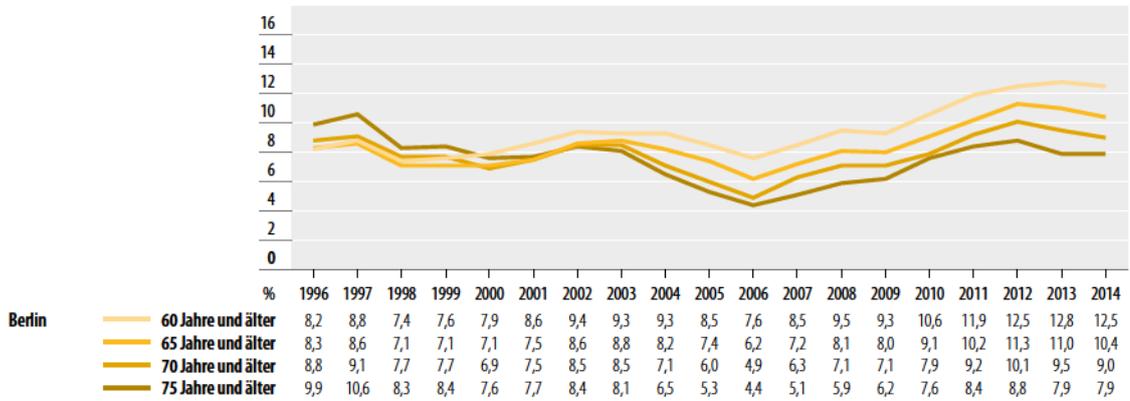


A Einkommensarmut

A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab
III der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht

... der älteren Bevölkerung nach Region und Altersgruppen

1996 – 2014



A Einkommensarmut

A2 Armutsquoten im Landesmaßstab

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsschwelle nach Altersgruppen und Region

Relevanz

Ergänzender Indikator zur Armutsgefährdung; entspricht den Indikatoren SI-S1e und PN-S8 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

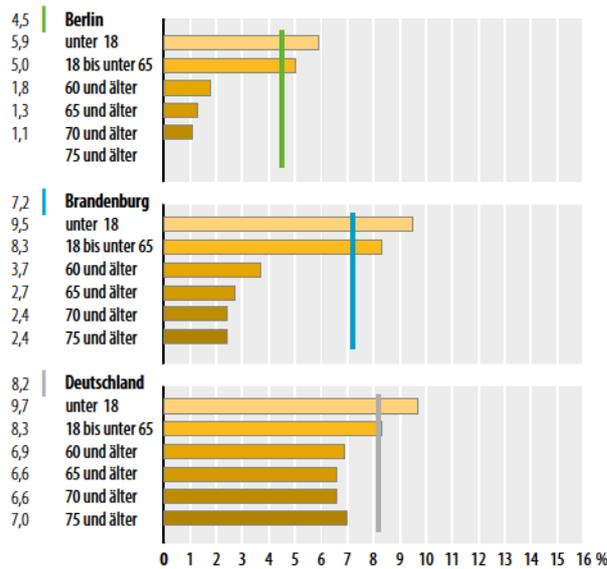
Ergebnisse

■ In **Berlin** liegt die Armutsquote bei 4,5%. Kinder und erwachsene Personen bis unter 65 Jahren haben eine höhere Armutsquote von 5,9% und 5,0%. Bei den älteren Altersgruppen ab 60 Jahren sinkt die Armutsquote kontinuierlich von noch 1,8% bei den über 60-Jährigen auf 1,1% bei den über 70-Jährigen. Seit 1996 ist die Armutsquote in allen Altersgruppen zurückgegangen, für Kinder auf weniger als die Hälfte (1996: 14,0%, 2014: 5,9%). Auch die sehr niedrigen Armutsquoten für die Älteren haben sich noch einmal mehr als halbiert.

■ In **Brandenburg** sind 7,2% der Einwohner im Landesmaßstab arm. Die höchste Quote haben Kinder mit 9,5%, gefolgt von der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren (8,3%). In den höheren Altersgruppen beträgt die Armutsquote für die über 60-Jährigen 3,7% und für die über 75-Jährigen noch 2,4%. Seit 1996 ist die Armutsquote in Brandenburg um ca. zwei Prozentpunkte angestiegen. Diese Entwicklung trifft vor allem die Altersgruppen unter 60 Jahren, für die älteren hat sich die Quote kaum verändert bzw. ist für die Hochbetagten sogar zurückgegangen.

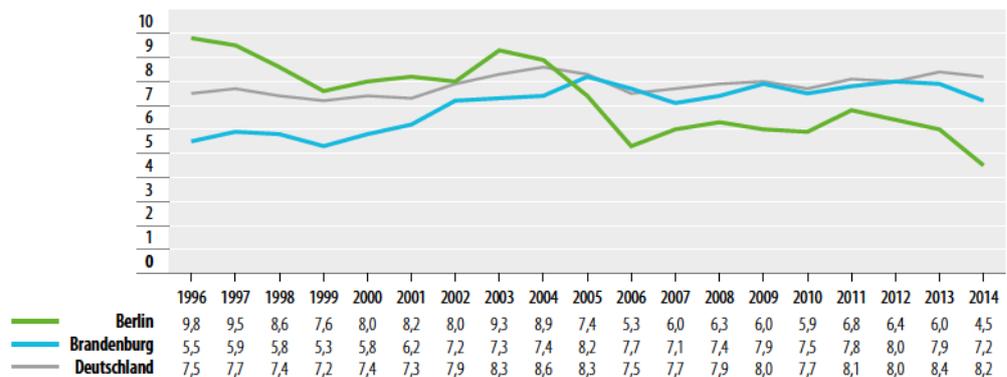
... nach Region und Altersgruppen

2014



... nach Region

1996 – 2014



A Einkommensarmut

A3 Quoten strenger Armut im Landesmaßstab

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 40% des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens nach Region

Relevanz

Indikator für sogenannte strenge Armut; entspricht dem Indikator SI-S1e aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

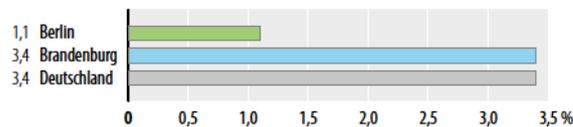
Ergebnisse

- Nur 1,1% der Wohnbevölkerung in Berlin lebt unter den Bedingungen strenger Armut. Die Quote strenger Armut war im Jahr 1996 in Berlin ca. fünf Mal höher als im Jahr 2014. Der Rückgang verlief relativ stetig, ab dem Jahr 2008 liegt der Anteil zwischen einem und zwei Prozent.
- In Brandenburg beträgt die Quote strenger Armut 3,4%. 2012 wurde der höchste Wert gemessen (3,7%), seitdem ist die Quote wieder gefallen. Insgesamt ist eine leicht ansteigende Tendenz seit 1996 (2,8%) zu erkennen.

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

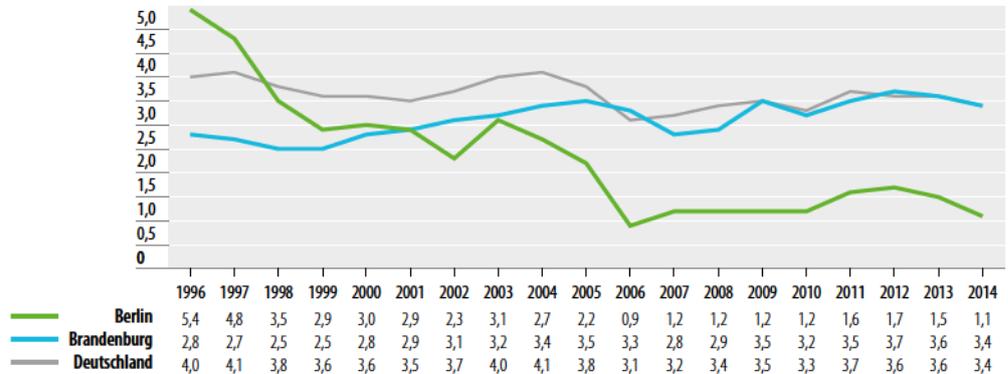
... nach Region

2014



... nach Region

1996 – 2014



A Einkommensarmut

A 4 Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens nach Altersgruppen

Relevanz

Beschreibung der Armutsnähe; entspricht den Indikatoren SI-S1e und PN-S8 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

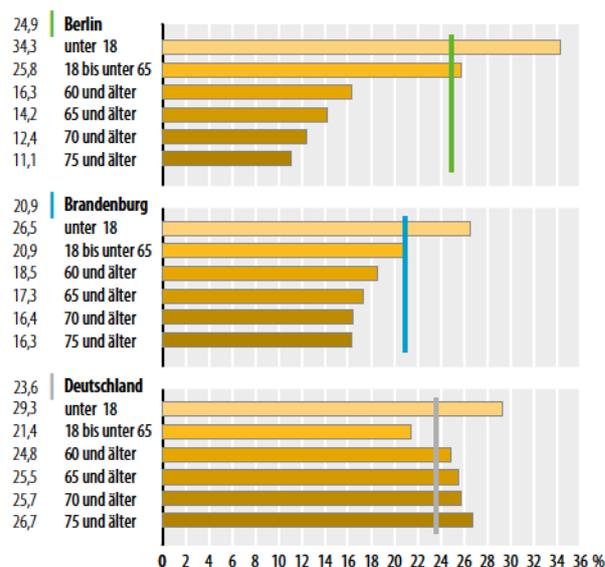
◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

Ergebnisse

- Ein Viertel der **Berliner und Berlinerinnen** (24,9%) hat ein bedarfsgewichtetes Einkommen unterhalb oder in der Nähe der berlinspezifischen Armutsgefährdungsschwelle. Von den Kindern unter 18 Jahren ist ein Drittel (34,3%) betroffen. Die höchste Quote weist die Gruppe der Personen im Ausbildungsalter von 18 bis unter 25 Jahren auf (41,3%). Eine stetige Abnahme des Anteils der Personen mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb oder in der Nähe der Armutsgefährdungsschwelle gibt es mit zunehmendem Lebensalter. Berlinerinnen und Berliner im Alter ab 60 Jahren sind zu 16,3% in dieser Einkommenssituation, Personen im Alter ab 75 Jahren nur noch zu 11,1%. In Spandau und im Berliner Innenstadtbereich mit den Bezirken Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte leben sogar mehr als 30% der Bevölkerung in der Nähe oder unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Insgesamt ist die Quote seit 1996 recht konstant geblieben. Bei den ab 75-Jährigen erkennt man allerdings einen deutlich abnehmenden Trend.
- Ein Fünftel der **Brandenburger** Wohnbevölkerung (20,9%) lebt nahe bei bzw. unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Dieser Anteil ist für Personen unter 18 Jahren noch einmal höher, ein Viertel (26,5%) der Brandenburger Kinder ist betroffen. Insgesamt weist die Altersgruppe von 18 bis unter 65 Jahren eine Quote auf, die dem Landesdurchschnitt entspricht. Innerhalb dieser Altersgruppe fallen allerdings die Personen im Ausbildungsalter auf: Knapp ein Drittel (32,6%) hat ein bedarfsgewichtetes monatliches Nettoeinkommen in der Nähe oder unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (siehe Tabelle). Bei Personen ab 60 Jahren sinkt die Quote auf 18,5%. In den höheren Altersgruppen fällt die Quote noch etwas weiter, aber nur noch geringfügig auf 16,3% bei den über 75-Jährigen. In der Prignitz liegt die Quote der Einwohnerinnen und Einwohner, die mit ihrem bedarfsgewichteten Einkommen nahe dem Armutsrisiko liegen oder armutsgefährdet sind, am höchsten, nämlich bei einem Drittel (32,6%), gefolgt von der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) mit 32,1%. In den anderen Brandenburger Regionen ist die Quote teils erheblich niedriger (Havelland: 12,7%, Potsdam-Mittelmark: 14,8%).

... nach Region und Altersgruppen

2014

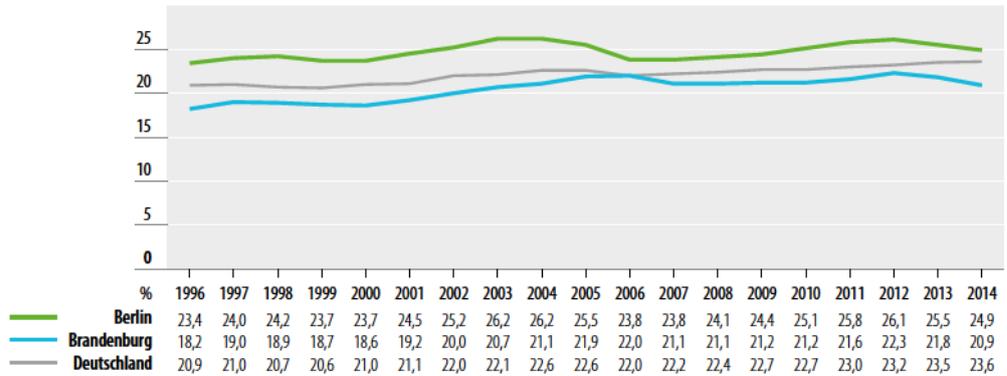


A Einkommensarmut

A 4 Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens

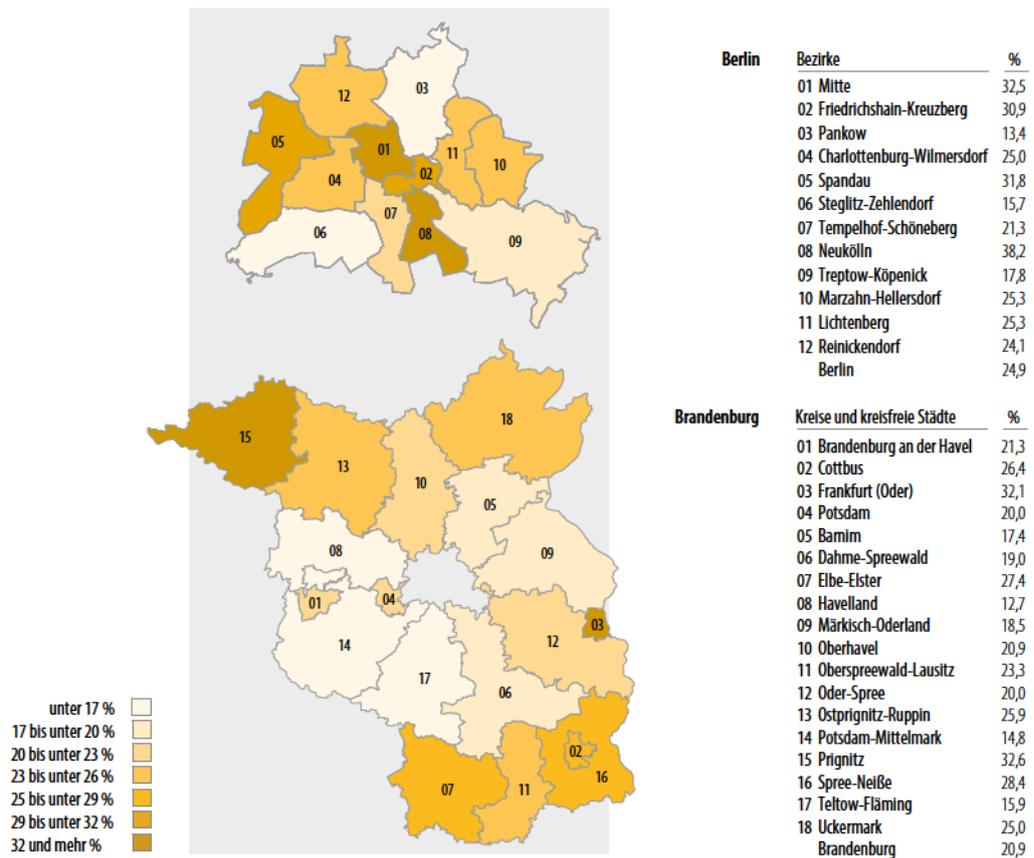
... nach Region

1996 – 2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



A Einkommensarmut

A5 Armutsschwellen im Landesmaßstab

Definition

40 % (Grenze strenger Armut), 50 % (Armutsschwelle), 60 % (Armutgefährdungsschwelle) und 70 % (Grenze der Armutsnähe) des mittleren landespezifischen Äquivalenzeinkommens in Euro nach Haushaltstyp und Region

Relevanz

Die Armutsschwellen grenzen relative Einkommensarmut ab. Sie beruhen auf einem anderen Konzept als für die Festlegung von Regelsätzen für Bedarfsgemeinschaften nach SGB II („Hartz-IV“) zum Einsatz kommt und sollten deshalb nicht mit diesen verglichen werden; entspricht den Indikatoren 1a und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

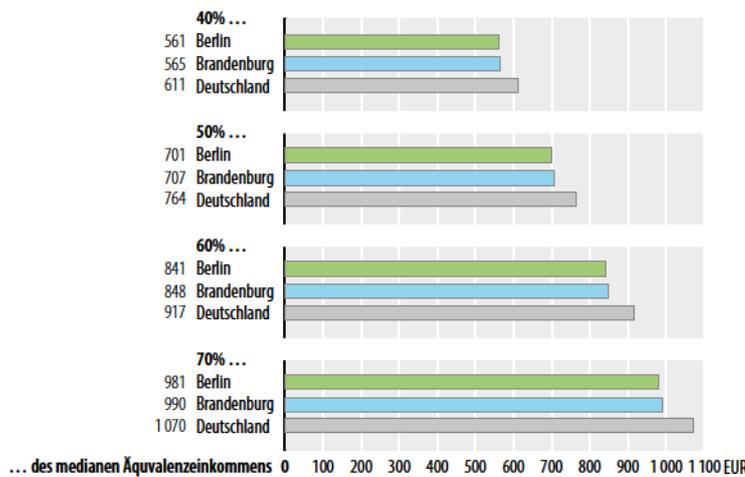
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- Für **Berlin** liegt die Armutgefährdungsschwelle bei 841 EUR. Bei Haushalten mit zwei Erwachsenen ergibt sich daraus eine Armutgefährdungsschwelle von 1262 EUR. Ein Dreipersonenhaushalt – zwei Personen ab 14 Jahren und ein Kind unter 14 Jahren ist bei einem monatlichen Haushaltseinkommen unterhalb von 1514 EUR armutsgefährdet. Für einen Berliner Vierpersonenhaushalt (zwei Personen ab 14 Jahren und zwei Kinder unter 14 Jahren) liegt die Armutgefährdungsschwelle bei 1767 EUR. Die Armutsschwelle liegt in Berlin bei 701 EUR für einen Einpersonenhaushalt, die Schwelle für strenge Armut bei 561 EUR. Alle Armutsschwellen sind seit 1996 kontinuierlich angestiegen. Dafür ist vor allem die allgemeine Einkommensentwicklung verantwortlich.
- Die landesspezifische Armutgefährdungsschwelle für **Brandenburg** beträgt 848 EUR. Damit ist ein Brandenburger Zweipersonenhaushalt mit zwei Erwachsenen armutsgefährdet, wenn das monatliche Haushaltseinkommen unter 1272 EUR liegt. Lebt außerdem ein Kind unter 14 Jahren in diesem Haushalt, steigt die Armutgefährdungsschwelle auf 1527 EUR, bei zwei Kindern unter 14 Jahren auf 1781 EUR. Die Armutsschwelle liegt für einen Brandenburger Einpersonenhaushalt bei 707 EUR, die Grenze für strenge Armut bei 565 EUR. Seit 1996 sind das mittlere Äquivalenzeinkommen und damit die Armutsschwellen in Brandenburg stetig angestiegen, da sich das mittlere Äquivalenzeinkommen erhöht hat.

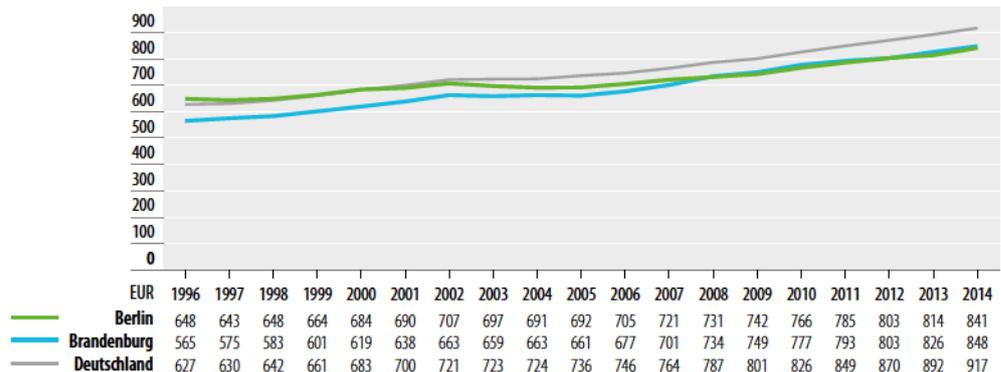
... nach Region in EUR

2014



Armutgefährdungsschwelle nach Region in EUR

1996 – 2014



B Einkommensverteilung

B1 Relative Armutsgefährdungslücke im Landesmaßstab

Definition

Abstand des Medianäquivalenzeinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent nach Region, Geschlecht und Alter

Relevanz

Indikator für den Schwerpunkt und die Verteilung der Äquivalenzeinkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung; entspricht den Indikatoren 2 und SI-P3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

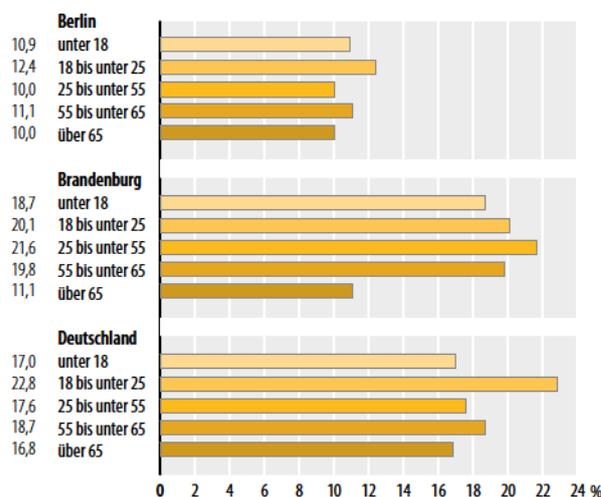
Ergebnisse

■ Die relative Armutsgefährdungslücke beträgt in **Berlin** 10,6%. Das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung Berlins liegt somit um 10,6% unterhalb der Berliner Armutsgefährdungsschwelle. Einen überdurchschnittlich großen Abstand von der Armutsgefährdungsschwelle haben die Einkommen der 18- bis unter 25-Jährigen (12,4%). Die anderen Altersgruppen weichen bezüglich der Armutsgefährdungslücke weniger stark vom allgemeinen Durchschnitt ab. Während bei den Berlinern die Armutsgefährdungslücken der einzelnen Altersgruppen unterschiedlich groß sind und die Armutsgefährdungslücke für die 18 bis unter 25 Jahre alten Berliner besonders breit ist (13,5%), gibt es bei den Berlinerinnen für keine Altersgruppe eine auffällige Abweichung vom Berliner Durchschnitt. Im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf (13,0%) liegt das mittlere Einkommen der armutsgefährdeten Bewohnerinnen und Bewohner am weitesten unter der Berliner Armutsgefährdungsschwelle, wohingegen in den Bezirken Spandau (4,6%) und Pankow (7,5%) die armutsgefährdete Wohnbevölkerung im Vergleich mit den anderen Berliner Bezirken die höchsten bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen hat. Seit 1996 ist die relative Armutsgefährdungslücke um 11 Prozentpunkte kleiner geworden – ein Hinweis darauf, dass die bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung in Berlin angewachsen sind und ihre Ungleichheit abgenommen hat.

■ In **Brandenburg** beträgt die relative Armutsgefährdungslücke 18,5%. Für die mittlere Altersgruppe der 25- bis unter 55-Jährigen ist sie mit 21,6% am höchsten. Erst für die ab 65-jährigen armutsgefährdeten Brandenburgerinnen und Brandenburger sinkt der Abstand ihrer bedarfsgewichteten Einkommen zur Armutsgefährdungsschwelle deutlich auf 11,1%. In der Altersklasse 55 bis unter 65 Jahren zeigt sich ein deutlicher geschlechtsspezifischer Unterschied in der relativen Armutsgefährdungslücke – beträgt sie für Brandenburgerinnen 16,9%, liegt sie bei den Brandenburgern schon bei 23,4%. Bei den über 65-Jährigen gibt es allerdings keinen wesentlichen Geschlechterunterschied mehr. 30% beträgt der Abstand des mittleren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung von der Brandenburger Armutsgefährdungsschwelle im Kreis Prignitz, gefolgt vom Kreis Oberspreewald-Lausitz (26,4%), dahinter folgt Teltow-Fläming mit 24,9%. Die kleinsten Abstände mit unter 15% sind in den Kreisen Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Havelland, Potsdam-Mittelmark und Uckermark zu finden. Die relative Armutsgefährdungslücke hat sich in Brandenburg von 1996 (17,6%) bis 2002 (19,0%) vergrößert und ist seitdem auf diesem Niveau relativ stabil.

... nach Region und Altersgruppe

2014

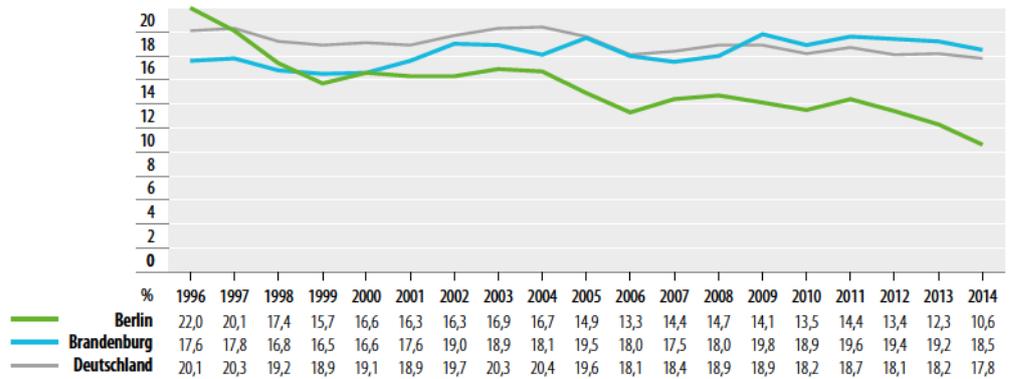


B Einkommensverteilung

B1 Relative Armutsgefährdungslücke im Landesmaßstab

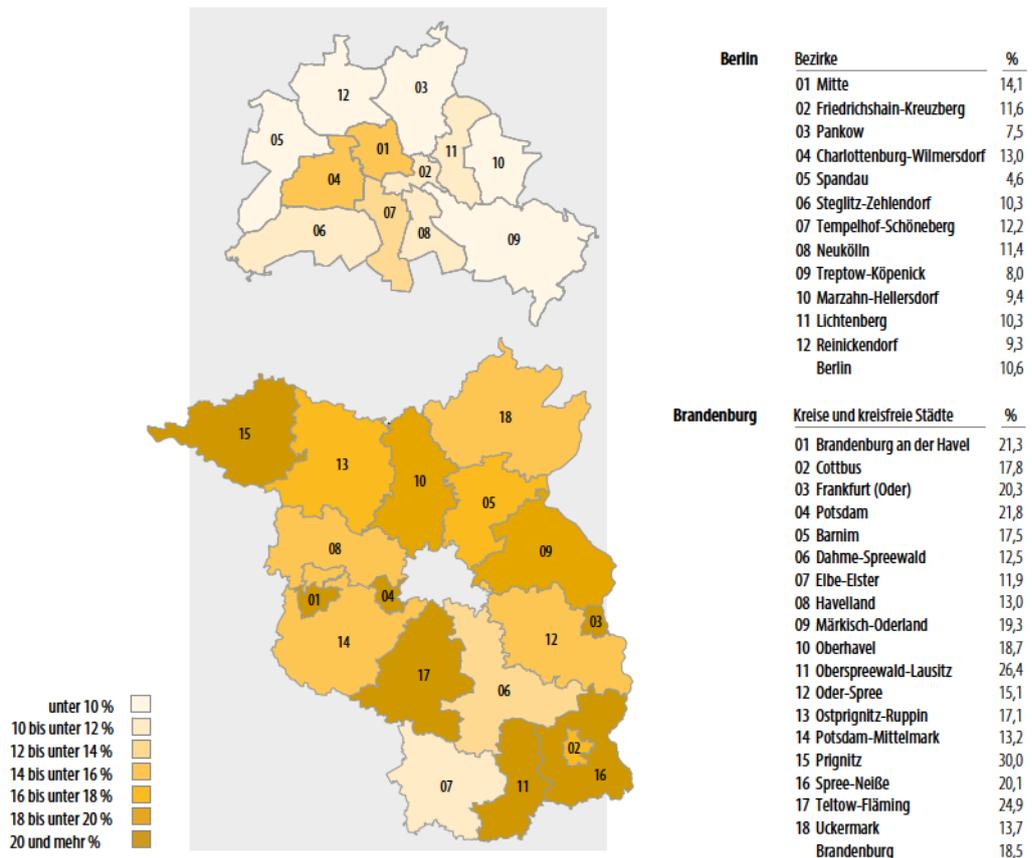
... nach Region

1996 – 2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



B Einkommensverteilung

B.2 Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 60 Jahren

Definition

Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 60 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 60 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz

Indikator für die Angemessenheit der Einkommen älterer Personen und Generationengerechtigkeit; entspricht dem Indikator PN-S2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

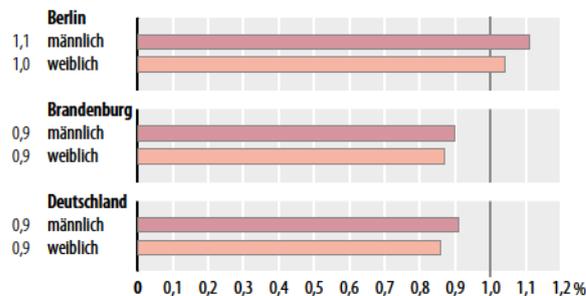
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- In **Berlin** ist das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen von Personen ab 60 Jahren höher als das von Personen unter 60 Jahren (siehe Tabelle). Dieser Zusammenhang gilt sowohl für Männer als auch für Frauen, auch wenn das Verhältnis bei den Männern noch mehr zugunsten der Älteren ausfällt. In den Berliner Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Neukölln und Reinickendorf sind die mittleren Äquivalenzeinkommen der Älteren im Vergleich zu denen der Jüngeren besonders hoch. Nur in den Bezirken Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg und Treptow-Köpenick sind die mittleren Einkommen der unter 60-Jährigen höher als die der Älteren. Das Pro-Kopf-Einkommen der ab 60-Jährigen in ganz Berlin war auch schon im Jahre 1997 höher als das der unter 60-Jährigen (ab 1998 traf das auch für beide Geschlechter zu), wobei sich der prozentuale Abstand bis 2006 immer mehr vergrößert hat, um danach leicht zurück zu gehen.
- In **Brandenburg** ist das mittlere Äquivalenzeinkommen der Älteren geringer als das der unter 60-Jährigen (siehe Tabelle). In Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark liegt das mittlere Einkommen der Älteren sogar um ein Fünftel niedriger als das der Jüngeren. Nur in den kreisfreien Städten Cottbus und Frankfurt (Oder) und den Kreisen Prignitz und Elbe-Elster sind die mittleren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der Generationen ungefähr gleich. Die Geschlechterunterschiede sind in Brandenburg gering. Im Jahr 1996 waren die mittleren Äquivalenzeinkommen in den beiden Altersgruppen der Brandenburger Bevölkerung noch fast gleich. Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen haben sich aber ab dem Jahr 2007 die mittleren bedarfsgewichteten Einkommen deutlich zugunsten der Personen unter 60 Jahren verschoben.

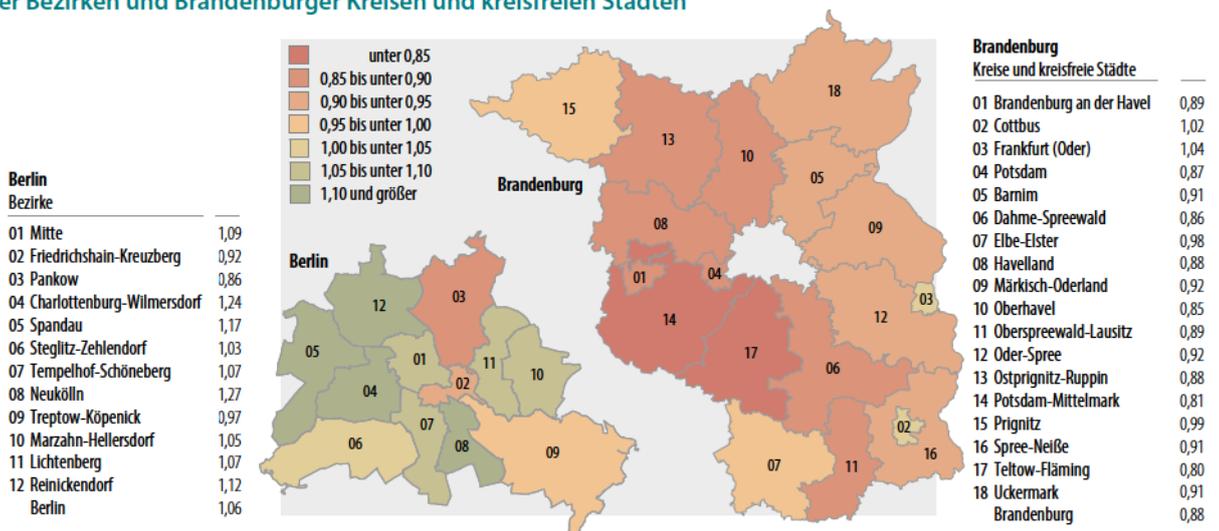
... nach Region und Geschlecht

2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014

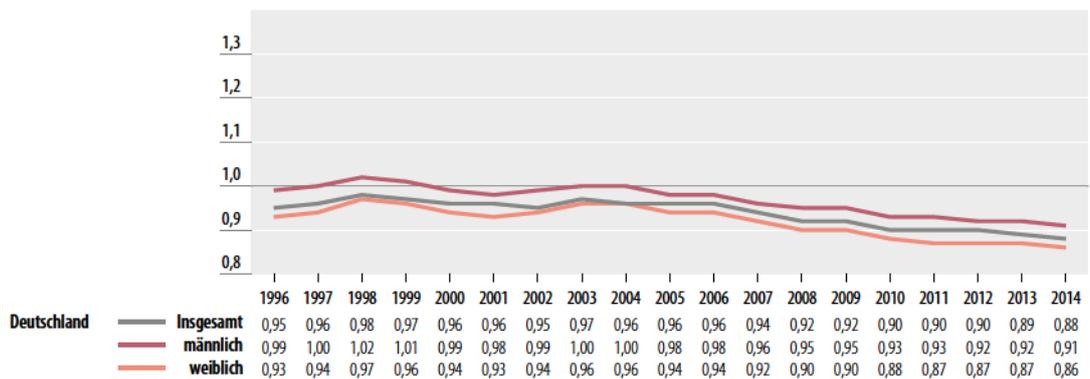
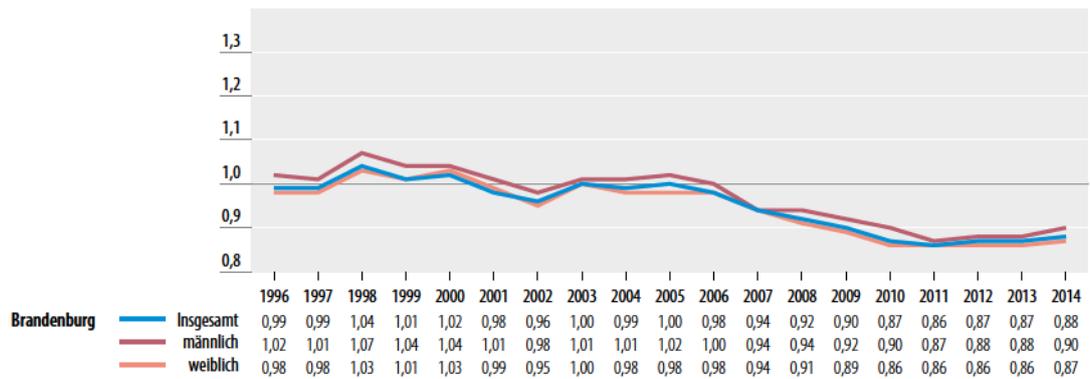
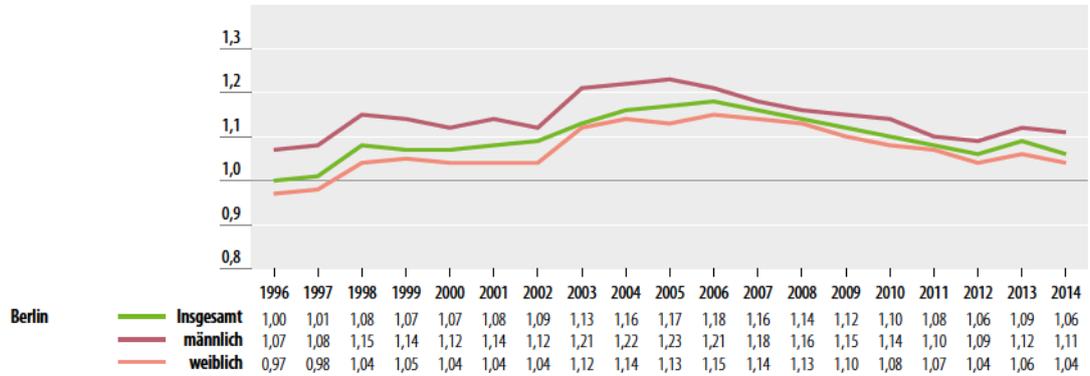


B Einkommensverteilung

B2 Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 60 Jahren

... nach Region und Geschlecht

1996 – 2014



B Einkommensverteilung

B3 Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 65 Jahren

Definition

Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 65 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 65 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz

Indikator für die Angemessenheit der Einkommen von Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind bzw. Generationengerechtigkeit; entspricht den Indikatoren 7a und PN-P2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

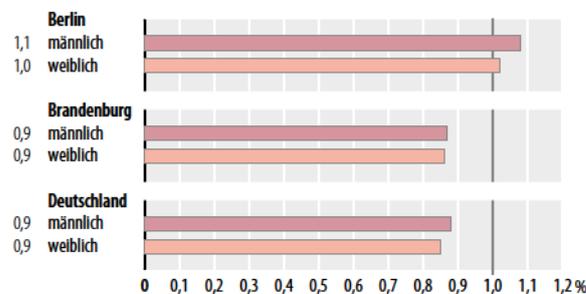
Ergebnisse

■ In **Berlin** ist das mittlere Äquivalenzeinkommen der Berlinerinnen und Berliner im Rentenalter höher als das der Personen unter 65 Jahren (siehe Tabelle). Dies gilt sowohl für Männer als auch für Frauen, auch wenn das Verhältnis bei den Männern noch mehr zugunsten der Älteren ausfällt. In den Berliner Bezirken Charlottenburg-Wilhelmsdorf, Spandau, Neukölln und Reinickendorf sind die mittleren Einkommen der Älteren zu denen der Jüngeren besonders hoch. Die einzigen Bezirke, in denen die mittleren Äquivalenzeinkommen der unter 65-Jährigen höher als die der Älteren sind, sind Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg und Treptow-Köpenick. Im Gesamtberliner Maßstab waren die mittleren Einkommen der ab 65-Jährigen seit 1998 höher als die der unter 65-Jährigen, der prozentuale Abstand hat sich bis zum Jahr 2006 immer mehr vergrößert. Danach ist wieder eine leichte Angleichung zu erkennen, wobei seit 2011 das Verhältnis der Einkommen der beiden Altersgruppen konstant geblieben ist.

■ In **Brandenburg** ist das mittlere bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen der Älteren geringer als das der Jüngeren (siehe Tabelle). Die Geschlechter unterscheiden sich dabei kaum. Im Kreis Potsdam-Mittelmark liegt das mittlere Einkommen der Älteren sogar um fast ein Viertel niedriger als das der Jüngeren. Nur in den kreisfreien Städten Frankfurt (Oder) und Cottbus und in den Kreisen Elbe-Elster und Prignitz ist das mittlere Äquivalenzeinkommen der unter 65-Jährigen annähernd gleich oder höher als das der Älteren. Im Jahr 1996 waren die mittleren Einkommen in beiden Altersgruppen der Brandenburger Bevölkerung noch annähernd gleich, aber sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen haben sich ab dem Jahr 2007 die mittleren bedarfsgewichteten Einkommen deutlich zugunsten der Personen unter 65 Jahren verschoben. Seit 2010 ist das Verhältnis recht stabil.

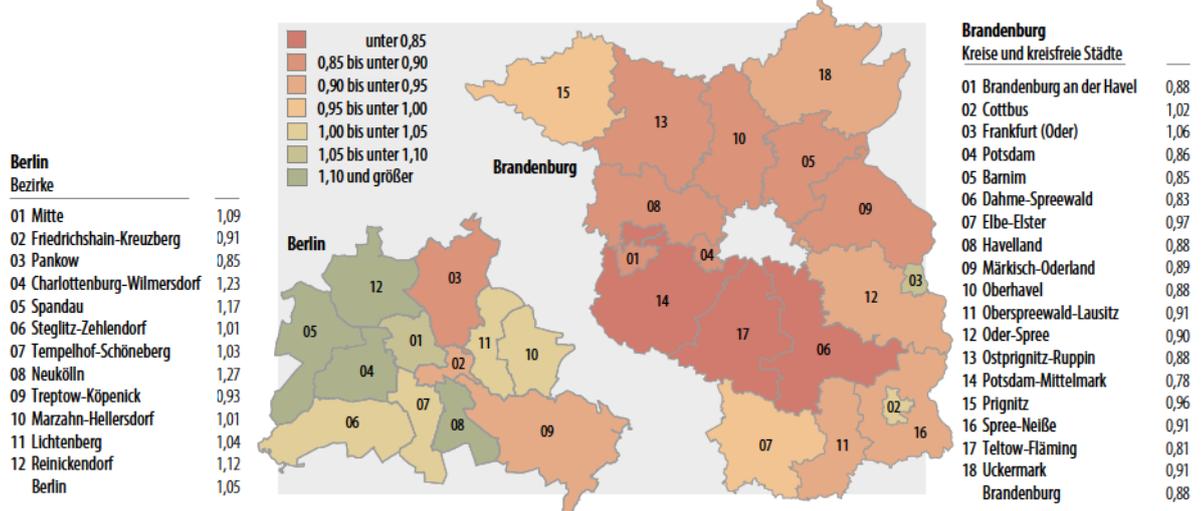
... nach Region und Geschlecht

2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014

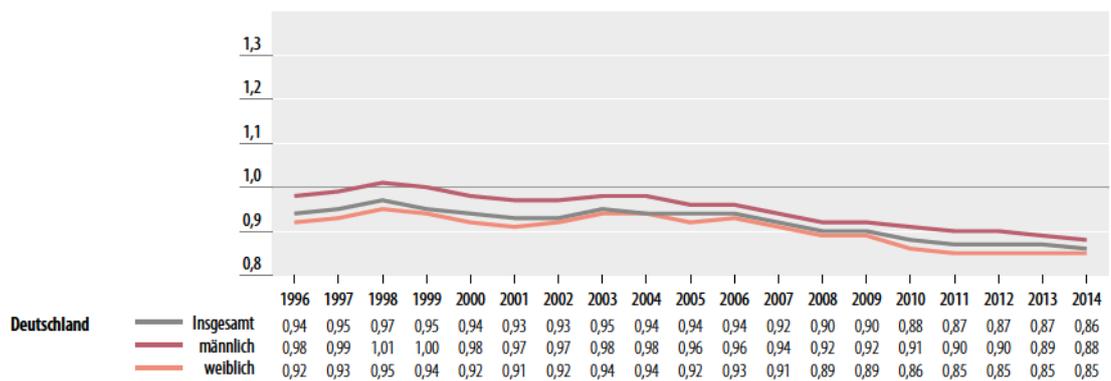
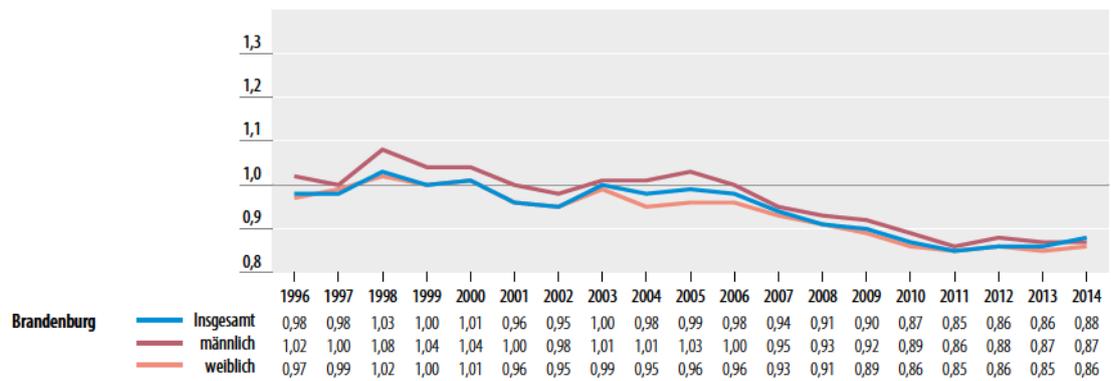
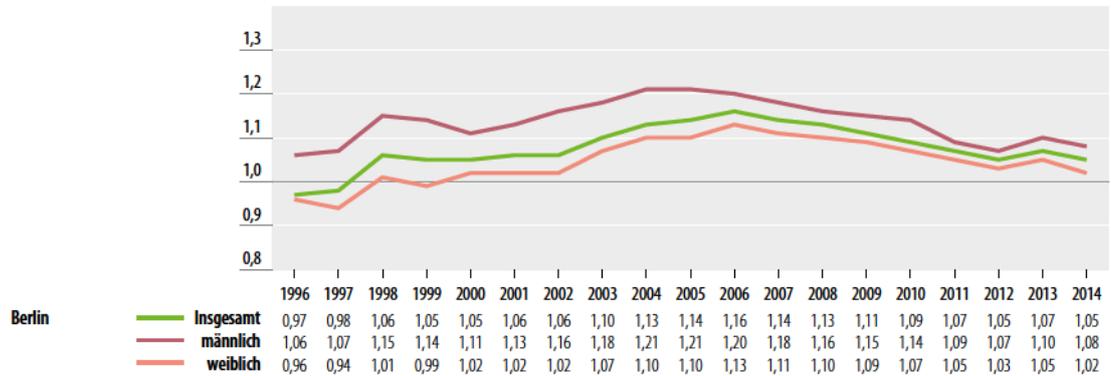


B Einkommensverteilung

B3 Verhältnis der Einkommen Älterer zu den Einkommen von Personen unter 65 Jahren

... nach Region und Geschlecht

1996 – 2014



B Einkommensverteilung

B4 Gini-Koeffizient

Definition

Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen nach Region

Relevanz

Maß für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen; entspricht dem Indikator SI-C2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

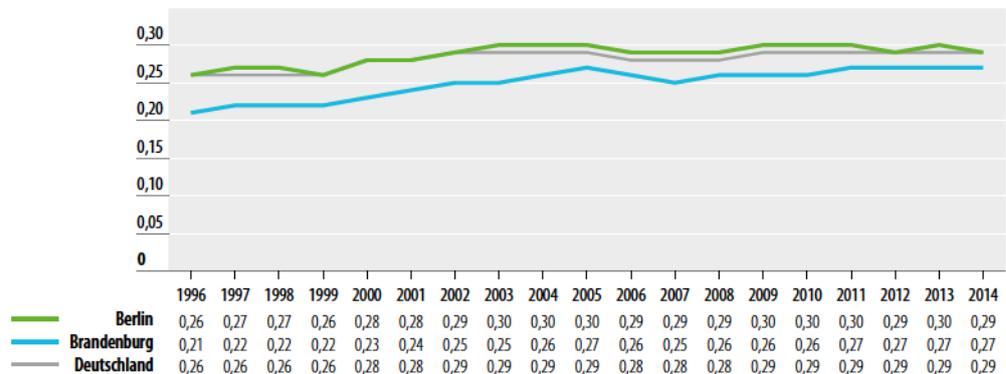
Ergebnisse

Ein Gini-Koeffizient von 0 bedeutet vollständige Gleichheit, beträgt der Wert dagegen 1, liegt vollständige Ungleichheit vor. Der Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen beträgt in **Berlin** 0,29. In den Berliner Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf (0,34) und Steglitz-Zehlendorf sowie Tempelhof-Schöneberg (beide 0,31) deutet er auf im Berliner Vergleich besonders hohe Einkommensungleichheiten hin. In den zum ehemaligen Ostteil Berlins gehörenden Bezirk Lichtenberg (0,23) zeigt er für Berliner Verhältnisse eine besonders niedrige Einkommensungleichheit an. Im Jahr 1996 betrug der Gini-Koeffizient für Berlin noch 0,26, aber bis zum Jahr 2003 ist er auf 0,30 angestiegen, was auf wachsende Einkommensungleichheit hindeutet. Seitdem liegt der Gini-Koeffizient zwischen 0,29 und 0,30.

In **Brandenburg** liegt der Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen bei 0,27. In der Landeshauptstadt Potsdam ist er mit einem Wert von 0,30 im Vergleich mit den anderen Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten besonders hoch, in den Kreisen Elbe-Elster und Havelland mit jeweils 0,23 und Oder-Spree mit 0,24 besonders niedrig. Seit 1996 ist der Gini-Koeffizient der Brandenburger bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen relativ stetig von 0,21 auf 0,27 im Jahr 2005 angestiegen. Seitdem liegt der Gini-Koeffizient konstant zwischen 0,27 und 0,25. Darin zeigt sich die Angleichung der Einkommensverhältnisse des ostdeutschen Bundeslandes Brandenburg an die Einkommensungleichheiten in Gesamtdeutschland.

... nach Region

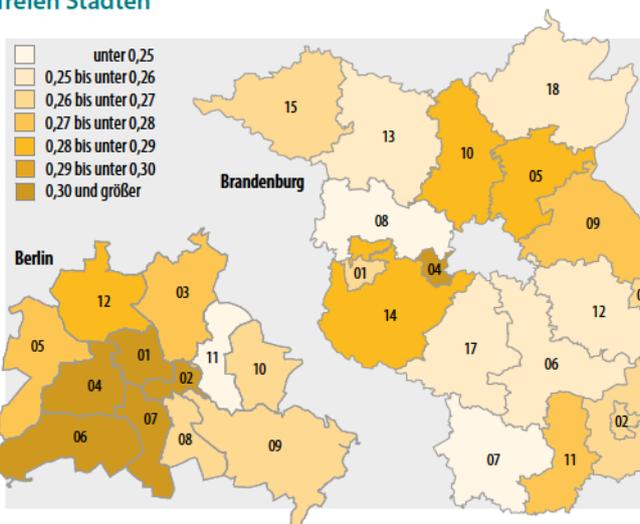
1996 – 2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014

Berlin Bezirke	Gini-Koeffizient
01 Mitte	0,30
02 Friedrichshain-Kreuzberg	0,30
03 Pankow	0,27
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	0,34
05 Spandau	0,27
06 Steglitz-Zehlendorf	0,31
07 Tempelhof-Schöneberg	0,31
08 Neukölln	0,26
09 Treptow-Köpenick	0,26
10 Marzahn-Hellersdorf	0,26
11 Lichtenberg	0,23
12 Reinickendorf	0,28
Berlin	0,29



Brandenburg Kreise und kreisfreie Städte	Gini-Koeffizient
01 Brandenburg an der Havel	0,26
02 Cottbus	0,26
03 Frankfurt (Oder)	0,26
04 Potsdam	0,30
05 Barnim	0,28
06 Dahme-Spreewald	0,25
07 Elbe-Elster	0,23
08 Havelland	0,23
09 Märkisch-Oderland	0,27
10 Oberhavel	0,28
11 Oberspreewald-Lausitz	0,27
12 Oder-Spree	0,24
13 Ostprignitz-Ruppin	0,25
14 Potsdam-Mittelmark	0,28
15 Prignitz	0,26
16 Spree-Neiße	0,26
17 Teltow-Fläming	0,25
18 Uckermark	0,25
Brandenburg	0,27

B Einkommensverteilung

B5 S80/S20-Quote

Definition

Verhältnis der Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Quintils (Fünftels der Verteilung) zur Summe des untersten Quintils nach Region

Relevanz

Indikator für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen; einer der Primärindikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union; entspricht den Indikatoren 2 und SI-C1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnis

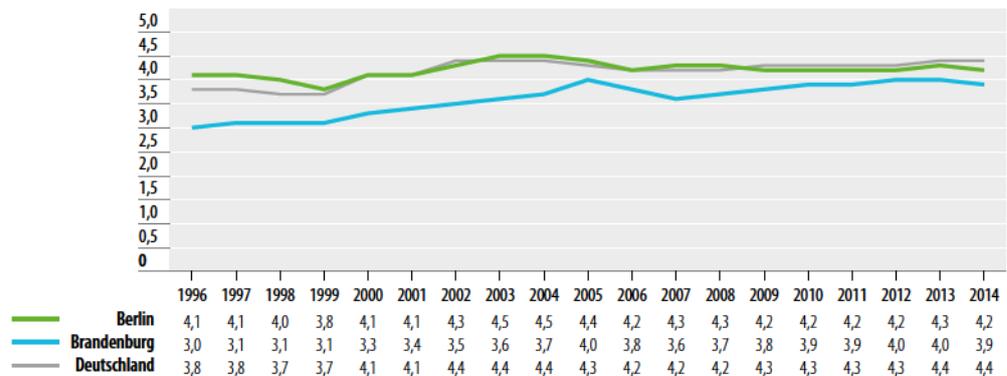
Die S80/S20-Quote als ein Maß für die Ungleichverteilung der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen gibt das Verhältnis der summierten Äquivalenzeinkommen des reichsten Fünftels der Bevölkerung zu den Äquivalenzeinkommen des ärmsten Fünftels an.

■ **In Berlin** ist die Summe der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen der reichsten zwanzig Prozent der Bevölkerung vier Mal (4,2) so hoch wie die Summe der Äquivalenzeinkommen der ärmsten zwanzig Prozent. In den Berliner Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf (5,3), Steglitz-Zehlendorf (4,5) und Tempelhof-Schöneberg (4,5) sind die Werte am höchsten. Hier herrscht somit eine besonders hohe Einkommensungleichheit vor. Die geringsten Einkommensungleichheiten gibt es in Lichtenberg (3,1) und Neukölln (3,4). Für ganz Berlin ist die Quote seit 1996 von 4,1 auf 4,5 in den Jahren 2003 und 2004 angestiegen. Danach ging sie wieder leicht zurück und stabilisierte sich.

■ **In Brandenburg** beträgt die S80/S20-Quote 3,9. Die höchsten Einkommensungleichheiten liegen in der kreisfreien Stadt Potsdam (4,9) vor. Mit einem Wert von 3,1 bzw. 3,2 gibt es in den Kreisen Havelland und Elbe-Elster besonders geringe Quoten. Die S80/S20-Quote ist in Brandenburg seit 1996 von einem Wert von 3,0 an relativ kontinuierlich angestiegen und beträgt seit 2010 konstant um die 3,9. Dieser Indikator weist darauf hin, dass die Einkommensungleichheit in Brandenburg in den späten 1990er und 2000er Jahren gewachsen ist.

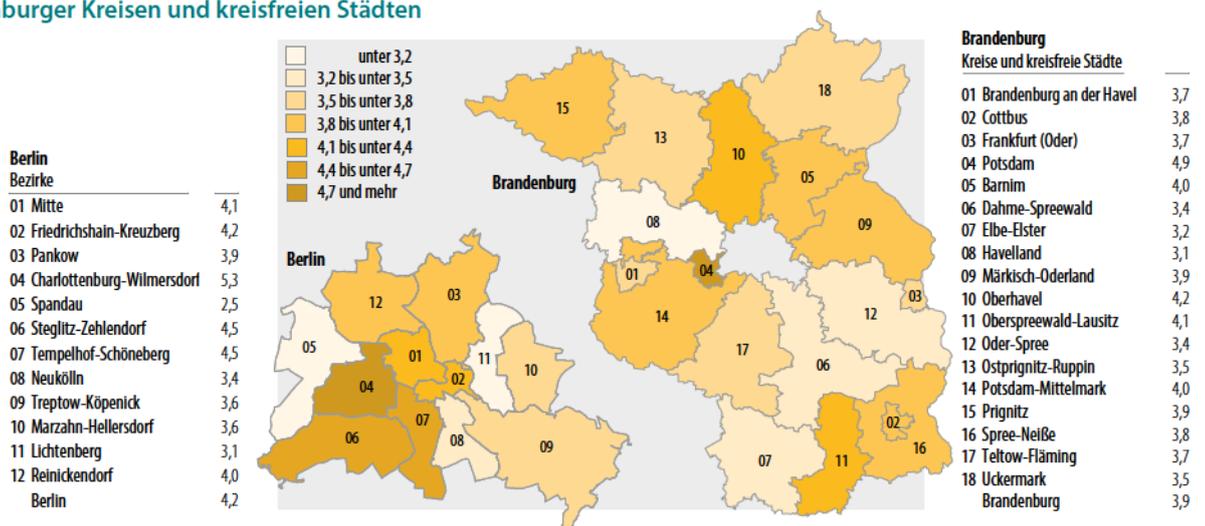
... nach Region

1996 – 2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



B Einkommensverteilung

B6 Reichtumsquoten im Landesmaßstab

Definition

Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen oberhalb der landesspezifischen Reichtumschwelle nach Region

Relevanz

Indikator zur Einkommensverteilung

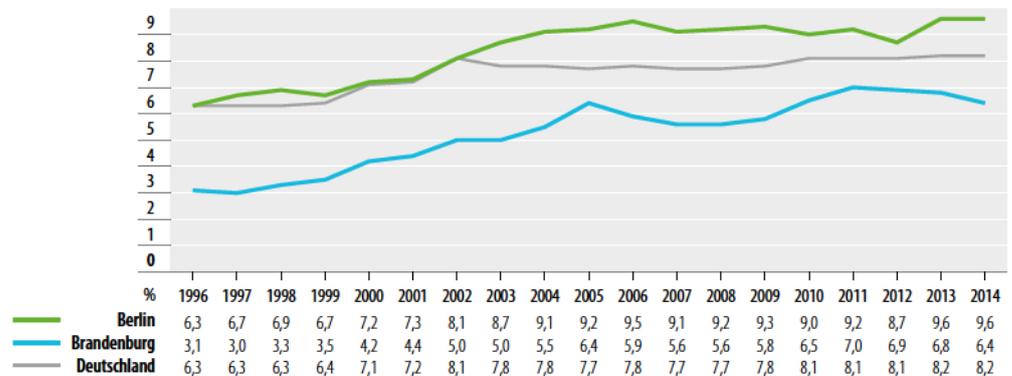
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- 9,6% der **Berliner** Bevölkerung gelten als reich, bzw. relativ wohlhabend, d.h. ihr Äquivalenzeinkommen ist mindestens doppelt so hoch wie das mittlere Äquivalenzeinkommen in Berlin. Die Berliner Reichtumsquote ist seit 1996 von 6,3% bis zum Jahr 2006 kontinuierlich auf 9,5% angestiegen und seitdem recht konstant.
- In **Brandenburg** haben 6,4% der Einwohnerinnen und Einwohner mehr als 200% des mittleren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens zur Verfügung. Die Quote ist seit 1996 (3,1%) auf das Doppelte angestiegen.

... nach Region

1996 – 2014



B Einkommensverteilung

B7 Reichtumsschwellen im Landesmaßstab

Definition

Die Reichtumsschwelle beträgt 200 % des mittleren landespezifischen Äquivalenzeinkommens in Euro nach Region

Relevanz

Indikator bezeichnet die Grenze zu Reichtum relativ zur regionalen Einheit, für die sie berechnet wurde

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

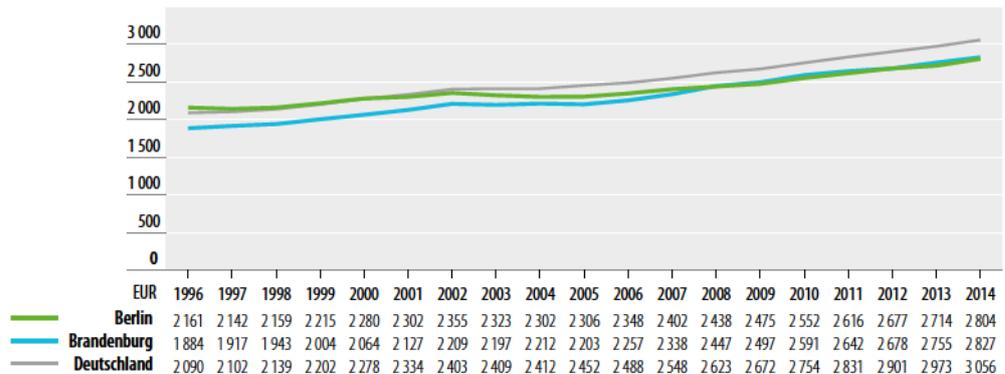
Ergebnisse

Die Reichtumsschwelle liegt bei 200% des mittleren Äquivalenzeinkommens einer Region.

- In **Berlin** liegt die Reichtumsschwelle bei 2804 EUR. Im Jahr 1996 lag die Berliner Reichtumsschwelle noch bei umgerechnet 2161 EUR. Sie ist seitdem kontinuierlich gestiegen.
- In **Brandenburg** gelten Personen, denen ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen ab 2827 EUR monatlich zur Verfügung steht, als reich bzw. relativ wohlhabend. Die Schwelle ist seit 1996 (umgerechnet 1884 EUR) stetig angestiegen.

... nach Region in EUR

1996 – 2014



C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen

C1 Mindestsicherungsquoten

Definition

Anteil der Bevölkerung, der Leistungen aus den sozialen Mindestsicherungssystemen bezieht. Dazu gehören Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem SGB II, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Relevanz

Soziale Mindestsicherungsleistungen werden nach einer Bedürftigkeitsprüfung zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts gewährt. Die Mindestsicherungsquote bezeichnet damit den Anteil der Bevölkerung, der seinen grundlegenden Lebensunterhalt nicht sichern kann. Die Mindestsicherungsquote bezeichnet das Ausmaß bekämpfter Armut.

Ergebnisse

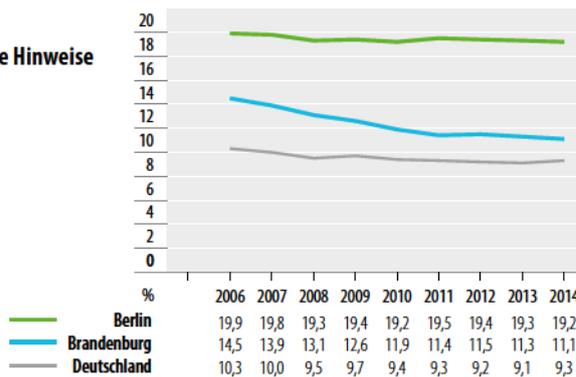
■ Im Jahr 2014 waren jede fünfte **Berlinerin** und jeder fünfte **Berliner** (19,2%) auf Leistungen der sozialen Mindestsicherung angewiesen. In den Berliner Bezirken Neukölln und Mitte betrug dieser Anteil sogar über ein Viertel (27,7% bzw. 26,7%), auch im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bezieht fast jeder Vierte soziale Mindestsicherungsleistungen (23,0%). Die mit deutlichem Abstand geringste Quote liegt im Bezirk Steglitz-Zehlendorf (9,4%) vor. Die Berliner Mindestsicherungsquote hat seit 2006 (19,9%) leicht abgenommen.

■ Im Land **Brandenburg** erhielten 11,1% der Bevölkerung soziale Mindestsicherungsleistungen. Die höchsten Quoten waren für den Kreis Uckermark (17,1%) und die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) (16,9%) zu finden, die niedrigsten in den Kreisen Potsdam-Mittelmark (6,1%) und Dahme-Spreewald (8,3%). In Brandenburg gab es seit 2006 einen Rückgang der Mindestsicherungsquote um 3,4 Prozentpunkte. Sowohl Brandenburg als auch Berlin lagen 2014 über dem **Bundesdurchschnitt** von 9,3%, in Berlin war die Quote sogar mehr als doppelt so hoch.

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

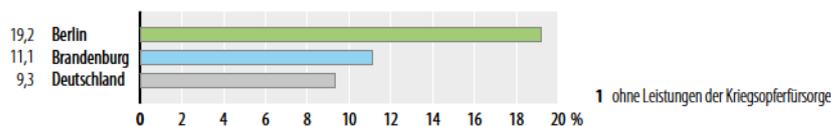
... nach Regionen

2006 – 2014



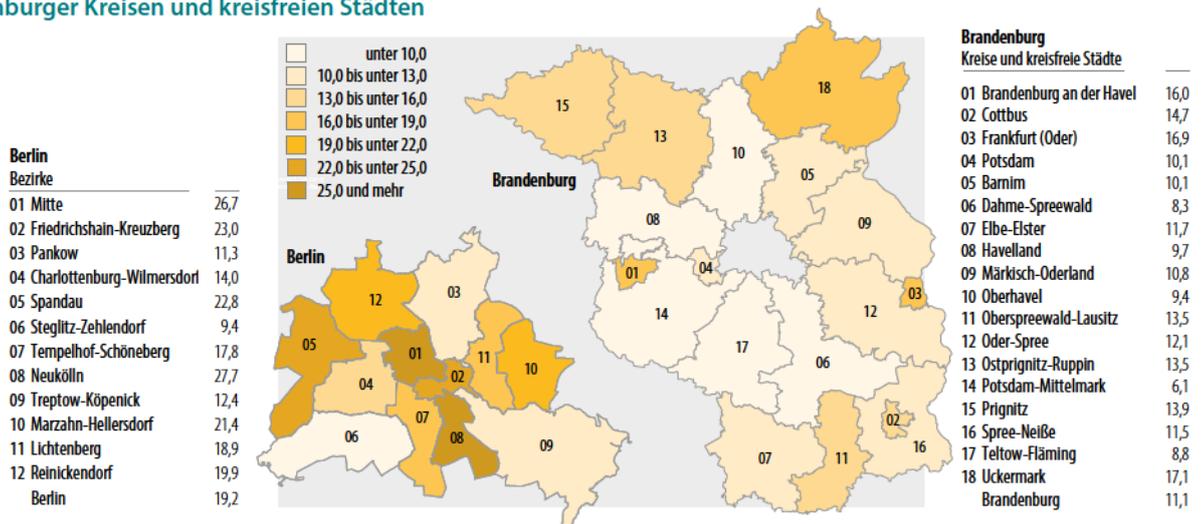
... nach Region¹

2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen

C2 SGB II-Quoten

Definition

Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften im Dezember des Jahres bezogen auf die Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren

Relevanz

Das Lebensumfeld großer Bevölkerungsgruppen in Berlin und Brandenburg ist durch die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen geprägt. Die Empfänger von Leistungen zur „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) können nur durch alleinige oder zusätzliche Unterstützungsleistungen den Lebensunterhalt sichern. Durch die Höhe der Regelsätze und die übernommenen Kosten der Unterkunft und Heizung wird eine absolute Armutsgrenze umschrieben. Menschen, die in SGB II-Bedarfsgemeinschaften leben, bewegen sich in einem finanziell restriktiven Rahmen. Umgangssprachlich wird von „Hartz IV“ gesprochen.

Ergebnisse

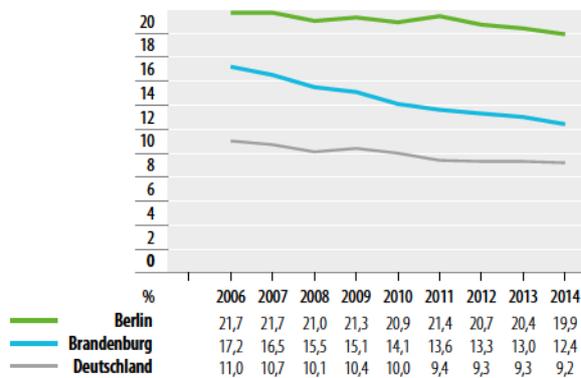
Im Dezember 2014 lebten im Land **Berlin** ein Fünftel (19,9%) aller Personen unter 65 Jahren in einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II. Über die letzten acht Jahre hat der Anteil abgenommen. Am höchsten ist die Quote mit 29,4% im Bezirk Neukölln und am geringsten mit 10,2% im Bezirk Steglitz-Zehlendorf. In Neukölln, Mitte und Spandau betrug die Quote für alle Jahre im Zeitraum 2006 bis 2014 25% und mehr. In den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Neukölln und Treptow-Köpenick nahmen die Anteile der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften deutlich ab.

Im Land **Brandenburg** lag die SGB II-Quote im Dezember 2014 bei 12,4%. Der Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner in SGB II-Bedarfsgemeinschaften ist für den betrachteten Zeitraum rückgängig und liegt mittlerweile 4,8 Prozentpunkte unter dem Wert von 2006. Die höchste Quote stellte 2014 der Landkreis Uckermark mit 20,6%. Dahinter folgen die kreisfreien Städte Frankfurt (Oder) mit 19,3% und Brandenburg an der Havel mit 19,0%. Am günstigsten ist die Situation in Potsdam-Mittelmark mit 6,3%. In sämtlichen Kreisen war die Entwicklung in den vergangenen Jahren positiv, die Quoten sind rückläufig.

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

... nach Regionen

2006 – 2014

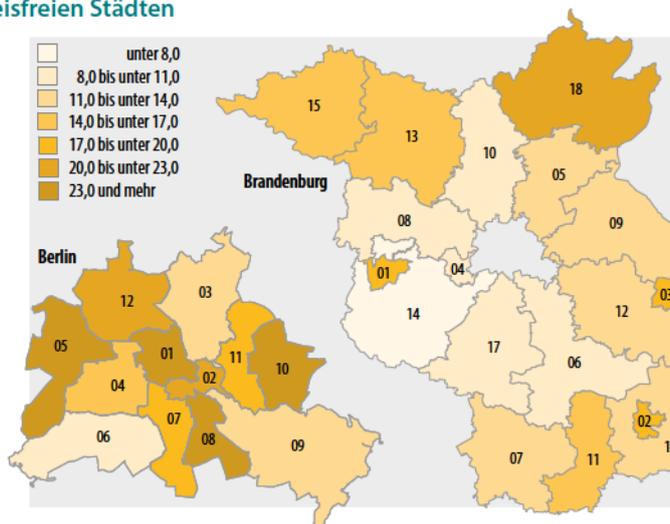


... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014

Berlin

Bezirk	Quote
01 Mitte	26,9
02 Friedrichshain-Kreuzberg	22,2
03 Pankow	11,5
04 Charlottenburg-Wilmersdorf	14,3
05 Spandau	25,8
06 Steglitz-Zehlendorf	10,2
07 Tempelhof-Schöneberg	18,8
08 Neukölln	29,4
09 Treptow-Köpenick	13,7
10 Marzahn-Hellersdorf	23,3
11 Lichtenberg	19,7
12 Reinickendorf	22,9
Berlin	19,9



Brandenburg
Kreise und kreisfreie Städte

Kreis	Quote
01 Brandenburg an der Havel	19,0
02 Cottbus	17,1
03 Frankfurt (Oder)	19,3
04 Potsdam	10,7
05 Barnim	11,3
06 Dahme-Spreewald	9,0
07 Elbe-Elster	13,8
08 Havelland	10,5
09 Märkisch-Oderland	12,2
10 Oberhavel	10,3
11 Oberspreewald-Lausitz	16,6
12 Oder-Spree	12,8
13 Ostprignitz-Ruppin	15,1
14 Potsdam-Mittelmark	6,3
15 Prignitz	16,3
16 Spree-Neiße	13,3
17 Teltow-Fläming	9,6
18 Uckermark	20,6
Brandenburg	12,4

C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen

C3 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Definition

Anteil der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden nach Geschlecht und Region

Relevanz

Bestandteil der Mindestsicherungsquote

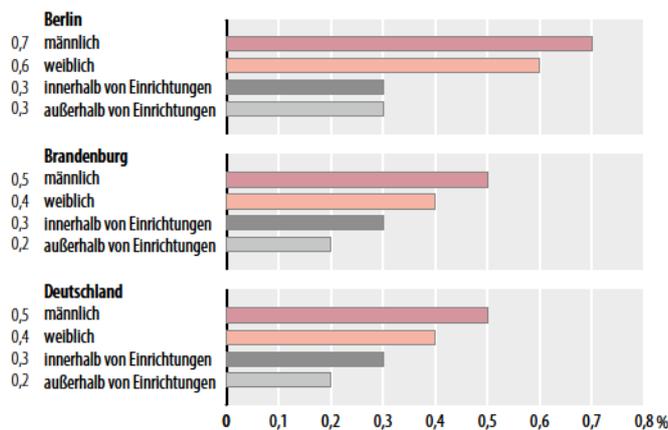
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- Nur 0,6% der **Berliner** Bevölkerung erhielten zum Ende des Jahres 2014 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII. Männer sind in geringem Maße stärker betroffen. Die Hälfte dieser Personen (0,3%) lebte in Einrichtungen. Seit dem Jahr 2006 ist die Quote um insgesamt 0,1 Prozentpunkte zurückgegangen. Der Rückgang fand vor allem bei den Personen, die in Einrichtungen betreut wurden, statt.
- In **Brandenburg** betrug der Anteil der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII im Jahr 2014 0,4% der Bevölkerung. Männer sind geringfügig stärker als Frauen betroffen (0,5% bzw. 0,4%). Die Mehrheit der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt lebte in Einrichtungen. In Brandenburg ist die Quote seit 2006 recht stabil. Die Berliner Quote lag im Jahr 2014 leicht über dem Bundesdurchschnitt von 0,5%, die Brandenburger Quote leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

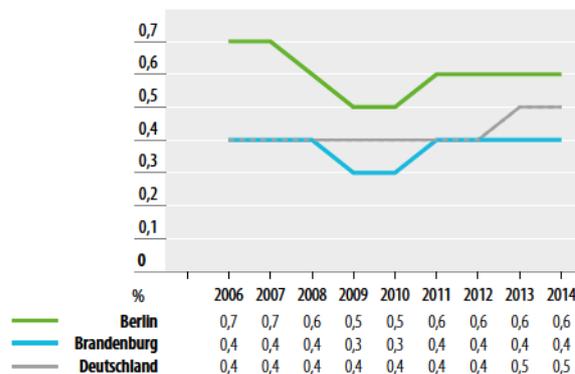
... nach Geschlecht und Form der Unterbringung

2014



... nach Regionen

2006 – 2014

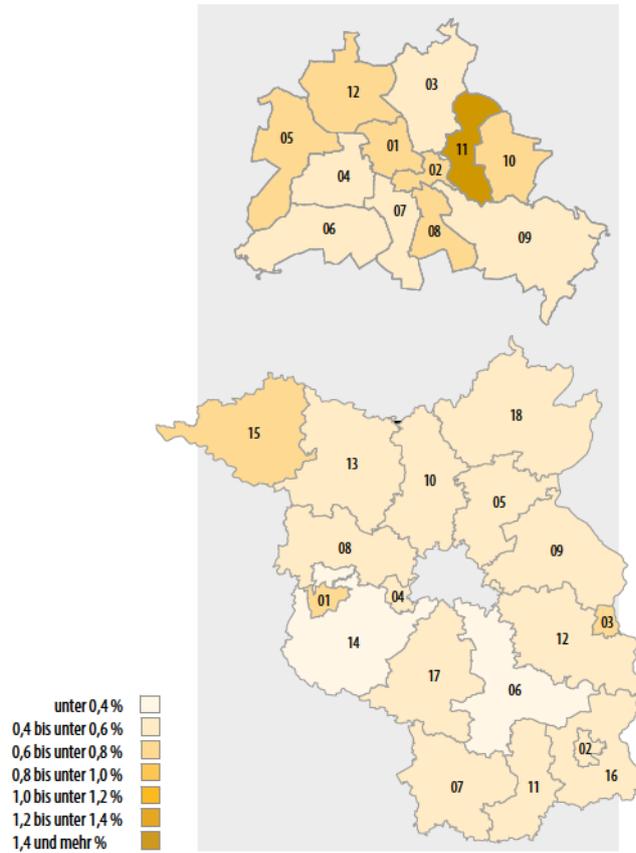


C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen

C3 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



Berlin	Bezirke	%
	01 Mitte	0,7
	02 Friedrichshain-Kreuzberg	0,7
	03 Pankow	0,4
	04 Charlottenburg-Wilmersdorf	0,4
	05 Spandau	0,6
	06 Steglitz-Zehlendorf	0,4
	07 Tempelhof-Schöneberg	0,5
	08 Neukölln	0,6
	09 Treptow-Köpenick	0,5
	10 Marzahn-Hellersdorf	0,7
	11 Lichtenberg	1,6
	12 Reinickendorf	0,6
	Berlin	0,6

Brandenburg	Kreise und kreisfreie Städte	%
	01 Brandenburg an der Havel	0,6
	02 Cottbus	0,4
	03 Frankfurt (Oder)	0,7
	04 Potsdam	0,4
	05 Bamim	0,4
	06 Dahme-Spreewald	0,3
	07 Elbe-Elster	0,4
	08 Havelland	0,4
	09 Märkisch-Oderland	0,4
	10 Oberhavel	0,4
	11 Oberspreewald-Lausitz	0,5
	12 Oder-Spree	0,4
	13 Ostprignitz-Ruppin	0,5
	14 Potsdam-Mittelmark	0,3
	15 Prignitz	0,6
	16 Spree-Neiße	0,5
	17 Teltow-Fläming	0,4
	18 Uckermark	0,5
	Brandenburg	0,4

C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen

C4 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Definition

Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden nach Geschlecht, Form der Unterbringung und Region

Relevanz

Bestandteil der Mindestsicherungsquote

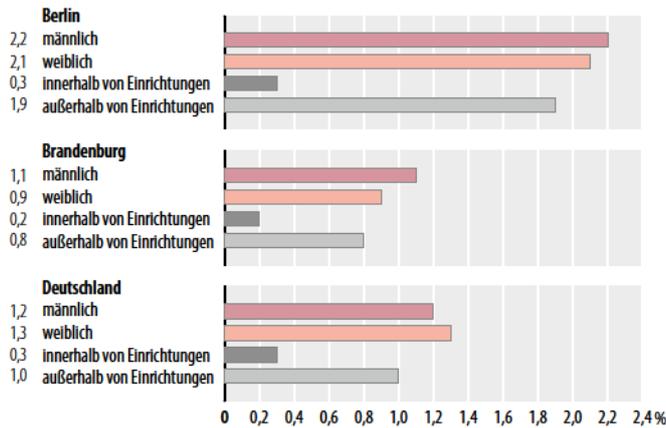
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- In **Berlin** waren im Jahr 2014 2,1% der Bevölkerung Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII. Frauen waren geringfügig weniger oft betroffen als Männer. Der Großteil der Empfängerinnen und Empfänger lebte außerhalb von Einrichtungen. Die höchsten Anteile traten in den Berliner Bezirken Neukölln (2,8%), Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf und Lichtenberg (jeweils 2,6%) auf. Seit 2006 ist der Anteil in Berlin um 0,6 Prozentpunkte recht stetig angestiegen.
- Der Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung betrug 2014 in **Brandenburg** 1,0%. Frauen waren seltener betroffen als Männer (0,9% bzw. 1,1%). Ein Fünftel der Empfänger (0,2%) lebte innerhalb von Einrichtungen. Der Kreis Potsdam-Mittelmark hatte ein besonders niedrige Quote (0,7%). Seit dem Jahr 2006 gab es bei den Brandenburgerinnen und Brandenburgern einen Anstieg der Empfängerquote um 0,3 Prozentpunkte.

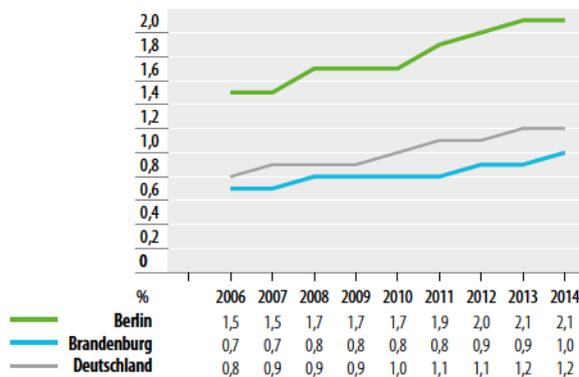
... nach Geschlecht und Form der Unterbringung

2014



... nach Regionen

2006 – 2014

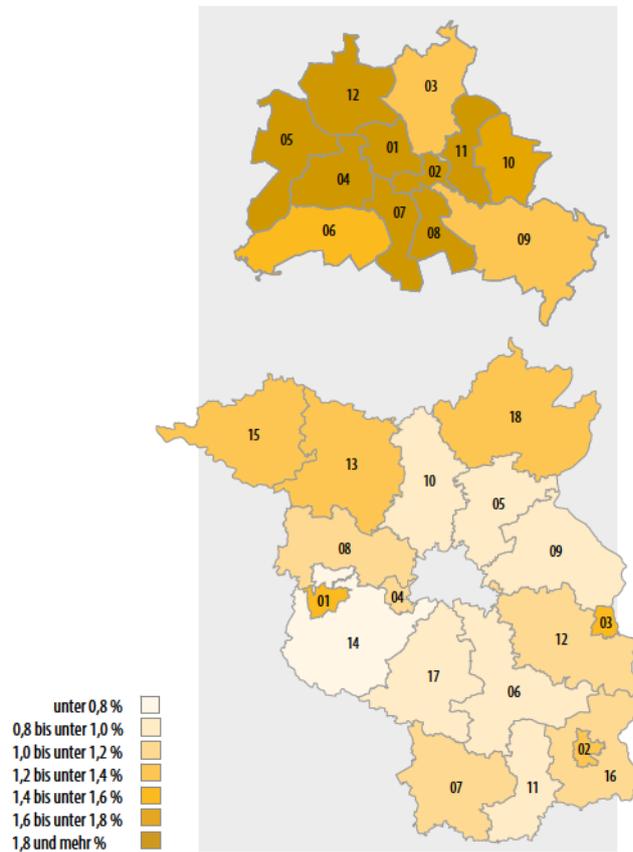


C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen

C4 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



Berlin	Bezirke	%
	01 Mitte	2,6
	02 Friedrichshain-Kreuzberg	2,4
	03 Pankow	1,3
	04 Charlottenburg-Wilmersdorf	2,6
	05 Spandau	2,4
	06 Steglitz-Zehlendorf	1,5
	07 Tempelhof-Schöneberg	2,5
	08 Neukölln	2,8
	09 Treptow-Köpenick	1,3
	10 Marzahn-Hellersdorf	1,7
	11 Lichtenberg	2,6
	12 Reinickendorf	1,9
	Berlin	2,1

Brandenburg	Kreise und kreisfreie Städte	%
	01 Brandenburg an der Havel	1,4
	02 Cottbus	1,2
	03 Frankfurt (Oder)	1,5
	04 Potsdam	1,1
	05 Barnim	0,8
	06 Dahme-Spreewald	0,8
	07 Elbe-Elster	1,0
	08 Havelland	1,0
	09 Märkisch-Oderland	0,8
	10 Oberhavel	0,8
	11 Oberspreewald-Lausitz	0,9
	12 Oder-Spree	1,0
	13 Ostprignitz-Ruppin	1,3
	14 Potsdam-Mittelmark	0,7
	15 Prignitz	1,3
	16 Spree-Neiße	1,0
	17 Teltow-Fläming	0,9
	18 Uckermark	1,2
	Brandenburg	1,0

C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen

C5 Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Definition

Quote der Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Geschlecht, Art der Leistung und Region

Relevanz

Bestandteil der Mindestsicherungsquote

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- Im Land **Berlin** betrug der Anteil der Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Jahr 2014 0,7%. Mehr Männer als Frauen erhielten Leistungen (0,9% bzw. 0,6%). Im Berliner Bezirk Mitte war der Empfängeranteil mit 0,4% am höchsten. Im Jahr 2006 erhielten 0,4% der Berliner Bevölkerung Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, dieser Anteil wurde nach einem Rückgang auf 0,3% in den Jahren 2007 bis 2010 im Jahre 2011 wieder erreicht und ist vor allem 2014 stark auf 0,7% gestiegen.
- Bei der Wohnbevölkerung in **Brandenburg** betrug die Quote der Empfänger von Asylbewerberleistungen im Jahr 2014 0,4%. Er war bei Männern mit 0,5% fast doppelt so hoch wie bei Frauen (0,3%). Weit über dem Landesdurchschnitt lag der Anteil im Kreis Oder-Spree (1,3%), wo sich die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Brandenburg für Flüchtlinge und Asylsuchende befindet. 2006 erhielten 0,2% der Brandenburger Bevölkerung Asylbewerberleistungen, ab 2007 bis 2011 ging die Quote auf 0,1% zurück, um im Jahr 2012 wieder auf den Anfangswert des Betrachtungszeitraums anzusteigen und von 2013 auf 2014 sich zu verdoppeln (0,4%).
- Die aktuellen Brandenburger Quoten der Empfänger von Asylbewerberleistungen entsprechen den Quoten auf der **Bundesebene**.

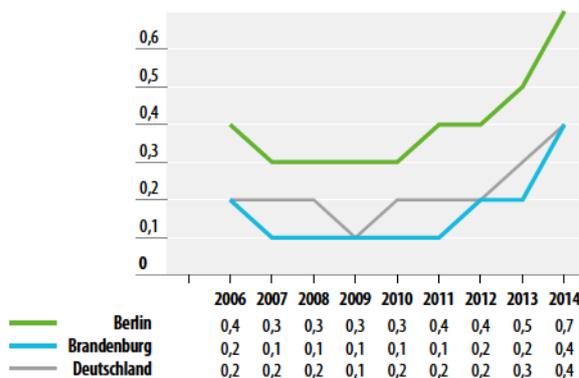
... nach Geschlecht und Form der Leistung

2014



... nach Regionen

2006 – 2014

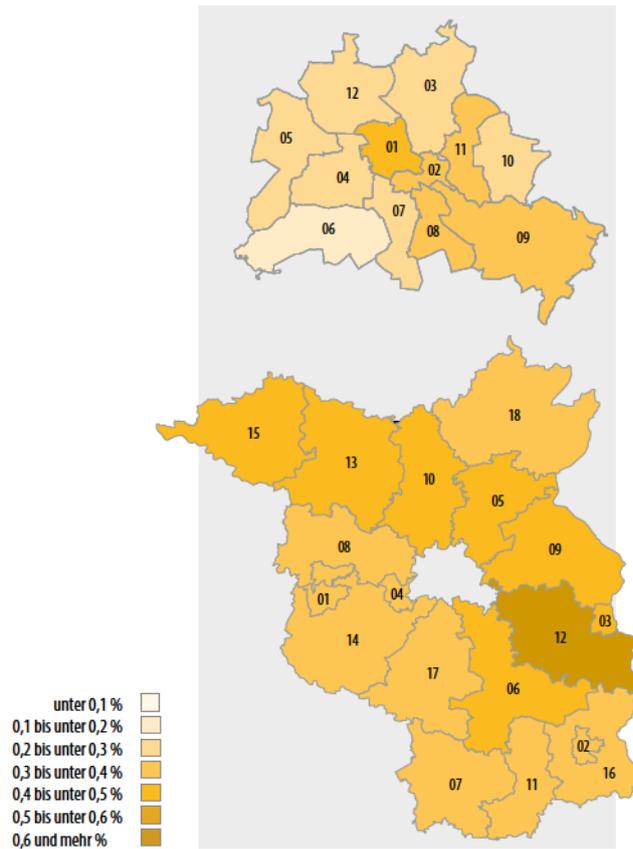


C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen

C5 Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



Berlin	Bezirke	%
	01 Mitte	0,4
	02 Friedrichshain-Kreuzberg	0,3
	03 Pankow	0,2
	04 Charlottenburg-Wilmersdorf	0,2
	05 Spandau	0,2
	06 Steglitz-Zehlendorf	0,1
	07 Tempelhof-Schöneberg	0,2
	08 Neukölln	0,3
	09 Treptow-Köpenick	0,3
	10 Marzahn-Hellersdorf	0,2
	11 Lichtenberg	0,3
	12 Reinickendorf	0,2
	Berlin	0,7

Brandenburg	Kreise und kreisfreie Städte	%
	01 Brandenburg an der Havel	0,3
	02 Cottbus	0,3
	03 Frankfurt (Oder)	0,4
	04 Potsdam	0,3
	05 Barnim	0,4
	06 Dahme-Spreewald	0,4
	07 Elbe-Elster	0,3
	08 Havelland	0,3
	09 Märkisch-Oderland	0,4
	10 Oberhavel	0,4
	11 Oberspreewald-Lausitz	0,3
	12 Oder-Spree	1,3
	13 Ostprignitz-Ruppin	0,4
	14 Potsdam-Mittelmark	0,3
	15 Prignitz	0,4
	16 Spree-Neiße	0,3
	17 Teltow-Fläming	0,3
	18 Uckermark	0,3
	Brandenburg	0,4

D Qualifikationsniveau

D1 Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand

Definition

Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 0-2) in der Bevölkerung ab 25 Jahren nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz

Indikator für Teilhabechancen am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht dem Indikator SI-S2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

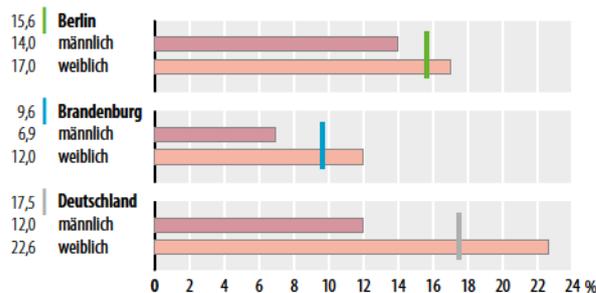
■ Ein Sechstel (15,6%) der **Berliner** Bevölkerung über 25 Jahren hat einen niedrigen Bildungsstand, also weder die Hochschulreife noch eine Berufsausbildung. In der jüngsten Altersklasse bis unter 35 Jahren ist der Anteil am niedrigsten (13,6%), in der höchsten Altersklasse ab 65 Jahren mit 18,1% am höchsten. Von den 25- bis unter 35-jährigen Berlinerinnen haben 12,3% einen niedrigen Bildungsstand, bei den Berlinern sind es dagegen 14,8%. Mit zunehmendem Alter geht der Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsniveau bei den Männern zurück, bei den Frauen steigt er jedoch auf ein knappes Viertel (23,5%) für die über 65-Jährigen an. In den Berliner Bezirken Pankow und Treptow-Köpenick liegt der Anteil der Geringqualifizierten im einstelligen Bereich (6,1% bzw. 7,9%), in starkem Kontrast dazu steht der Bezirk Neukölln, in dem ein Viertel der Bevölkerung (26,7%) einen niedrigen Bildungsstand hat. Seit 2005 ist der Anteil der Berlinerinnen und Berliner mit niedrigem Bildungsstand stetig zurückgegangen. Auf Grund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 zur Klassifikation von Bildungsabschlüssen ist ein Vergleich des Anteils der Geringqualifizierten von 2014 mit den vorherigen Jahren eingeschränkt.

■ In **Brandenburg** hat ein Zehntel (9,6%) der Bevölkerung ab 25 Jahren einen niedrigen Bildungsstand, Frauen mit 12,0% häufiger als Männer (6,9%). In Brandenburg bewegen sich die Anteile nur in der jüngsten dargestellten Altersgruppe bis unter 35 Jahren und in der ältesten ab 65 Jahren im zweistelligen Bereich (11,2% bzw. 17,3%). In der jüngsten Altersgruppe bis unter 35 Jahren haben mit 12,8% mehr Männer einen niedrigen Bildungsstand als Frauen (9,6%). In der ältesten Gruppe haben 25,1% der Brandenburgerinnen keinen beruflichen Abschluss und keine Hochschulreife, im deutlichen Kontrast dazu nur 7,3% der Männer. Die Landeshauptstadt Potsdam (5,9%) hat den geringsten noch nachweisbaren Anteil an niedrigqualifizierten Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Anteil der Niedrigqualifizierten in

der Brandenburger Bevölkerung ab 25 Jahren ist seit 2005 (12,5%) bis zum Jahr 2008 kontinuierlich zurückgegangen und verharrt seitdem bei ca. 10%. Auch hier gibt es einen Zeitreihenbruch zwischen 2013 und 2014, der einen direkten Vergleich des Anteils 2014 mit den vorherigen Jahren einschränkt.

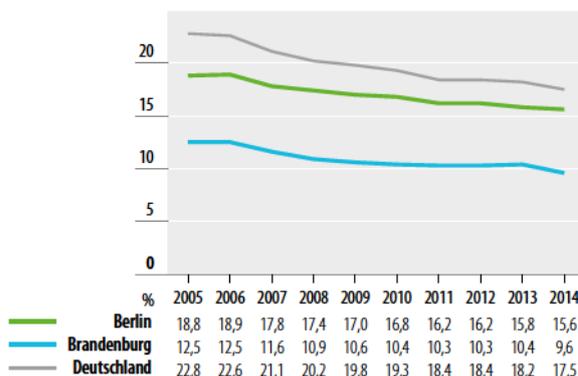
... nach Regionen und Geschlecht

2014



... nach Region

2005 – 2014

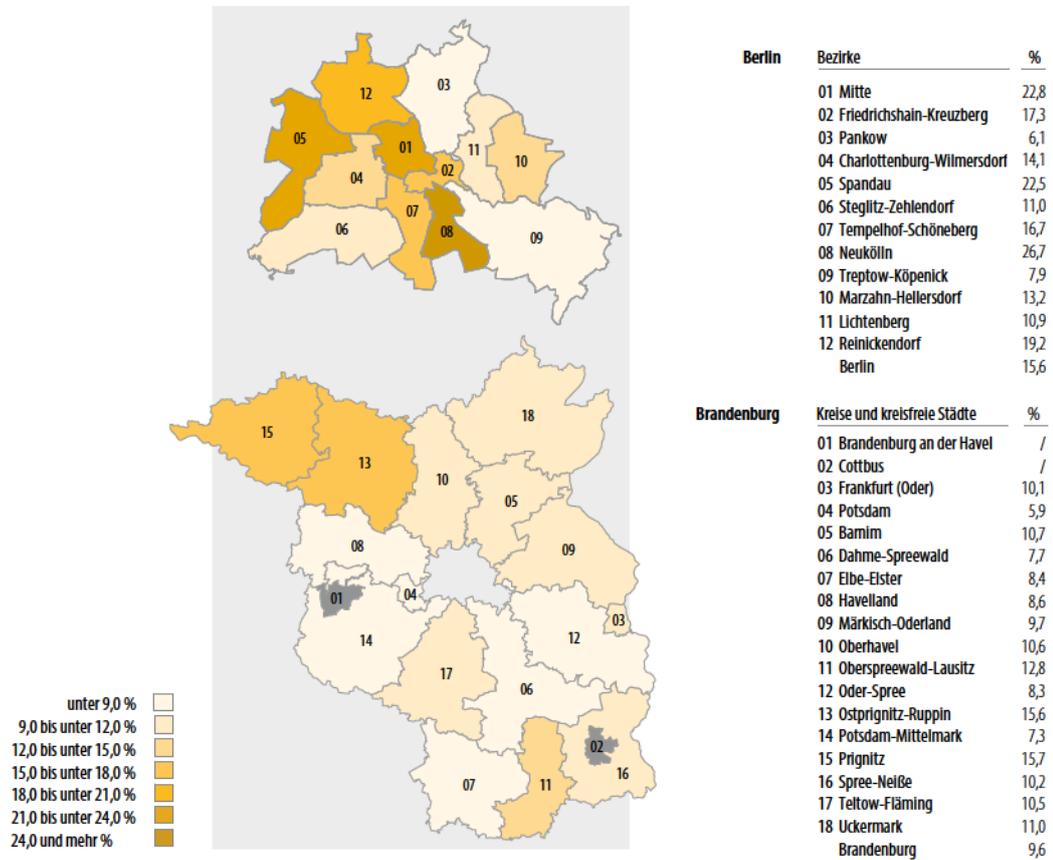


D Qualifikationsniveau

D1 Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



D Qualifikationsniveau

D2 Anteil der frühen Schulabgänger

Definition

Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 0-2), die sich in den letzten 4 Wochen nicht in Ausbildung befanden in der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz

Indikator für Teilhabechancen der jungen Generation am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht den Indikatoren 5, SI-P6 und IC-S6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration. Leitindikator der Agenda 2020 der Europäischen Union. Das Europäische Ziel besteht darin, den Anteil bis zum Jahr 2020 auf unter 10 Prozent zu senken.

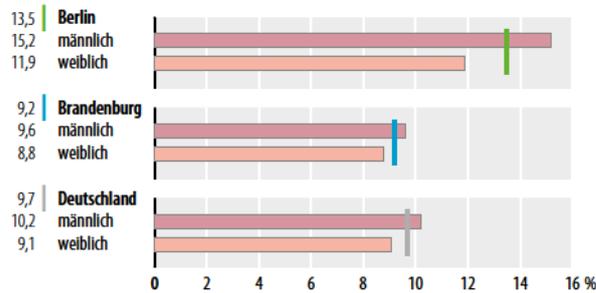
Ergebnisse

- In **Berlin** sind 13,5% der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren zu den frühen Schulabgängern zu rechnen. Männliche Jugendliche/junge Erwachsene sind mit 15,2% stärker betroffen als weibliche (11,9%). Von 2005 bis 2013 ist der Anteil insgesamt deutlich zurückgegangen. Auf Grund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 zur Klassifikation von Bildungsabschlüssen ist ein Vergleich des Anteils der Geringqualifizierten von 2014 mit den vorherigen Jahren eingeschränkt.
- Der Anteil früher Schulabgänger in der **Brandenburger** Bevölkerung beträgt 9,2%. Unter den Männern ist der Anteil der frühen Schulabgänger höher als bei den Frauen. Insgesamt ist in den Jahren 2005 bis 2014 der Anteil der frühen Schulabgänger und Schulabgängerinnen an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe leicht zurückgegangen. Auch hier gibt es einen Zeitreihenbruch zwischen 2013 und 2014, der einen direkten Vergleich des Anteils 2014 mit den vorherigen Jahren einschränkt.

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

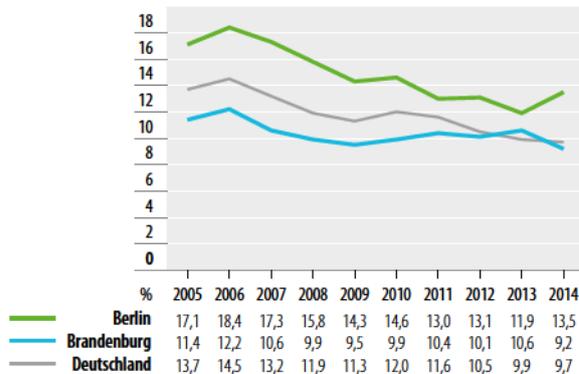
... nach Region und Geschlecht

2014



... nach Regionen

2005 – 2014



D Qualifikationsniveau

D3 Tertiäre Abschlüsse

Definition

Anteil der Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss in der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 35 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz

Ein höherer beruflicher Abschluss ist eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeitsmarktteilnahme in einer wissensbasierten Gesellschaft. Leitindikator der Agenda 2020 der Europäischen Union. Das Europäische Ziel besteht darin, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 40 Prozent zu erreichen.

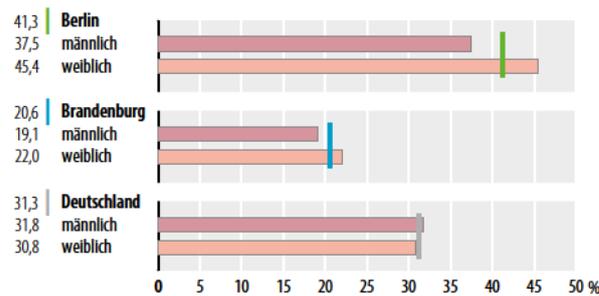
Ergebnisse

- In **Berlin** besitzen 41,3% der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 35 Jahren einen tertiären Bildungsabschluss, Frauen mit 45,4% häufiger als Männer (37,5%). Im Betrachtungszeitraum bis 2013 ist der Anteil tertiärer Abschlüsse angestiegen. Dieser Anstieg fand jedoch nur bei Frauen statt. Auf Grund der ab 2014 im Mikrozensus verwendeten neuen ISCED-Skala in der Fassung von 2011 zur Klassifikation von Bildungsabschlüssen ist ein Vergleich des Anteils der tertiär Qualifizierten von 2014 mit den vorherigen Jahren eingeschränkt.
- Der Anteil der Bevölkerung mit tertiären Bildungsabschlüssen im Alter von 30 bis unter 35 Jahren in **Brandenburg** liegt bei 20,6%. Bei Frauen dieser Altersgruppe liegt ein tertiärer Abschluss mit 22,0% häufiger vor als bei Männern (19,1%). Auch hier gibt es einen Zeitreihenbruch zwischen 2013 und 2014, der einen direkten Vergleich des Anteils 2014 mit den vorherigen Jahren einschränkt.

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

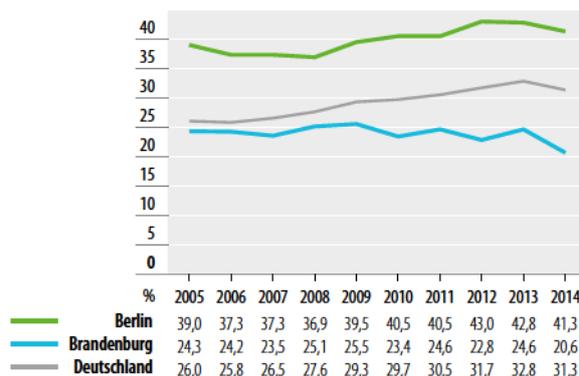
... nach Region und Geschlecht

2014



... nach Regionen

2005 – 2014



E Erwerbsbeteiligung

E1 Erwerbstätigenquoten

Definition

Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz

Indikator für Teilhabe der Bevölkerung am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht den Indikatoren 10, 12 und PN-P6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen ist ein Leitindikator der Agenda 2020 der Europäischen Union. Das Europäische Ziel besteht darin, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 75 Prozent zu erreichen, das nationale Ziel für Deutschland wurde mit 77 Prozent festgelegt.

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

■ In **Berlin** sind ca. zwei Drittel (68,9%) der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig. In der Altersgruppe der 25- bis unter 55-Jährigen beträgt die Erwerbstätigenquote 77,3%, der höchste Wert für die ausgewiesenen Altersgruppen. Im Ausbildungsalter von 15 bis unter 25 Jahren sind 37,5% erwerbstätig und in den letzten zehn Jahren vor dem Rentenalter noch 61,8%. Teilt man diese Altersgruppe noch einmal in zwei Hälften, wird deutlich, dass die Erwerbstätigenquote bei den 55- bis unter 60-Jährigen mit 72,5% erheblich höher ist als bei den 60- bis unter 65-Jährigen (50,1%). Im Alter von 65 bis unter 70 Jahren sind noch 12,9% der Berliner Bevölkerung erwerbstätig. In allen Altersgruppen außer in der jüngsten sind die Erwerbstätigenquoten der Berliner Männer höher oder gleich denen der Berliner Frauen. Der größte Abstand liegt mit ca. 10 Prozentpunkten bei den 60- bis unter 65-Jährigen vor.

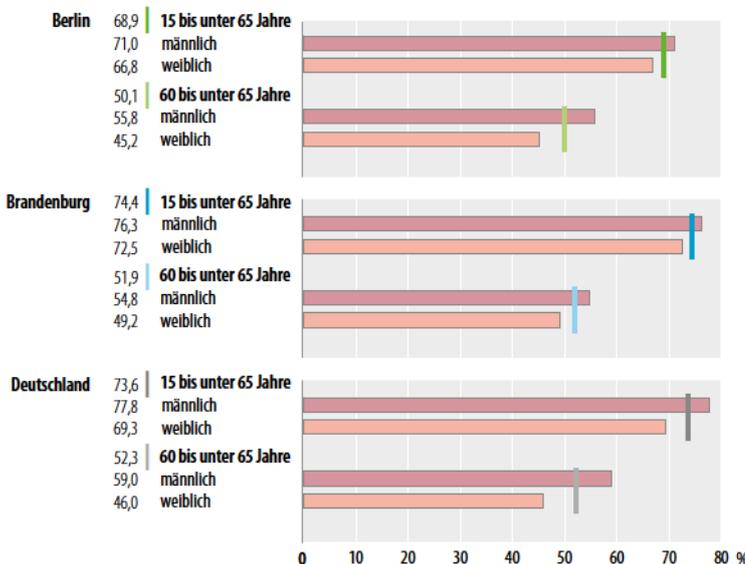
Nachdem die allgemeine Erwerbstätigenquote im Jahr 2004 ein Minimum von 57,7% erreicht hatte, steigt sie seitdem wieder stetig an und liegt seit dem Jahr 2009 über dem Ausgangswert von 1996. Die Erwerbstätigenquote der Männer unter 25 Jahren ist seit 1996 zurückgegangen, bei Männern ab 55 Jahren ist sie sehr deutlich angestiegen. Bei Frauen aller Altersgruppen ist die Erwerbstätigenquote seit 1996 angestiegen, am meisten in der Altersgruppe 60 bis unter 65 Jahre: Hier ist die Quote mit 45,2% im Vergleich mit 1996 (9,7%) mehr als vier Mal höher. In der für die EU- und die nationalen Ziele relevanten Altersgruppe der 20 bis unter 65-Jährigen liegt die Erwerbstätigenquote insgesamt bei 72,3% und damit noch unter den für das Jahr 2020 festgelegten Benchmarks.

■ Von der **Brandenburger** Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind ca. drei Viertel (74,4%) erwerbstätig. Die Quote ist bei den 25- bis unter 55-Jährigen mit 84,1% am höchsten. In der jüngsten dargestellten Altersgruppe im Ausbildungsalter von 15 bis unter 25 Jahren beträgt die Erwerbstätigenquote 41,1%. Ein großer Teil (64,1%) der 55- bis unter 65-Jährigen ist noch erwerbstätig. Unterteilt man diese Altersgruppe noch einmal in die 55- bis unter 60-Jährigen und die Personen kurz vor dem Rentenalter, zeigen sich große Unterschiede in der Erwerbstätigenquote beider Altersgruppen. In der jüngeren Gruppe der älteren Erwerbstätigen beträgt die Erwerbstätigenquote noch 76,0%, in der älteren Gruppe ist die Quote auf 51,9% gesunken. Im Alter von 65 bis unter 70 Jahren sind noch 10,5% der Brandenburger Bevölkerung erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote der Frauen ist insgesamt und für die verschiedenen Altersgruppen geringer als die der Männer.

Nachdem die Brandenburger Erwerbstätigenquote von 1996 bis zum Jahr 2005 relativ konstant bei ca. 62% lag, ist sie seitdem recht stetig um insgesamt ca. 12 Prozentpunkte angestiegen. Der Anstieg fand bei Männern und Frauen hauptsächlich in den Altersgruppen ab 55 Jahren statt. 77,6% der 20- bis unter 65-jährigen Brandenburgerinnen und Brandenburger sind erwerbstätig, damit sind das EU-Ziel und das nationale Ziel für das Jahr 2020 in Brandenburg schon erreicht.

... nach Region, Altersgruppe und Geschlecht

2014

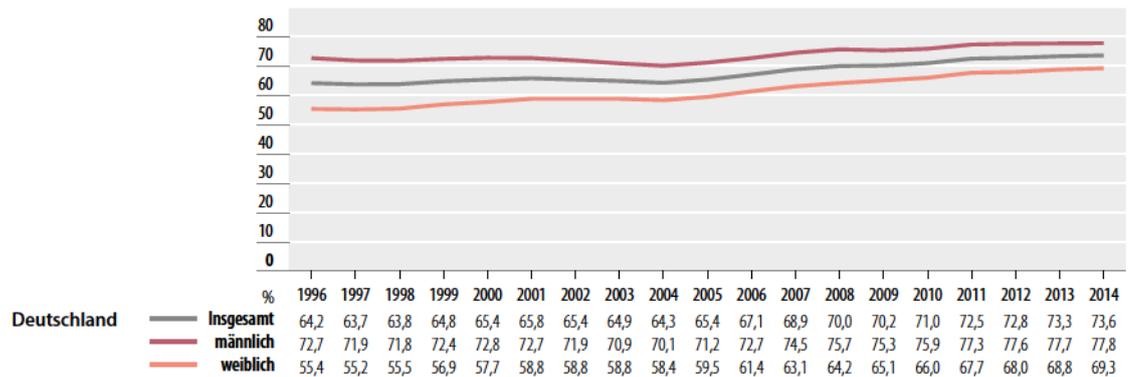
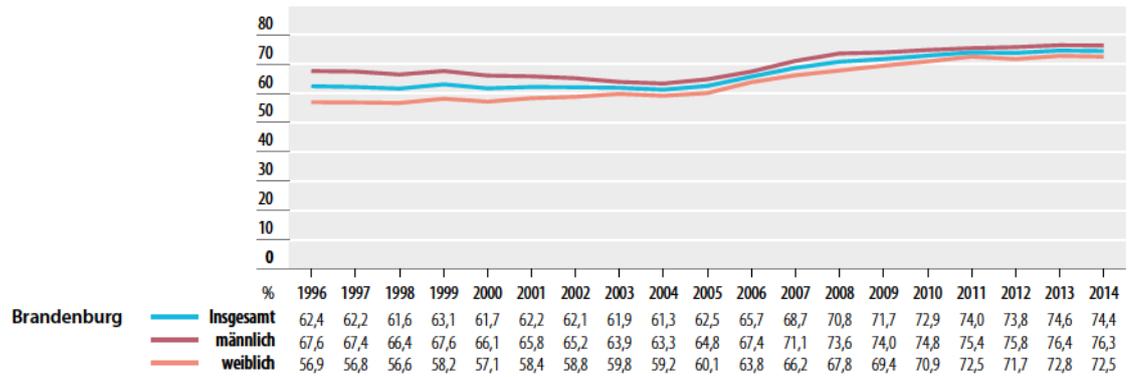
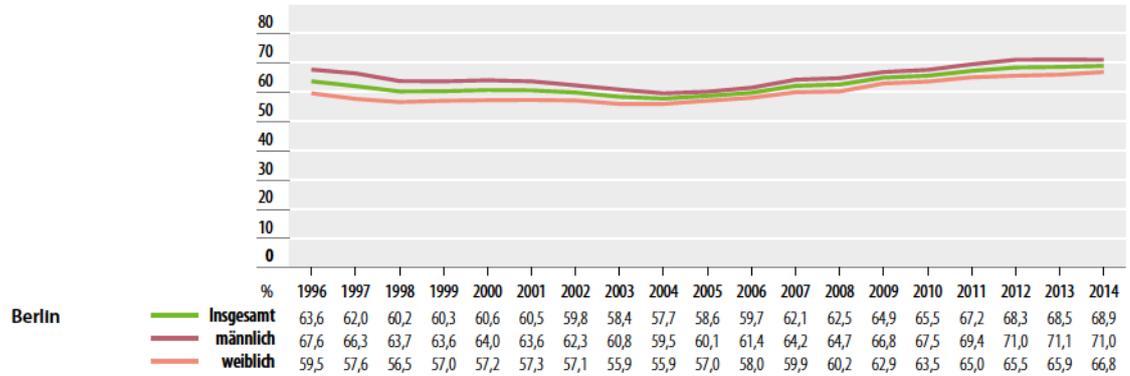


E Erwerbsbeteiligung

E1 Erwerbstätigenquoten

... nach Region, Altersgruppe¹ und Geschlecht

1996 – 2014



¹ Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren

E Erwerbsbeteiligung

E2 Erwerbslosenquoten

Definition

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz

Indikator für Teilhabe der Bevölkerung am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht dem Indikator 12 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

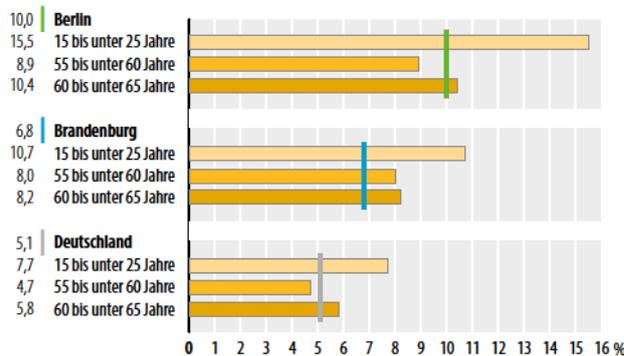
In **Berlin** ist jede zehnte Erwerbsperson erwerbslos (10,0%). Die höchste Erwerbslosenquote ist bei den Berlinerinnen und Berlinern im Alter von 15 bis unter 25 Jahren zu finden: 15,5% sind hier erwerbslos. Die Erwerbslosenquoten von Berlinerinnen (8,6%) sind geringer als die für Berliner (11,3%). Bei Männern im Alter von 15 bis unter 25 Jahren ist sogar jeder fünfte (19,3%) erwerbslos. Erhöhte Erwerbslosenquoten liegen in den Berliner Bezirken Mitte (13,9%), Neukölln (13,7%) und Spandau (13,2%) vor. Die geringsten Erwerbslosenquoten haben Pankow (5,8%) und Steglitz-Zehlendorf (7,6%). Die Erwerbslosenquote insgesamt ist im Jahr 2014 die niedrigste im gesamten Betrachtungszeitraum seit 1996. Im Jahr 2005 hatte sie einen Höhepunkt bei 19,5%. Die jüngeren Altersklassen sind im Jahr 2014 wieder auf das Niveau von 1996 gefallen. Bei Personen ab 55 Jahren hat sich die Erwerbslosenquote gegenüber 1996 halbiert. Das trifft insbesondere auf Frauen im Alter von 55 bis unter 60 Jahren zu: In dieser Gruppe hat sich die Erwerbslosenquote seit 1996 von 22,5% auf 6,1%, also auf ein Drittel des Ausgangswerts reduziert.

Die **Brandenburger** Erwerbslosenquote liegt im Jahr 2014 bei 6,8%. In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen ist sie mit 10,7% am höchsten. Männer und Frauen haben in allen ausgewiesenen Altersgruppen ähnliche Erwerbslosenquoten. Die höchsten Erwerbslosenquoten gibt es in den Kreisen Elbe-Elster (10,6%) und Oberspreewald-Lausitz (10,6%), die niedrigsten noch nachweisbaren im Kreis

Potsdam-Mittelmark (4,7%) und in der kreisfreien Stadt Potsdam (6,4%). Insgesamt hat sich die Erwerbslosenquote in Brandenburg seit 1996 um 9 Prozentpunkte reduziert. Im Jahr 2004 hatte sie mit 19,3% ihr Maximum im Betrachtungszeitraum. Bei den Frauen ist sie bis 2014 (6,6%) auf ein Drittel des Niveaus von 1996 (19,1%) gesunken. Insgesamt gab es bei den älteren Erwerbspersonen ab 55 Jahren die deutlichsten Rückgänge.

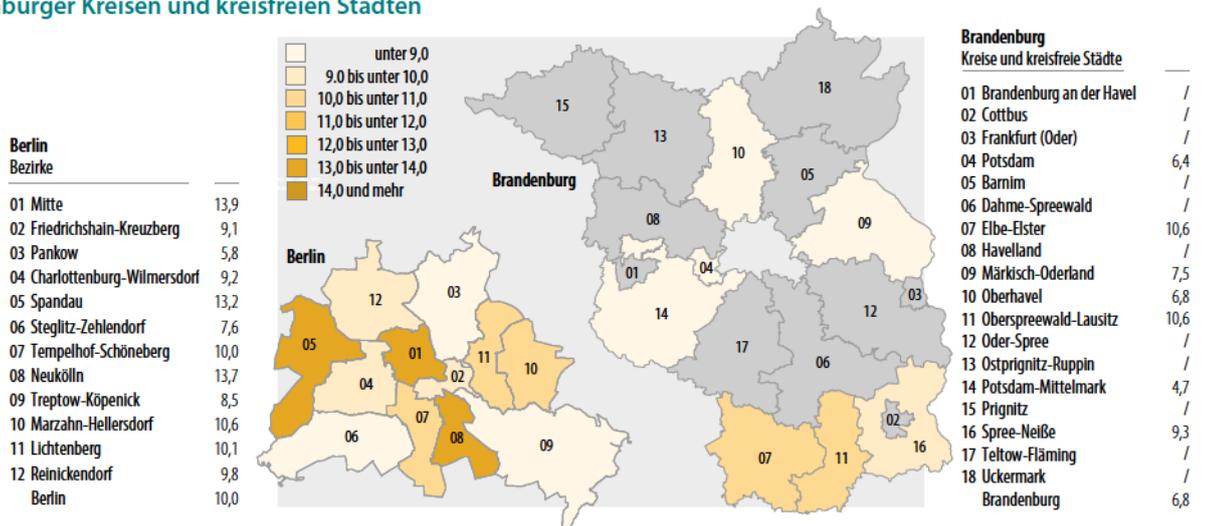
... nach Region und Altersgruppen

2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

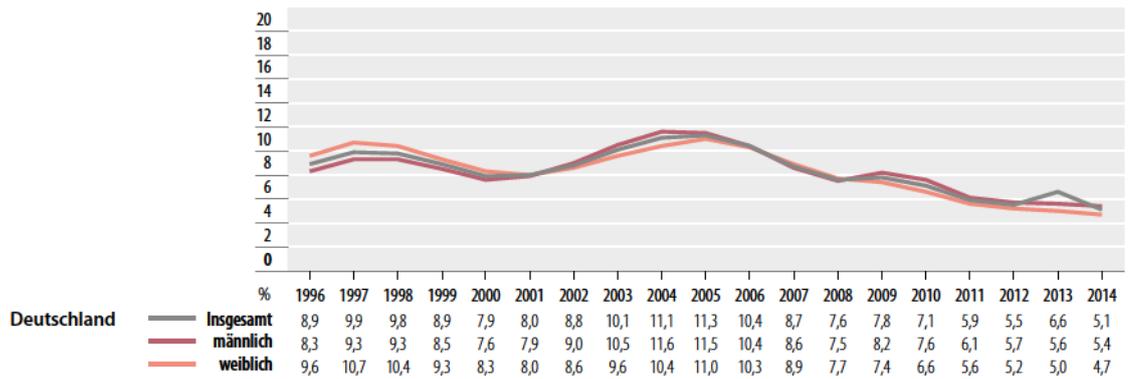
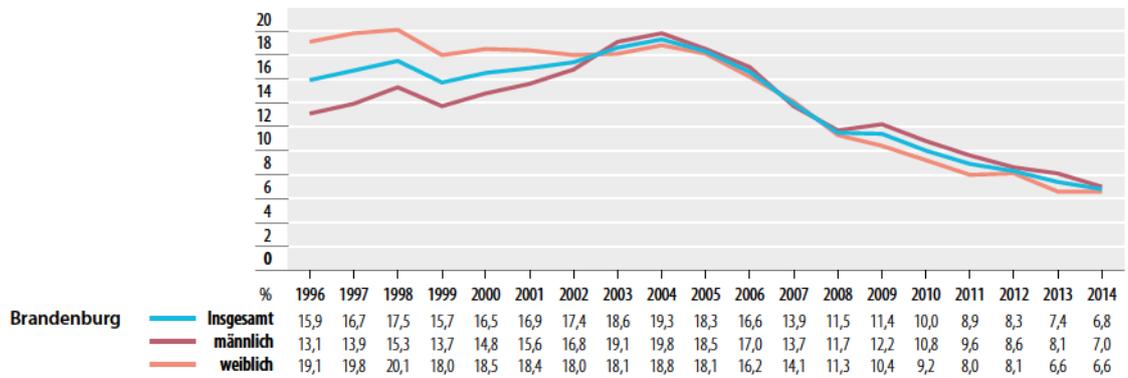
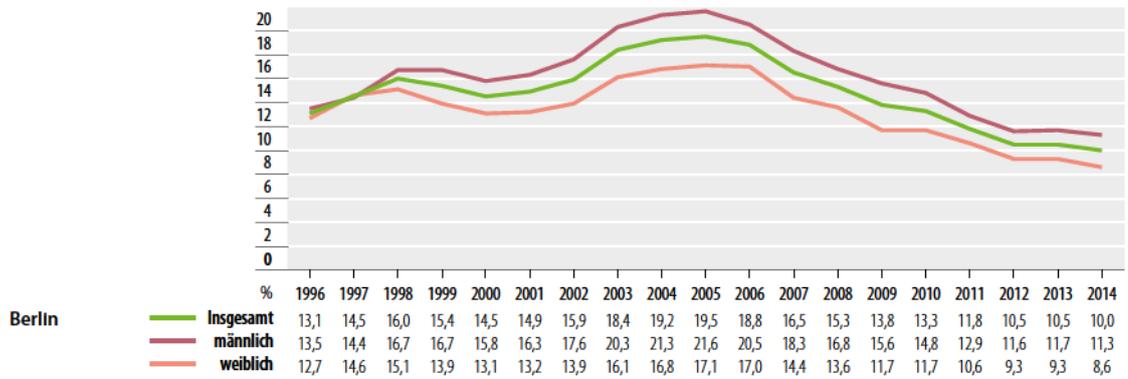
2014



E Erwerbsbeteiligung
 E2 Erwerbslosenquoten

... nach Region und Geschlecht

1996 – 2014



E Erwerbsbeteiligung

E3 Langzeiterwerbslosenquoten

Definition

Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, bei denen die Dauer der Erwerbslosigkeit länger als 12 Monate anhält an den Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe nach Geschlecht und Region

Relevanz

Einer der Primärindikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union; entspricht dem Indikator SI-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

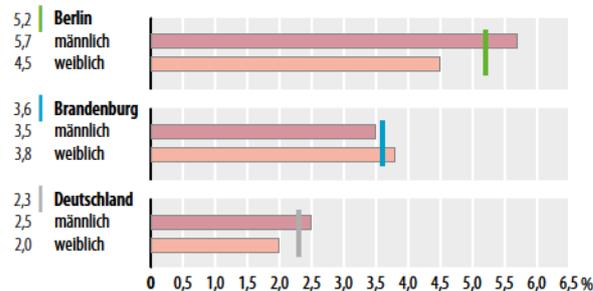
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- Die Langzeiterwerbslosenquote beträgt in **Berlin** 5,2%. Frauen haben mit 4,5% eine niedrigere Quote als Männer (5,7%). In den Berliner Bezirken Spandau (7,8%) und Mitte (7,7%) gibt es die höchsten Langzeiterwerbslosenquoten der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die niedrigsten noch nachweisbaren Quoten liegen in den Bezirken Pankow (2,3%), Friedrichshain-Kreuzberg (4,6%) und Treptow-Köpenick (4,8%) vor. Insgesamt ist die Langzeiterwerbslosenquote seit 1996 (5,8%) nach einem zwischenzeitlichen Maximum im Jahr 2006 (12,7%) unter den Ausgangswert gesunken.
- In **Brandenburg** liegt die Langzeiterwerbslosenquote bei 3,6%. Frauen unterscheiden sich kaum von Männern. Bei einer Auswertung nach Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten fallen alle Ergebnisse unter die Nachweisgrenze. Seit 1996 – nach einem Anstieg auf maximal 12,1% im Jahr 2004 – ist die Langzeiterwerbslosenquote in Brandenburg insgesamt um vier Prozentpunkte gefallen und hat sich damit halbiert. Besonders stark ist die Langzeiterwerbslosenquote bei den Brandenburgerinnen gefallen (1996: 10,9%; 2014: 3,8%). Bei den Männern hat sich gegenüber 1996 weniger Veränderung ergeben (1996: 5,0%; 2014: 3,5%).

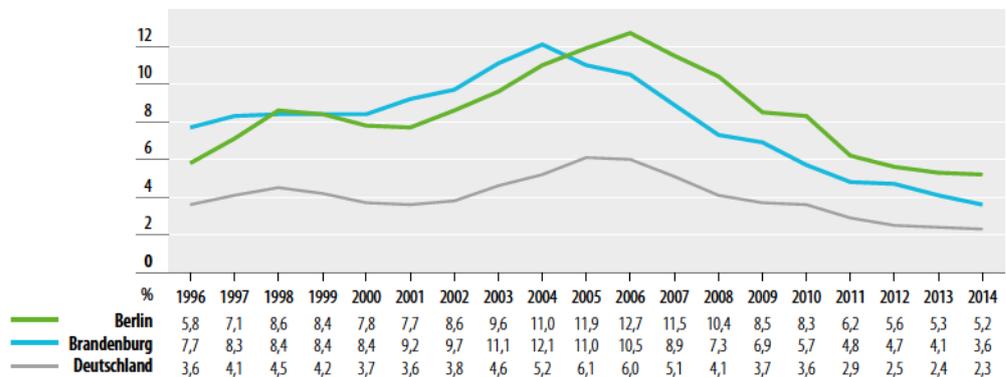
... nach Region und Geschlecht

2014



... nach Region

1996 – 2014

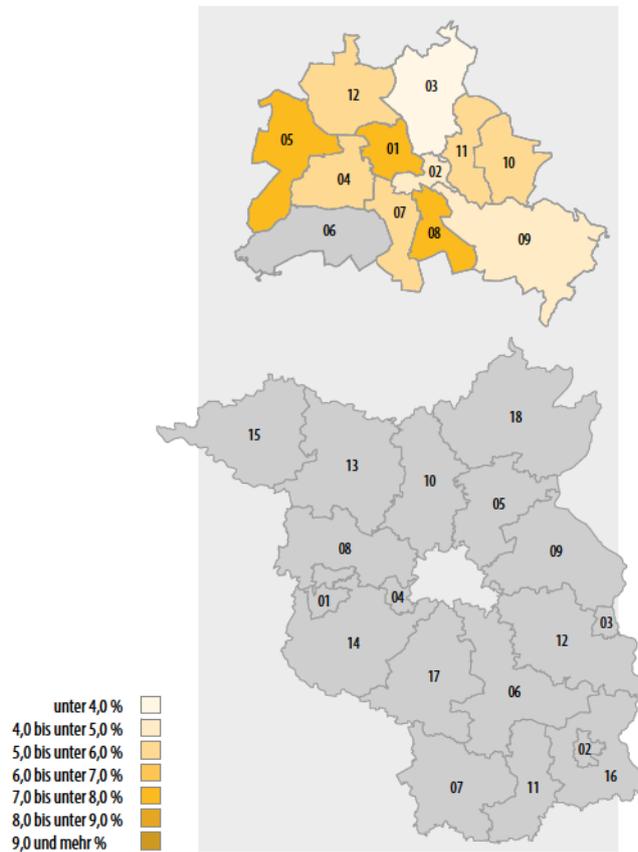


E Erwerbsbeteiligung

E3 Langzeiterwerbslosenquoten

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



Berlin	Bezirke	%
	01 Mitte	7,7
	02 Friedrichshain-Kreuzberg	4,6
	03 Pankow	2,3
	04 Charlottenburg-Wilmersdorf	5,3
	05 Spandau	7,8
	06 Steglitz-Zehlendorf	/
	07 Tempelhof-Schöneberg	5,1
	08 Neukölln	7,3
	09 Treptow-Köpenick	4,8
	10 Marzahn-Hellersdorf	5,0
	11 Lichtenberg	5,6
	12 Reinickendorf	5,8
	Berlin	5,2

Brandenburg	Kreise und kreisfreie Städte	%
	01 Brandenburg an der Havel	/
	02 Cottbus	/
	03 Frankfurt (Oder)	/
	04 Potsdam	/
	05 Barnim	/
	06 Dahme-Spreewald	/
	07 Elbe-Elster	/
	08 Havelland	/
	09 Märkisch-Oderland	/
	10 Oberhavel	/
	11 Oberspreewald-Lausitz	/
	12 Oder-Spree	/
	13 Ostprignitz-Ruppin	/
	14 Potsdam-Mittelmark	/
	15 Prignitz	/
	16 Spree-Neiße	/
	17 Teltow-Fläming	/
	18 Uckermark	/
	Brandenburg	3,6

E Erwerbsbeteiligung

E 4 Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätige

Definition

Anteil der Bevölkerung, der in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Alter, Geschlecht, Haushaltstyp und Region

Relevanz

Indikator für soziale Exklusion der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der betroffenen Kinder bezogen auf den Arbeitsmarkt; entspricht dem Indikator SI-P5 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

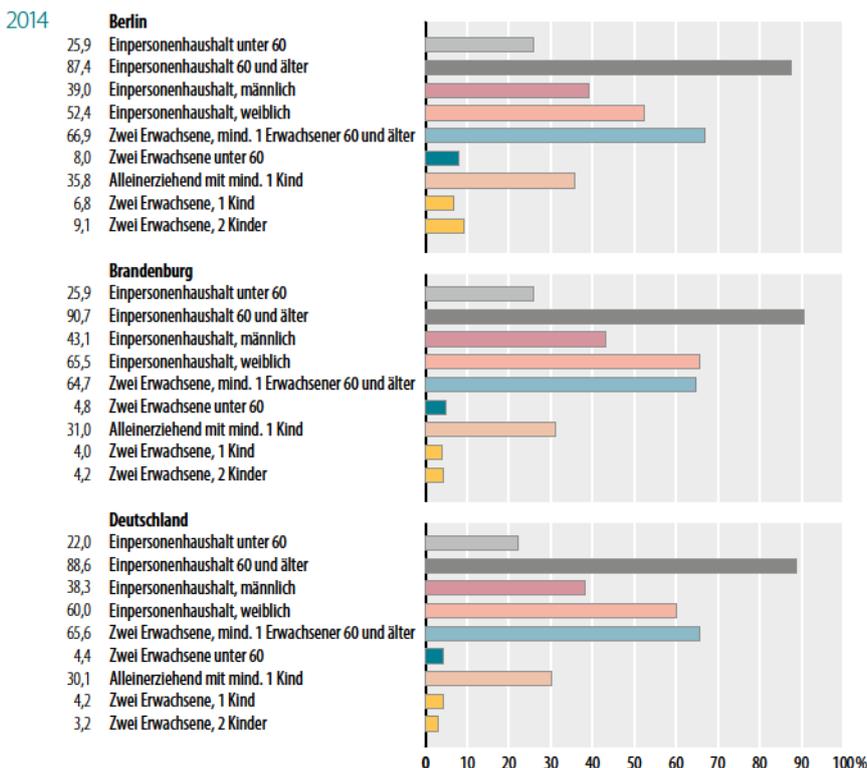
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

■ In **Berlin** lebt etwa ein Drittel (31,0%) der Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätige. Darunter sind viele Haushalte von Personen im Rentenalter, jedoch lebt auch ein Fünftel (18,1%) aller Minderjährigen ohne einen Erwerbstätigen im Haushalt (siehe Tabelle). Sehr hohe Werte nimmt der Indikator für Personen in Alleinerziehendenhaushalten an (35,8%). In Haushalten mit zwei Erwachsenen und bis zu zwei abhängigen Kindern leben im Kontrast dazu aber nur weniger als zehn Prozent der Personen ohne Kontakt zum Arbeitsmarkt. In den Berliner Bezirken Neukölln (23,2 %) und Spandau (21,7%) lebt ein Fünftel der Bevölkerung im Alter von unter 60 Jahren in Haushalten ohne Erwerbstätige, in Pankow (9,9%), Treptow-Köpenick (11,6%) und Steglitz-Zehlendorf (11,8%) wiederum ist der Anteil besonders niedrig. Insgesamt ist der Anteil der Berliner Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätigen lebt, von 1996 bis 2006 um insgesamt sieben Prozentpunkte gestiegen und danach wieder gesunken, ohne aber den Ausgangswert von 29,5% im Jahr 1996 zu erreichen.

■ 28,9% der **Brandenburger** Bevölkerung lebt in Haushalten ohne Erwerbstätige. Nur jeder zehnte Minderjährige (10,4%) ist betroffen, allerdings 31,0% aller Personen in Alleinerziehendenhaushalten. Bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und abhängigen Kindern liegt der Anteil bei ca. 4% für ein und zwei Kinder. Die höchsten Quoten für die Brandenburger Bevölkerung unter 60 Jahren sind im Kreis Prignitz (17,8%) und mit 16,7% in der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) zu finden. Die niedrigsten Quoten treten in den Kreisen Havelland (5,6%), Potsdam-Mittelmark (5,9%) und Dahme-Spreewald (6,6%) auf. Von 1996 an bis zum Jahr 2002 ist der Anteil der Brandenburgerinnen und Brandenburger, die in erwerbslosen Haushalten leben insgesamt um ca. vier Prozentpunkte angestiegen und verharret seitdem bei ungefähr 30%.

... nach Region, Alter, Geschlecht und Haushaltstyp

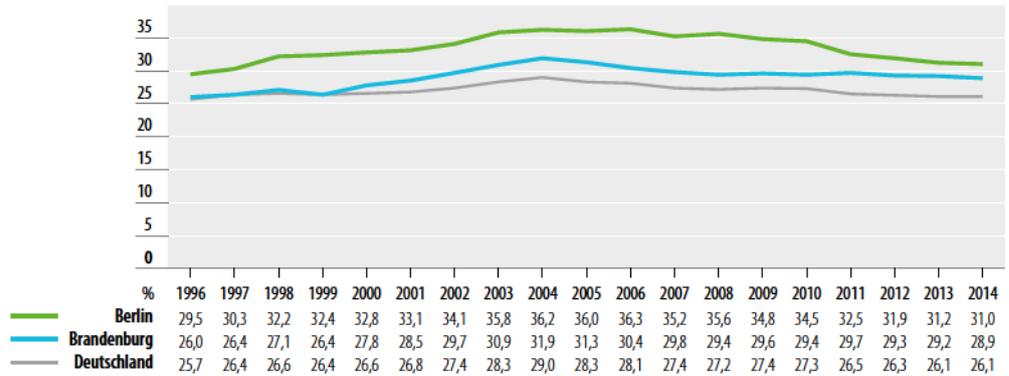


E Erwerbsbeteiligung

E4 Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätigen

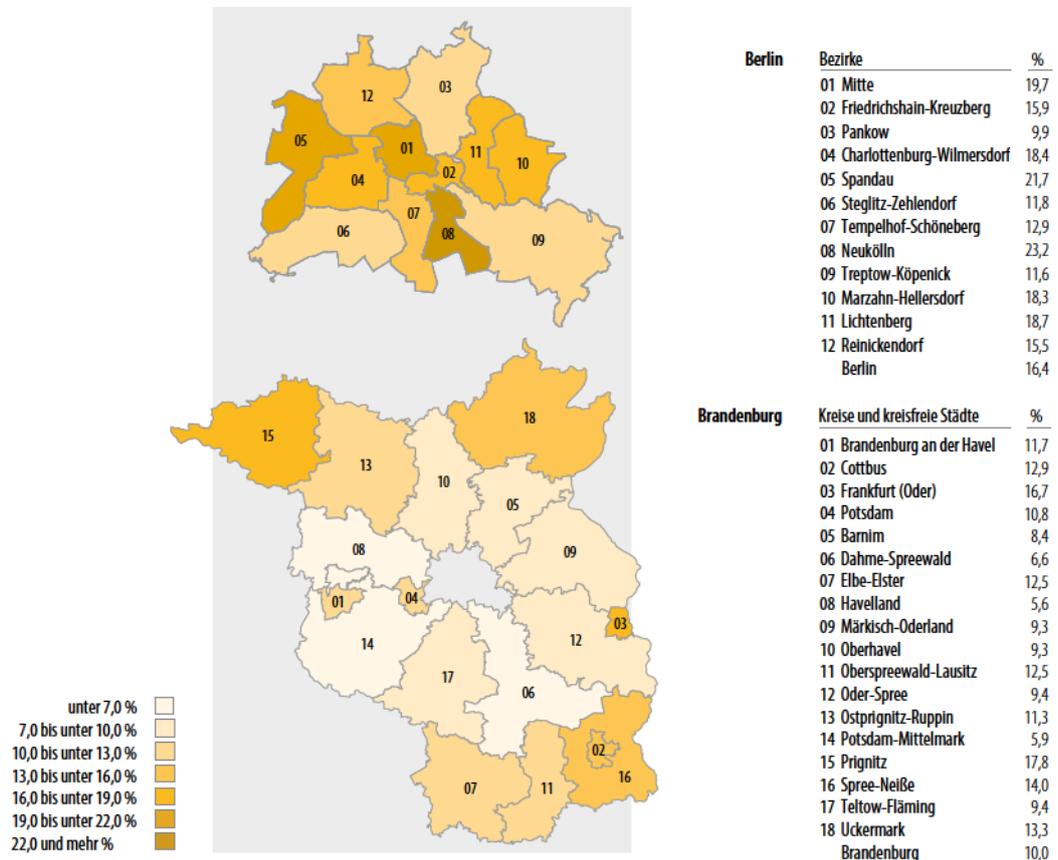
... nach Region

1996 – 2014



... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2014



E Erwerbsbeteiligung

E5 Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung

Definition

Differenz der Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung („Employment gap of immigrants“) nach Geschlecht und Region in Prozentpunkten

Relevanz

Indikator für die Integration der zugewanderten Bevölkerung in Bezug auf die zentrale Dimension Arbeitsmarktbeteiligung; entspricht dem Indikator SI-P7 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

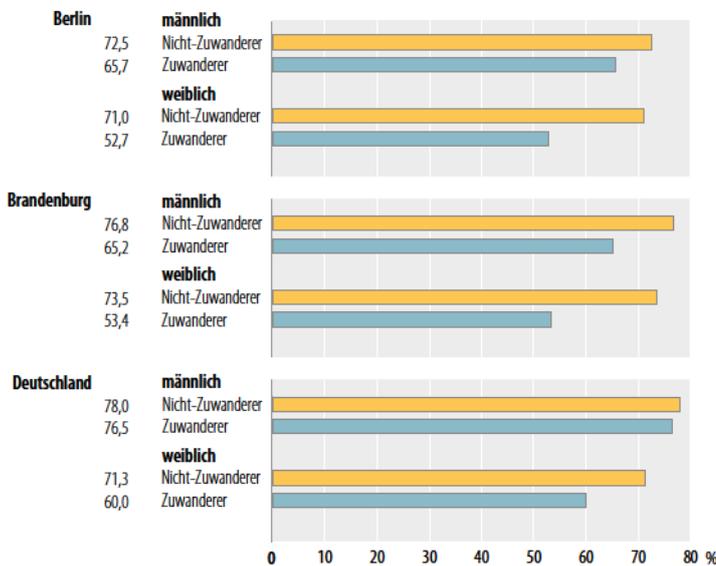
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- In **Berlin** beträgt der Unterschied der Erwerbstätigenquoten zwischen Zuwanderern und Einheimischen insgesamt 12,6 Prozentpunkte. Bei Frauen ist die Differenz mit 18,2 Prozentpunkten fast drei Mal höher als bei den Männern (6,9 Prozentpunkte). Die Erwerbstätigenquote der Nicht-Zuwanderer ist seit 2005 stetig von 60,9% auf 71,8% im Jahr 2014 angestiegen, die der Zuwanderer lag bis zum Jahr 2008 bei knapp 50% und stieg erst danach auf 59,1% an. Dadurch vergrößerte sich die Differenz seit 2005 von anfangs 12,7 Prozentpunkten auf 17,3 Prozentpunkte im Jahr 2008, um danach wieder auf 12,6 Prozentpunkte (2014) zu fallen. Bei Nicht-Zuwanderern und Zuwanderern und auch für beide Geschlechter erhöhten sich seit 2005 die Erwerbstätigkeitsquoten, bei den männlichen Zuwanderern sogar um 12 Prozentpunkte, was zu einer leichten Verminderung der Differenz geführt hat, während sie beim weiblichen Geschlecht eher noch zugenommen hat (2005: 17,7 Prozentpunkte, 2014: 18,2 Prozentpunkte).
- Der Unterschied in der Erwerbstätigenquote von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung beträgt in **Brandenburg** 16,0 Prozentpunkte. Bei Frauen ist die Differenz mit 20,1 Prozentpunkten fast doppelt so hoch wie bei Männern (11,6 Prozentpunkte). Seit 2005 ist die Erwerbstätigenquote der Zuwanderer in Brandenburg um 15 Prozentpunkte gestiegen, die Differenz der Erwerbstätigenquoten ist dabei in der Summe gesunken. Diese Entwicklung ist insbesondere bei Frauen festzustellen.

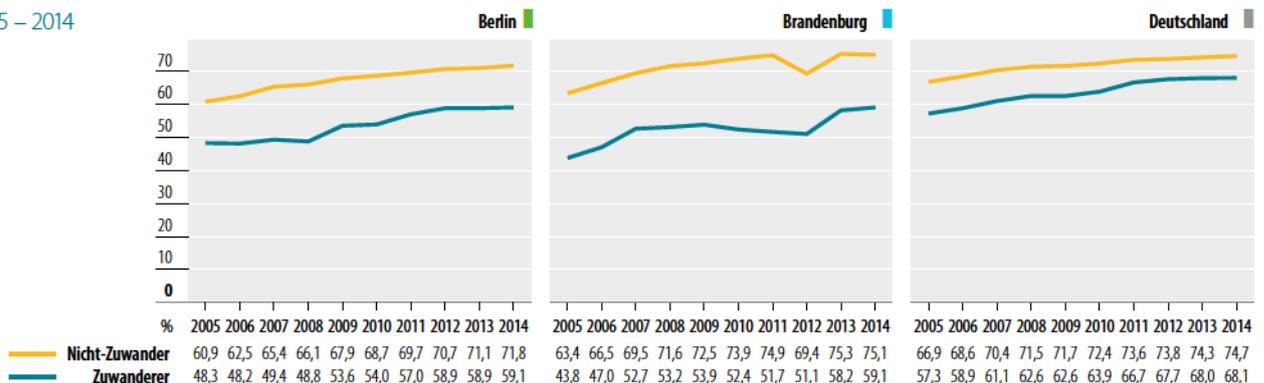
... nach Region, Geschlecht und Zuwanderungserfahrung

2014



... nach Region und Zuwanderungserfahrung

2005 – 2014



F Gesundheit

F1 Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung

Definition

Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung nach Versicherungsstatus, Art der Versicherung und Region

Relevanz

Indikator der Gesundheitsfürsorge; entspricht dem Indikator HC-P3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

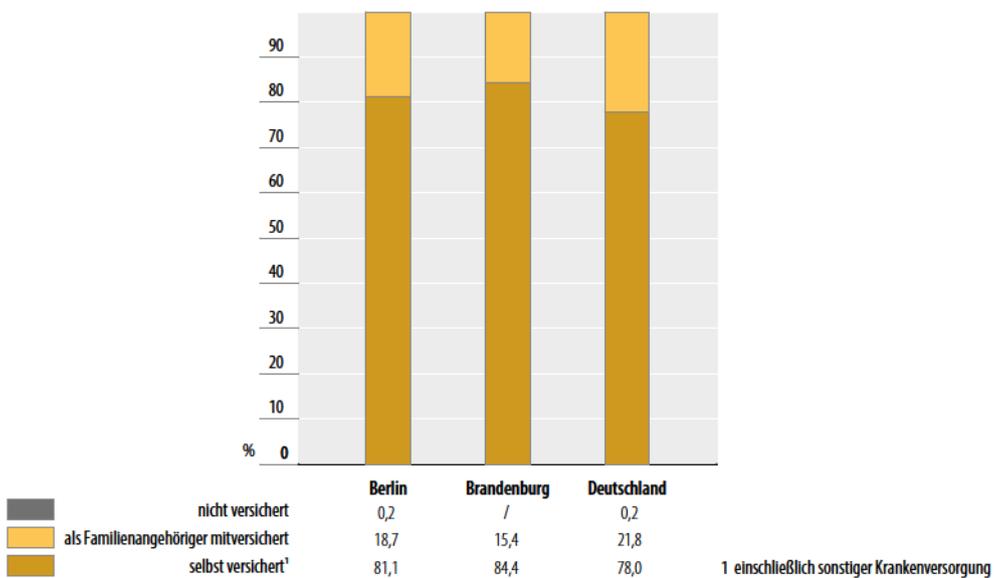
Ergebnisse

- In **Berlin** waren im Jahr 2011 81,1% der Bevölkerung selbst krankenversichert oder hatten eine sonstige Krankenversorgung, 18,7% waren als Familienangehörige mitversichert und 0,2% waren nicht versichert. Von den selbst Versicherten waren 15,0% privat versichert. Der Anteil nicht versicherter Personen im Betrachtungszeitraum ist eindeutig rückläufig.
- In **Brandenburg** waren 84,4% der Bevölkerung im Jahr 2011 selbst versichert oder hatten eine sonstige Krankenversorgung, davon waren 11,5% privat versichert. 15,4% sind als Familienangehörige mitversichert. Der Anteil der nicht versicherten Personen liegt unterhalb der Nachweisgrenze von hochgerechnet 5 000 Personen.

Bevölkerung

... nach Region und Krankenversicherungsstatus

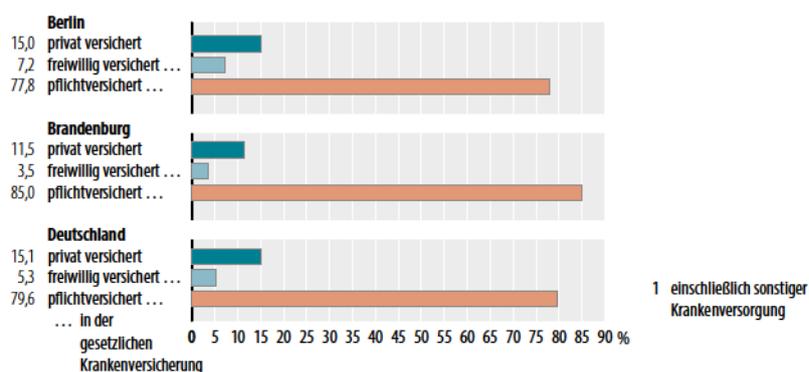
2011



Selbst versicherte¹ Bevölkerung

... nach Region und Art der Krankenversicherung

2011



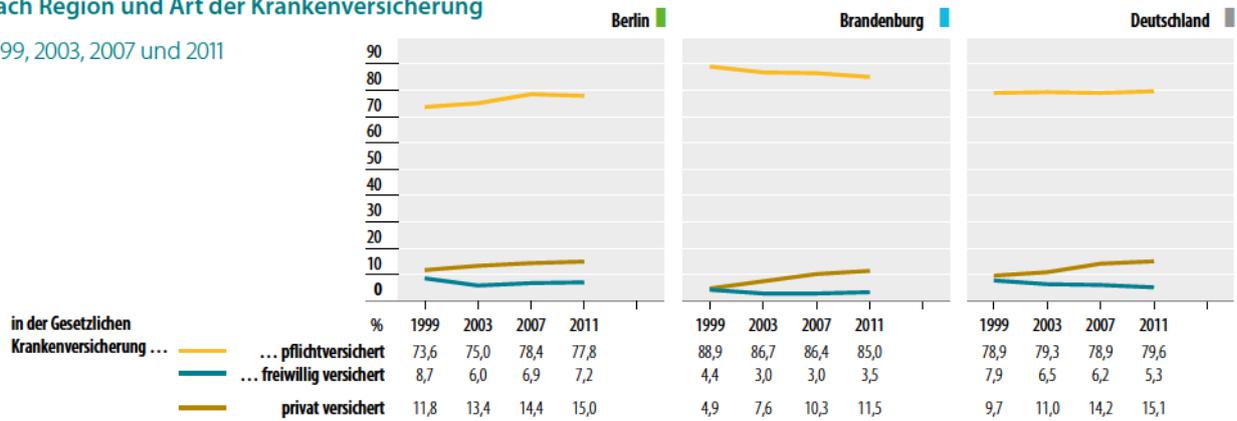
F Gesundheit

F1 Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung

Selbst versicherte¹ Bevölkerung

... nach Region und Art der Krankenversicherung

1999, 2003, 2007 und 2011



¹ einschließlich sonstiger Krankenversorgung

G Wohnsituation

G1 Anteil der Bevölkerung mit weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche im Landesmaßstab

Definition

Anteil der Bevölkerung, dem weniger als die Hälfte der landesdurchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche zur Verfügung steht nach Lebensform und Region

Relevanz

Indikator für Wohnflächenversorgung bzw. „Wohnarmut“. Eine Unterversorgung mit Wohnraum ist eine Erscheinungsform von Armut und stellt häufig eine Einschränkung des täglichen Lebens und der gesellschaftlichen Teilhabe dar.

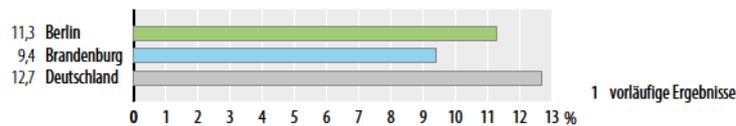
◀ **Datenquellen | Methodische Hinweise**

Ergebnisse

- In **Berlin** standen im Jahr 2010 11,3% der Bevölkerung weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Berliner Pro-Kopf-Wohnfläche zur Verfügung. Insbesondere Familien mit zwei Erwachsenen und Kindern waren bezüglich der Wohnfläche depriviert. Alleinerziehende und ihre Kinder waren bezogen auf die Pro-Kopf-Wohnfläche nicht schlechter gestellt als der Durchschnitt der Bevölkerung. Personen in Lebensformen ohne Kinder waren so gut wie gar nicht von „Wohnarmut“ betroffen. In Berlin hat die Knappheit von Wohnraum tendenziell zugenommen.
- In **Brandenburg** hatte im Jahr 2010 jeder Zehnte (9,4%) weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Brandenburger Pro-Kopf-Wohnfläche zur Verfügung. Mit einem knappen Drittel (27,2%) waren Personen in unverheirateten Lebensgemeinschaften mit Kindern am meisten betroffen. Auch Ehepaare mit ledigen Kindern (15,9%) und Alleinerziehende mit ihren Kindern (13,8%) waren überdurchschnittlich häufig mit Wohnraum unterversorgt. Alle Lebensformen ohne Kinder waren wenig oder so gut wie gar nicht betroffen (Ehepaare: 1,6%). Die Tendenz in Brandenburg ist ansteigend, insbesondere bei Familien mit Kindern.

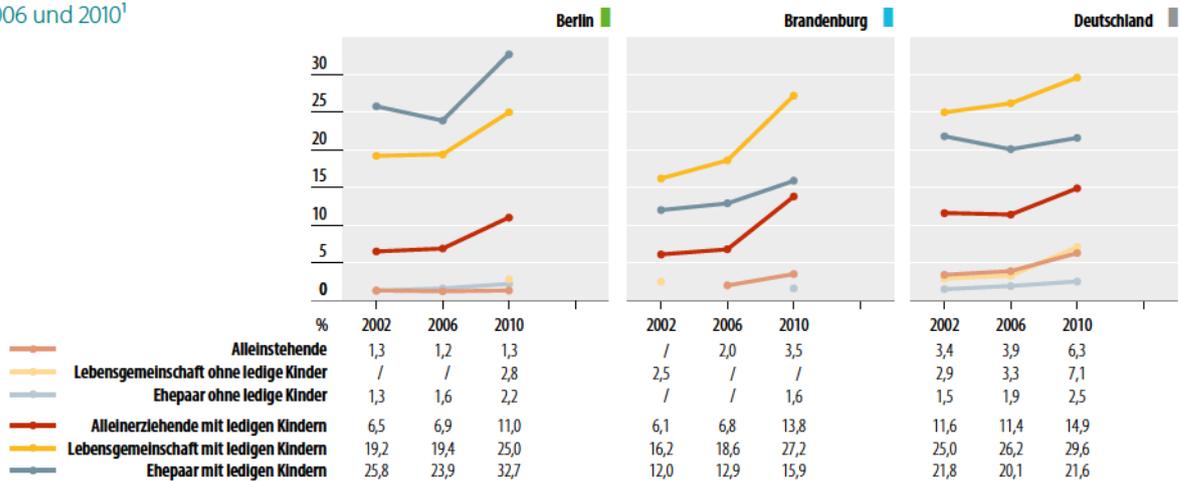
... nach Region

2010¹



... nach Region und Lebensform

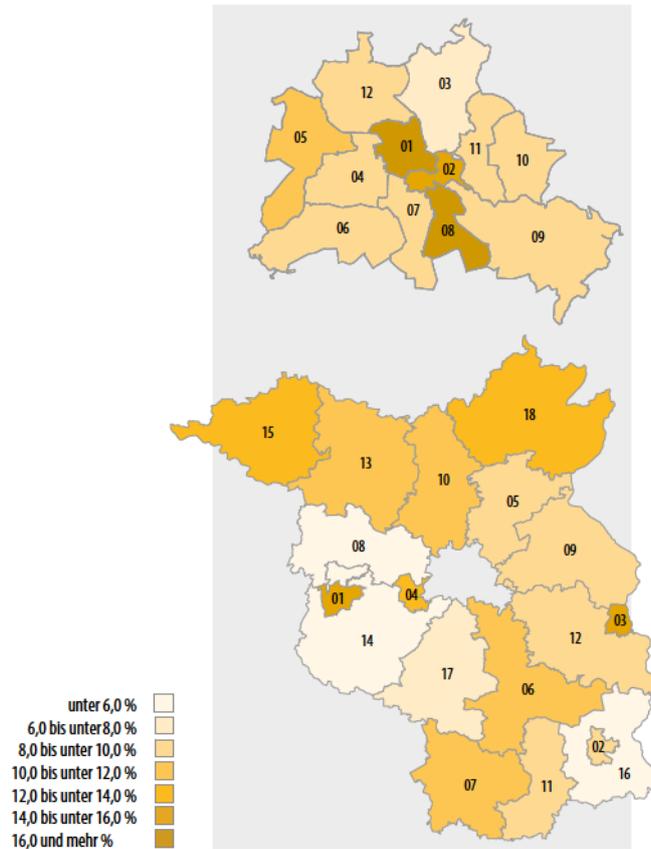
2002, 2006 und 2010¹



G Wohnsituation

G1 Anteil der Bevölkerung mit weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche im Landesmaßstab

... nach Berliner Bezirken und Brandenburger Kreisen und kreisfreien Städten

2010¹

Berlin	Bezirke	%
	01 Mitte	19,5
	02 Friedrichshain-Kreuzberg	14,6
	03 Pankow	7,7
	04 Charlottenburg-Wilmersdorf	8,6
	05 Spandau	11,7
	06 Steglitz-Zehlendorf	8,3
	07 Tempelhof-Schöneberg	8,7
	08 Neukölln	21,2
	09 Treptow-Köpenick	8,5
	10 Marzahn-Hellersdorf	9,1
	11 Lichtenberg	8,2
	12 Reinickendorf	8,7
	Berlin	11,3

Brandenburg	Kreise und kreisfreie Städte	%
	01 Brandenburg an der Havel	14,8
	02 Cottbus	9,7
	03 Frankfurt (Oder)	13,9
	04 Potsdam	13,6
	05 Barmm	8,6
	06 Dahme-Spreewald	10,8
	07 Elbe-Elster	10,6
	08 Havelland	5,9
	09 Märkisch-Oderland	7,9
	10 Oberhavel	11,3
	11 Oberspreewald-Lausitz	9,2
	12 Oder-Spree	8,9
	13 Ostprignitz-Ruppin	10,8
	14 Potsdam-Mittelmark	5,2
	15 Prignitz	12,2
	16 Spree-Neiße	4,8
	17 Teltow-Fläming	7
	18 Uckermark	12,1
	Brandenburg	9,4

G Wohnsituation

G2 Durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche nach Armutsgefährdung im Landesmaßstab

Definition

Durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche nach Armutsgefährdung im Landesmaßstab und Region

Relevanz

Indikator für den Zusammenhang von Armutsgefährdung und Wohnflächenversorgung

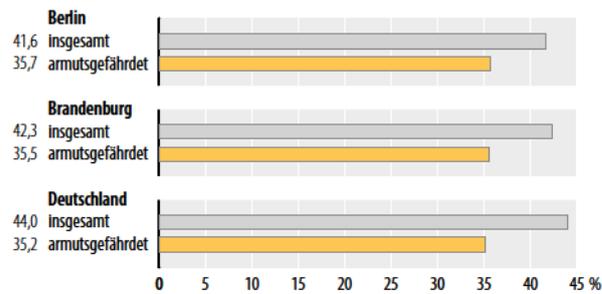
◀ Datenquellen | Methodische Hinweise

Ergebnisse

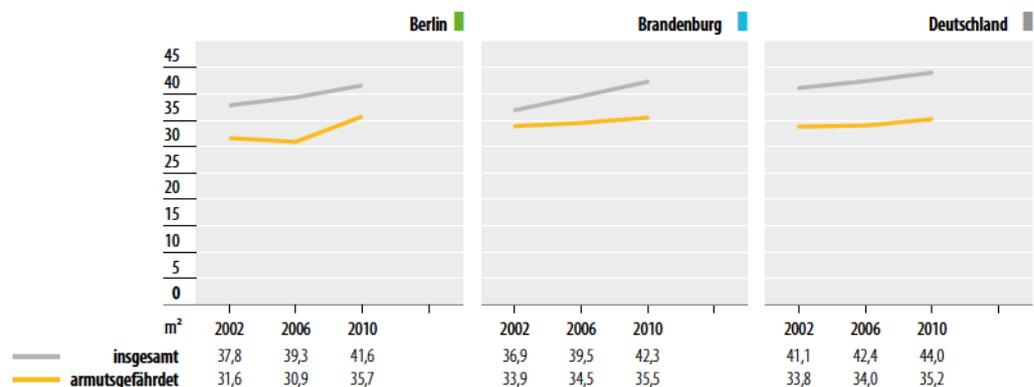
- In **Berlin** war die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche der armutsgefährdeten Bevölkerung mit 35,7 Quadratmetern um ca. sechs Quadratmeter geringer als die der Gesamtbevölkerung (41,6 Quadratmeter). Seit 2002 war die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche um ca. vier Quadratmeter gestiegen, die der armutsgefährdeten Bevölkerung ebenfalls.
- In **Brandenburg** betrug die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche 42,3 Quadratmeter. Mit 35,5 Quadratmetern war die zur Verfügung stehende Wohnfläche der armutsgefährdeten Brandenburgerinnen und Brandenburger um ca. sieben Quadratmeter geringer. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche in Brandenburg ist seit 2002 um mehr als fünf Quadratmeter angestiegen. Die der armutsgefährdeten Bevölkerung jedoch nur um ca. 1,5 Quadratmeter.

... nach Region und Armutsgefährdung im Landesmaßstab¹

2010



... nach Region und Armutsgefährdung im Landesmaßstab

2002, 2006 und 2010¹

1 2010 vorläufige Ergebnisse

Inhaltsverzeichnis

A Einkommensarmut	74	C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen	88
A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab	74	C 1 Mindestsicherungsquoten	88
I ... nach Altersgruppen und Geschlecht	74	C 2 SGB II-Quoten	89
II ... von Langzeiterwerbslosen nach Geschlecht	74	C 3 Empfänger von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt	89
III ... nach Bildungsabschluss und Geschlecht	75	C 4 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	90
IV ... nach Bildungsabschluss des Haupteinkommensbezieher im Haushalt	76	C 5 Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	90
V ... von frühen Schulabgängern nach Geschlecht	77	D Qualifikationsniveau	91
VI ... nach Haushaltstyp	77	D 1 Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand	91
VII ... der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Haushaltstyp	78	D 2 Anteil der frühen Schulabgänger	91
VIII ... nach Migrationshintergrund	78	D 3 Tertiäre Abschlüsse	92
IX ... nach Migrationshintergrund gemäß PartIntG Berlin	79	E Erwerbsbeteiligung	93
X ... der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht	79	E 1 Erwerbstätigenquoten	93
XI ... von Rentnern und Pensionären nach Geschlecht	80	E 2 Erwerbslosenquoten	93
A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab	80	E 3 Langzeiterwerbslosenquoten	94
I ... nach Altersgruppen und Geschlecht	80	E 4 Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätige	94
II ... nach Bildungsabschluss und Geschlecht	81	E 5 Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung	94
III ... der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht	82	F Gesundheit	95
A 2 Armutsquoten im Landesmaßstab	83	F 1 Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung	95
A 3 Quoten strenger Armut im Landesmaßstab	83	G Wohnsituation	95
A 4 Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens	84	G 1 Anteil der Bevölkerung mit weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche im Landesmaßstab	95
A 5 Armutsschwellen im Landesmaßstab nach Haushaltstyp	84	G 2 Durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche nach Armutsgefährdung im Landesmaßstab	95
B Einkommensverteilung	85	Datenquellen	96
B 1 Relative Armutsgefährdungslücke im Landesmaßstab	85	Literatur	98
B 2 Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens älterer zu dem von Personen unter 60 Jahren	85		
B 3 Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens älterer zu dem von Personen unter 65 Jahren	86		
B 4 Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen	86		
B 5 S80/S20-Quote	87		
B 6 Reichtumsquoten im Landesmaßstab	87		
B 7 Reichtumsschwellen im Landesmaßstab	88		

A Einkommensarmut

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

I ... nach Altersgruppen und Geschlecht

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Alter, Geschlecht und Region

Relevanz Einer der 10 Primärindikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union, Hauptindikator für Einkommensarmut; entspricht den Indikatoren 1a und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße

berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken A1a I

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

II ... von Langzeiterwerbslosen nach Geschlecht

Definition Anteil der Langzeiterwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen Langzeiterwerbslosen der gleichen Altersgruppe nach Geschlecht und Region

Relevanz Ergänzung des Indikators E 3 Langzeiterwerbslosenquote (SI-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration) um die Armutsgefährdung der Langzeitarbeitslosen

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Langzeiterwerbslose sind seit mindestens einem Jahr auf Arbeitsuche. Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaush-

halteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken A1a II

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

III ... nach Bildungsabschluss und Geschlecht

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss gemäß ISCED, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss und Armutsgefährdung

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Für das Jahr 2014 werden beim Mikrozensus die Bildungsabschlüsse gemäß der neuen ISCED-2011-Skala dargestellt. Die niedrigsten Stufe ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Die mittlere Stufe ISCED 2011 3-4 beinhaltet die Hoch- oder Fachhochschulreife und/oder die Lehrausbildung oder den berufsqualifizierenden Abschluss einer Berufsfachschule/Kollegschule, den Abschluss eines kurzen Bildungsgangs an einer Ausbildungsstätte/Schule des Gesundheitswesens oder den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, sowie den Abschluss eines 2- oder 3-jährigen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule für Gesundheits- und Sozialberufe. Die höchste Stufe ISCED 2011 5-8 umfasst den Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss, den Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie, den (Fach-) Hochschulabschluss sowie die Promotion.

Bis einschließlich 2013 fand die ISCED-1997-Skala Anwendung. Zwischen den Kategorisierungen der Abschlüsse durch die Skalen in den Fassungen von 2011 und 1997 gibt es Unterschiede. Die ISCED-Skala Skala in der Fassung von

1997 umfasst Stufen von 0 bis 6, wobei die Stufen 0-2 die Kategorie niedrige Bildung bilden, die Stufen 3-4 die mittlere Kategorie und die Stufen 5-6 die Kategorie höhere Bildung.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einsparereffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

← Ergebnisse | Grafiken A1a III

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

IV ... nach Bildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt und Armutsgefährdung

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

← Ergebnisse | Grafiken A1a IV

Methodische Hinweise Für das Jahr 2014 werden beim Mikrozensus die Bildungsabschlüsse gemäß der neuen ISCED-2011-Skala kategorisiert. Die niedrigsten Stufe ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Die mittlere Stufe ISCED 2011 3-4 beinhaltet die Hoch- oder Fachhochschulreife und/oder die Lehrausbildung oder den berufsqualifizierenden Abschluss einer Berufsfachschule/Kollegschule, den Abschluss eines kurzen Bildungsgangs an einer Ausbildungsstätte/Schule des Gesundheitswesens oder den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, sowie den Abschluss eines 2- oder 3-jährigen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule für Gesundheits- und Sozialberufe. Die höchste Stufe ISCED 2011 5-8 umfasst den Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss, den Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie, den (Fach-) Hochschulabschluss sowie die Promotion.

Bis einschließlich 2013 fand die ISCED-1997-Skala Anwendung. Zwischen den Kategorisierungen der Abschlüsse durch die Skalen in den Fassungen von 2011 und 1997 gibt es Unterschiede. Die

ISCED-Skala in der Fassung von 1997 umfasst Stufen von 0 bis 6, wobei die Stufen 0-2 die Kategorie niedrige Bildung bilden, die Stufen 3-4 die mittlere Kategorie und die Stufen 5-6 die Kategorie höhere Bildung.

Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einsparereffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

V ... von frühen Schulabgängern nach Geschlecht

Definition Anteil der frühen Schulabgänger mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen frühen Schulabgängern nach Geschlecht und Region

Relevanz Ergänzung des Indikators D 2 Anteil der frühen Schulabgänger (S und SI-P6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration) um die Armutsgefährdung der frühen Schulabgänger

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

← Ergebnisse | Grafiken A1a V

Methodische Hinweise Frühe Schulabgänger sind Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 2011 0-2), die sich in den letzten 4 Wochen nicht in Ausbildung befanden. Die Kategorie ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen oder beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt-/Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Für das Jahr 2014 werden beim Mikrozensus die Bildungsabschlüsse gemäß der neuen ISCED-2011-Skala dargestellt, für die Jahre bis einschließlich 2013 wird die ISCED-1997-Skala verwendet.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten

gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VI ... nach Haushaltstyp

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Haushaltstyp und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Haushaltstyp und Armutsgefährdung; entspricht dem Indikator SI-S1a aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

← Ergebnisse | Grafiken A1a VI

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die ge-

wichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VII ... der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Haushaltstyp

Definition Anteil der Bevölkerung, die in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Haushaltstyp und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von arbeitsmarktfernen Haushaltstypen mit Armutsgefährdung; Ergänzung der Indikatoren 1b, SI-P5, SI-S9 und IC-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration um die Armutsgefährdung der in den betroffenen Haushalten lebenden Personen

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die ge-

wichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken A1a VII

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

VIII ... nach Migrationshintergrund

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Migrationshintergrund und Region

Relevanz Indikator für die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Einen Migrationshintergrund nach dem Konzept des Mikrozensus haben alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Für die Berichtsjahre 2005, 2009 und 2013 wird der Migrationshintergrund im weiteren Sinne abgebildet, d.h. es fließen Informationen über die nicht im Haushalt lebenden Eltern der Befragten ein. Für die Berichtsjahre 2006 bis 2008, 2010 bis 2012 und 2014 wird nur der Migrationshintergrund im engeren Sinne abgebildet, da in diesen Jahren nur ein eingeschränktes Fragenprogramm zur Anwendung kam und den Befragten ein von den Eltern herührender Migrationshintergrund zugewiesen werden konnte, wenn die Eltern mit im Haushalt lebten und damit selbst befragt wurden.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzein-

kommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken A1a VIII

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

IX ... nach Migrationshintergrund gemäß PartIntG Berlin

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Migrationshintergrund gemäß Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin (PartIntG) nach Region

Relevanz Indikator für die Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Einen Migrationshintergrund nach dem Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz haben:

Ausländer, außerdem Deutsche, wenn sie nach 1949 zugewandert sind (erste Generation) oder mindestens ein Elternteil nach 1949 zugewandert ist (zweite Generation). Das Zuzugsjahr von nicht mehr im Haushalt lebenden Eltern wurde im Mikrozensus nur in den Jahren 2005, 2009 und 2013 erfasst. Deshalb werden nur diese Berichtsjahre ausgewiesen.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weitere

Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

← Ergebnisse | Grafiken A1a IX

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

X ... der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht

Definition Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle nach Geschlecht und Altersgruppen im Vergleich zur jeweils jüngeren Bevölkerung

Relevanz Indikator für Altersarmut; entspricht den Indikatoren PN-P1 und PN-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die ge-

wichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

← Ergebnisse | Grafiken A1a X

A 1a Armutsgefährdungsquoten im Landesmaßstab

XI ... von Rentnern und Pensionären nach Geschlecht

Definition Anteil der Rentner und Pensionäre mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle an allen Rentnern und Pensionären nach Geschlecht

Relevanz Indikator für Altersarmut und angemessene Renten/Pensionen; entspricht dem Indikator PN-S6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

← Ergebnisse | Grafiken A1a XI

Methodische Hinweise Als Rentner und Pensionäre zählen nichterwerbstätige Personen, die eine Rente oder Pension beziehen und Personen, die 65 Jahre und älter sind und eine Hinterbliebenenrente/ -pension erhalten.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkom-

men wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab

I ... nach Altersgruppen und Geschlecht

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle nach Alter, Geschlecht und Region

Relevanz Einer der 10 Primärindikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union, Hauptindikator für Einkommensarmut; entspricht den Indikatoren 1a und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungs-

schwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung auf der nationalen Ebene möchte man einen einheitlichen nationalen Maßstab gemäß der im deutschen Grundgesetz genannten gleichwertigen Lebensverhältnisse (§ 72 GG) für Vergleiche zugrunde legen. Auch die Europäische Union berücksichtigt nur die nationale Ebene als Maßstab für Armutsgefährdungsquoten.

← Ergebnisse | Grafiken A1b I

A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab

II ... nach Bildungsabschluss und Geschlecht

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach höchstem allgemeinen und beruflichen Abschluss gemäß ISCED, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Bildungsabschluss und Armutsgefährdung

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

← Ergebnisse | Grafiken A1b II

Methodische Hinweise Für das Jahr 2014 werden beim Mikrozensus die Bildungsabschlüsse gemäß der neuen ISCED-2011-Skala dargestellt. Die niedrigsten Stufe ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Die mittlere Stufe ISCED 2011 3-4 beinhaltet die Hoch- oder Fachhochschulreife und/oder die Lehrausbildung oder den berufsqualifizierenden Abschluss einer Berufsfachschule/Kollegschule, den Abschluss eines kurzen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule des Gesundheitswesens oder den Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, sowie den Abschluss eines 2- oder 3-jährigen Bildungsganges an einer Ausbildungsstätte/Schule für Gesundheits- und Sozialberufe. Die höchste Stufe ISCED 2011 5-8 umfasst den Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss, den Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie, den (Fach-) Hochschulabschluss sowie die Promotion.

Bis einschließlich 2013 fand die ISCED-1997-Skala Anwendung. Zwischen den Kategorisierungen der Abschlüsse durch die Skalen in den Fassungen von 2011 und 1997 gibt es Unterschiede. Die ISCED-Skala Skala in der Fassung von 1997 umfasst Stufen von 0 bis 6, wobei

die Stufen 0-2 die Kategorie niedrige Bildung bilden, die Stufen 3-4 die mittlere Kategorie und die Stufen 5-6 die Kategorie höhere Bildung.

Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einsparereffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung auf der nationalen Ebene möchte man einen einheitlichen nationalen Maßstab gemäß der im deutschen Grundgesetz genannten gleichwertigen Lebensverhältnisse (§ 72 GG) für Vergleiche zugrunde legen. Auch die Europäische Union berücksichtigt nur die nationale Ebene als Maßstab für Armutsgefährdungsquoten.

A 1b Armutsgefährdungsquoten im Bundesmaßstab

III ... der älteren Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht

Definition Anteil der Bevölkerung ab 60 Jahren mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der bundeseinheitlichen Armutsgefährdungsschwelle nach Geschlecht, Altersgruppen im Vergleich zur jeweils jüngeren Bevölkerung und Region

Relevanz Indikator für Altersarmut; entspricht den Indikatoren PN-P1 und PN-S1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushaltseinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 %

des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdung auf der nationalen Ebene möchte man einen einheitlichen nationalen Maßstab gemäß der im deutschen Grundgesetz genannten gleichwertigen Lebensverhältnisse (§ 72 GG) für Vergleiche zugrunde legen. Auch die Europäische Union berücksichtigt nur die nationale Ebene als Maßstab für Armutsgefährdungsquoten.

◀ Ergebnisse | Grafiken A1b III

A2 Armutsquoten im Landesmaßstab

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen unterhalb der landesspezifischen Armutsschwelle nach Altersgruppen und Region

Relevanz Ergänzender Indikator zur Armutgefährdung; entspricht den Indikatoren SI-5te und PN-S8 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens

durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsschwelle liegt bei 50 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als arm. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armut unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken A2

A3 Quoten strenger Armut im Landesmaßstab

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 40% des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens nach Region

Relevanz Indikator für sogenannte strenge Armut; entspricht dem Indikator SI-5te aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Auf die Darstellung des Indikators nach Regionen wird verzichtet, da schon auf Landesebene die Genauigkeit teilweise eingeschränkt ist.

Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Net-

tohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Schwelle für strenge Armut liegt bei 40 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als von strenger Armut betroffen. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von strenger Armut unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken A3

A 4 Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb von 70 % des landesspezifischen Medians des Äquivalenzeinkommens nach Altersgruppen

Relevanz Beschreibung der Armutsnähe; entspricht den Indikatoren SI-S1e und PN-S8 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße

berechnet. Die Schwelle für Armutsnähe liegt bei 70 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsnah. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsnähe unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

← Ergebnisse | Grafiken A 4

A 5 Armutsschwellen im Landesmaßstab nach Haushaltstyp

Definition 40 % (Grenze strenger Armut), 50 % (Armutsschwelle), 60 % (Armutgefährdungsschwelle) und 70 % (Grenze der Armutsnähe) des mittleren landesspezifischen Äquivalenzeinkommens in Euro nach Haushaltstyp und Region

Relevanz Die Armutsschwellen grenzen relative Einkommensarmut ab. Sie beruhen auf einem anderen Konzept als für die Festlegung von Regelsätzen für Bedarfsgemeinschaften nach SGB II („Hartz-IV“) zum Einsatz kommt und sollten deshalb nicht mit diesen verglichen werden; entspricht den Indikatoren Ia und SI-P1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Armutgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalen-

zeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung der Armutgefährdungsschwelle auf der nationalen Ebene möchte man einen einheitlichen nationalen Maßstab gemäß der im deutschen Grundgesetz genannten gleichwertigen Lebensverhältnisse (§ 72 GG) für Vergleiche zugrunde legen. Auch die Europäische Union berücksichtigt nur die nationale Ebene als Maßstab.

Die Armutsschwelle liegt bei 50 %; die Schwelle für strenge Armut bei 40 % und die Schwelle für Armutsnähe bei 70 % des Medianäquivalenzeinkommens.

← Ergebnisse | Grafiken A 5

B Einkommensverteilung

B1 Relative Armutsgefährdungslücke im Landesmaßstab

Definition Abstand des Medianäquivalenzeinkommens der armutsgefährdeten Bevölkerung von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent nach Region, Geschlecht und Alter

Relevanz Indikator für den Schwerpunkt und die Verteilung der Äquivalenzeinkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung; entspricht den Indikatoren 2 und SI-P3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete

Haushaltsgröße berechnet. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Schwelle liegt, gelten als armutsgefährdet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Armutsgefährdungsschwellen unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken B1

B2 Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens älterer zu dem von Personen unter 60 Jahren

Definition Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 60 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 60 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessenheit der Einkommen älterer Personen und Generationengerechtigkeit; entspricht dem Indikator PN-S2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete

Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken B2

B3 Verhältnis des mittleren Äquivalenzeinkommens älterer zu dem von Personen unter 65 Jahren

Definition Verhältnis des Medians der Äquivalenzeinkommen von Personen im Alter ab 65 Jahren zum Median der Äquivalenzeinkommen von Personen unter 65 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für die Angemessenheit der Einkommen von Personen, die nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind bzw. Generationengerechtigkeit; entspricht den Indikatoren 7a und PN-P2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewich-

tete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken B3

B4 Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen

Definition Gini-Koeffizient der Äquivalenzeinkommen nach Region

Relevanz Maß für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen; entspricht dem Indikator SI-C2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von

0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Ermittlung des Gini-Koeffizienten erfolgt für verschiedene regionale Ebenen. Ein Wert des Koeffizienten von „1“ signalisiert maximale Ungleichheit, ein Wert von „0“ bedeutet absolute Gleichverteilung der Äquivalenzeinkommen.

◀ Ergebnisse | Grafiken B4

B 5 S80/S20-Quote

Definition Verhältnis der Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Quintils (Fünftels der Verteilung) zur Summe des untersten Quintils nach Region

Relevanz Indikator für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen; einer der Primäridikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union; entspricht den Indikatoren 2 und SI-C1 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Die höchste und nach oben offene Klasse geht mit einem Klassenmittelwert von 18 500 EUR bei einer Klassenuntergrenze von 18 000 EUR in die Berechnung ein. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Ein-

personenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet.

◀ Ergebnisse | Grafiken B 5

B 6 Reichtumsquoten im Landesmaßstab

Definition Anteil der Bevölkerung mit einem bedarfsgewichteten Einkommen oberhalb der landesspezifischen Reichtumsschwelle nach Region

Relevanz Indikator zur Einkommensverteilung

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Berechnung des Indikators aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens

durch die gewichtete Haushaltsgröße berechnet. Die Reichtumsschwelle liegt bei 200 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen oberhalb der Schwelle liegt, gelten als reich. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Reichtum unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

◀ Ergebnisse | Grafiken B 6

B7 Reichtumsschwellen im Landesmaßstab

Definition Die Reichtumsschwelle beträgt 200 % des mittleren landesspezifischen Äquivalenzeinkommens in Euro nach Region

Relevanz Indikator bezeichnet die Grenze zu Reichtum relativ zur regionalen Einheit, für die sie berechnet wurde

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

◀ Ergebnisse | Grafiken B7

Methodische Hinweise Die Berechnung des Indikators erfolgt aus klassierten Einkommensangaben. Zur Ermittlung des Äquivalenzeinkommens wird die neue OECD-Skala verwendet. Sie berücksichtigt Einspareffekte in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Einpersonenhaushalten. Dabei wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1, jeder weiteren Person über 13 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind bis 13 Jahren ein Gewicht von 0,3 zugeordnet. Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen wird durch Division des monatlichen Nettohaushalteinkommens durch die gewichtete

Haushaltsgröße berechnet. Die Reichtumsschwelle liegt bei 200 % des Medians dieses Äquivalenzeinkommens. Alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen oberhalb der Schwelle liegt, gelten als reich. Die Ermittlung des Medians kann auf verschiedenen regionalen Stufen erfolgen. Bei der Ermittlung von Reichtum unterhalb der nationalen Ebene – beispielsweise wie hier im Landesmaßstab – möchte man die regional herrschenden Einkommensunterschiede, aber auch das regional unterschiedliche Preisniveau berücksichtigen.

C Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen

C1 Mindestsicherungsquoten

Definition Anteil der Bevölkerung, der Leistungen aus den sozialen Mindestsicherungssystemen bezieht. Dazu gehören Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem SGB II, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII und Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Relevanz Soziale Mindestsicherungsleistungen werden nach einer Bedürftigkeitsprüfung zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts gewährt. Die Mindestsicherungsquote bezeichnet damit den Anteil der Bevölkerung, der seinen grundlegenden Lebensunterhalt nicht sichern kann. Die Mindestsicherungsquote bezeichnet das Ausmaß bekämpfter Armut.

Datenquelle Statistik der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II, Statistiken der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII, Asylbewerberleistungsstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen S.96/97)

Methodische Hinweise Anders als im jährlichen Bericht Soziale Mindestsicherung in Deutschland, der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegeben wird, werden die Leistungen der Kriegsopferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz nicht in die hier präsentierte Mindestsicherungsquote einbezogen. Der Grund liegt in den sehr geringen und sinkenden Fallzahlen dieser Statistik für Berlin und Brandenburg. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen.

◀ Ergebnisse | Grafiken C1

C2 SGB II-Quoten

Definition Anteil der Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften im Dezember des Jahres bezogen auf die Bevölkerung im Alter von unter 65 Jahren

Relevanz Das Lebensumfeld großer Bevölkerungsgruppen in Berlin und Brandenburg ist durch die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen geprägt. Die Empfänger von Leistungen zur „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) können nur durch alleinige oder zusätzliche Unterstützungsleistungen den Lebensunterhalt sichern. Durch die Höhe der Regelsätze und die übernommenen Kosten der Unterkunft und Heizung wird eine absolute Armutsgrenze umschrieben. Menschen, die in SGB II-Bedarfsgemeinschaften leben, bewegen sich in einem finanziell restriktiven Rahmen. Umgangssprachlich wird von „Hartz IV“ gesprochen.

Datenquelle Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Bestandserhebung zum 31.12. eines Berichtsjahres als Vollerhebung. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen.

◀ Ergebnisse | Grafiken C2

C3 Empfänger von Laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Definition Anteil der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden nach Geschlecht und Region

Relevanz Bestandteil der Mindestsicherungsquote

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik über die Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Bestandserhebung zum 31.12. eines Berichtsjahres als Vollerhebung. Erfasst werden auch die Leistungsberechtigten, denen die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt weniger als einen Monat zur kurzfristigen Überbrückung gewährt wird (z. B. als Vorleistung für Rente etc.) sowie die Personen, die zunächst anteilige Monatssätze oder auch nur Barschecks u. a. provisorische Zahlungen erhalten, im folgenden Monat aber monatliche Regelsätze beziehen.

Mit dem Wegfall des bisherigen § 27 Abs. 3 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und der Einführung des neuen § 35 SGB XII, 2011 ersetzt durch §27b SGB XII - Notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen, sind ab 2005 auch diejenigen Leistungsberechtigten als

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zu erfassen, denen für mindestens einen Monat Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII in einer Einrichtung gewährt wird.

Mit der Neugestaltung des Sozialhilferechts zum 1.1.2005 ändert sich insbesondere der Kreis der Anspruchsberechtigten. Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe nach dem SGB XII erhalten seitdem nur noch nicht erwerbsfähige Personen, die sonst bei Bedürftigkeit keine andere Leistung erhalten. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen.

◀ Ergebnisse | Grafiken C3

C4 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Definition Anteil der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden nach Geschlecht, Form der Unterbringung und Region

Relevanz Bestandteil der Mindestsicherungsquote

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik über die Empfänger/innen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Bestandserhebung zum 31.12. eines Berichtsjahres als Vollerhebung. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung handelt es sich um eine bedürftigkeitsabhängige Leistung. Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und volljährige dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen haben Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII). Diese

Leistungen sollen den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt decken. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sieht in der Regel keinen Unterhaltsrückgriff auf Kinder und Eltern vor. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen.

◀ Ergebnisse | Grafiken C4

C5 Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Definition Quote der Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Geschlecht, Art der Leistung und Region

Relevanz Bestandteil der Mindestsicherungsquote

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Asylbewerberleistungsstatistik (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Bestandserhebung zum 31.12. eines Berichtsjahres als Vollerhebung. Seit 1993 erhalten in Deutschland lebende Asylbewerber anstelle von Sozialhilfe bei Bedarf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die sogenannten Regelleistungen und die besonderen Leistungen.

Regelleistungen dienen der Deckung des täglichen Bedarfs in Form von Grundleistungen (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung etc.) oder in besonderen Fällen werden sie als Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Besondere Leistungen erhalten Asylbewerber in speziellen Bedarfssituationen wie Krankheit, Schwangerschaft,

Geburt oder als Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten. Im Rahmen der sozialen Mindestsicherungsleistungen werden nur die Regelleistungsempfänger berücksichtigt. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die Fallzahlen auf die neuen Bevölkerungszahlen nach dem Zensus 2011 bezogen. Der vom Zensus 2011 festgestellte Bevölkerungsrückgang führt dazu, dass die Quoten der Vorjahre als zu niedrig gelten müssen. In Berlin werden Asylbewerber auch bei der Zentralen Leistungs- und Aufnahmestelle für Asylbewerber registriert und sind so nicht den Bezirken zuzuordnen. Diese Fälle gehen nur in die Quote für das Land Berlin mit ein.

◀ Ergebnisse | Grafiken C5

D Qualifikationsniveau

D1 Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Bildungsstand

Definition Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 0-2) in der Bevölkerung ab 25 Jahren nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabechancen am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht dem Indikator SI-S2 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Kategorie ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Für die Jahre bis einschließlich 2013 wurde die ISCED-Skala in der Fassung von 1997 verwendet.

← Ergebnisse | Grafiken D1

D2 Anteil der frühen Schulabgänger

Definition Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand (ISCED 0-2), die sich in den letzten 4 Wochen nicht in Ausbildung befanden in der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 25 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabechancen der jungen Generation am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht den Indikatoren 5, SI-P6 und IC-S6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration. Leitindikator der Agenda 2020 der Europäischen Union. Das Europäische Ziel besteht darin, den Anteil bis zum Jahr 2020 auf unter 10 Prozent zu senken.

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Kategorie ISCED 2011 0-2 umfasst den fehlenden allgemeinen und beruflichen Abschluss, den Abschluss nach höchstens 7 Jahren Schulbesuch sowie den Haupt- oder Realschulabschluss und/oder die Anlernausbildung, das berufliche Praktikum oder Berufsvorbereitungsjahr. Für die Jahre bis einschließlich 2013 wurde die ISCED-Skala in der Fassung von 1997 verwendet.

Anders als beim vorliegenden Indikator zählt die amtliche Schulstatistik

unter Abgänger/innen der allgemeinbildenden Schulen Schüler/innen des Berichtsschuljahres, die die Schulart nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht am Ende oder im Verlauf des Berichtsschuljahres ohne Abschluss verlassen haben und nicht auf eine andere allgemeinbildende Schulart gewechselt haben. Auch die sogenannte „Schulabgängerquote“ sollte nicht mit dem vorliegenden Indikator verwechselt werden.

← Ergebnisse | Grafiken D2

D3 Tertiäre Abschlüsse

Definition Anteil der Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss in der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 35 Jahren nach Geschlecht und Region

Relevanz Ein höherer beruflicher Abschluss ist eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeitsmarktteilnahme in einer wissensbasierten Gesellschaft. Leitindikator der Agenda 2020 der Europäischen Union. Das Europäische Ziel besteht darin, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 40 Prozent zu erreichen.

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Tertiäre Abschlüsse entsprechen den höchsten Stufen 5-8 der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen ISCED 2011. Dazu gehören der Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Fachschulabschluss, der Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie, der (Fach-)Hochschulabschluss sowie die Promotion. Bis 2013 wurde die ISCED-Skala in der Fassung von 1997 verwendet. Ein tertiärer Abschluss ent-

spricht dabei den ISCED-97-Kategorien 5 und 6. ISCED 1997 5b: Meister-/Techniker oder gleichwertiger Fachschulabschluss, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie; Abschluss der Fachschule der DDR; Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule; ISCED 1997 5a: Fachhochschule, Hochschule; ISCED 1997 6: Promotion

E Erwerbsbeteiligung

E1 Erwerbstätigenquoten

Definition Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabe der Bevölkerung am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht den Indikatoren 10, 12 und PN-P6 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen ist ein Leitindikator der Agenda 2020 der Europäischen Union. Das Europäische Ziel besteht darin, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 75 Prozent zu erreichen, das nationale Ziel für Deutschland wurde mit 77 Prozent festgelegt.

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Erwerbstätigenquote ist nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung in der gleichen Altersgruppe. Erwerbstätig sind alle Personen, die einer oder auch mehrerer Erwerbstätigkeiten nachgehen, unabhängig von der Dauer der geleisteten Arbeitszeit. Die Quote bezieht sich auf Personen am Hauptwohnsitz.

◀ Ergebnisse | Grafiken E1

E2 Erwerbslosenquoten

Definition Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe nach Altersgruppen, Geschlecht und Region

Relevanz Indikator für Teilhabe der Bevölkerung am Arbeitsmarkt und im weiteren Sinne für die Zukunftsfähigkeit einer Region; entspricht dem Indikator 12 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Erwerbslose sind Erwerbspersonen, die nicht am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen und innerhalb von zwei Wochen aufnehmen können. Erwerbspersonen sind Erwerbstätige und Erwerbslose. Die Quote bezieht sich auf Personen am Hauptwohnsitz.

◀ Ergebnisse | Grafiken E2

E3 Langzeiterwerbslosenquoten

Definition Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, bei denen die Dauer der Erwerbslosigkeit länger als 12 Monate anhält an den Erwerbspersonen der entsprechenden Altersgruppe nach Geschlecht und Region

◀ Ergebnisse | Grafiken E3

Relevanz Einer der Primärindikatoren der „Laeken-Indikatoren“ der Europäischen Union; entspricht dem Indikator SI-P4 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Erwerbspersonen sind Erwerbstätige und Erwerbslose. Langzeiterwerbslose Personen sind Personen, die seit mindestens einem Jahr erwerbslos sind. Die Dauer der Erwerbslosigkeit ist die Dauer der Suche nach einer Erwerbstätigkeit bzw. die Zeit seit der Beendigung der letzten Tätigkeit, je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist. Bis 2004 ist nur die Dauer der Suche nach einer Erwerbstätigkeit berücksichtigt. Die Quote bezieht sich auf Personen am Hauptwohnsitz.

E4 Bevölkerung in Haushalten ohne Erwerbstätigen

Definition Anteil der Bevölkerung, der in Haushalten ohne Erwerbstätige lebt nach Alter, Geschlecht, Haushaltstyp und Region

◀ Ergebnisse | Grafiken E4

Relevanz Indikator für soziale Exklusion der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der betroffenen Kinder bezogen auf den Arbeitsmarkt; entspricht dem Indikator SI-P5 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Als abhängige Kinder werden alle Personen im Alter von 0 bis unter 18 Jahren sowie alle Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die keine Erwerbstätigkeit ausüben und mit mindestens einem Elternteil leben verstanden.

E5 Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung

Definition Differenz der Erwerbstätigenquoten von Personen mit und ohne Zuwanderungserfahrung („Employment gap of immigrants“) nach Geschlecht und Region in Prozentpunkten

◀ Ergebnisse | Grafiken E5

Relevanz Indikator für die Integration der zugewanderten Bevölkerung in Bezug auf die zentrale Dimension Arbeitsmarktbeteiligung; entspricht dem Indikator SI-P7 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Zuwanderungserfahrung wird mit Hilfe des Konzepts für den Migrationshintergrund aus dem Mikrozensus abgebildet.

F Gesundheit

F1 Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung

Definition Anteil der Bevölkerung mit Krankenversicherung nach Versicherungsstatus, Art der Versicherung und Region

◀ Ergebnisse | Grafiken F1

Relevanz Indikator der Gesundheitsfürsorge; entspricht dem Indikator HC-P3 aus den EU-Indikatorenportfolios zur Messung sozialer Integration

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Art der Krankenversicherung wird im Mikrozensus in jedem vierten Jahr erfragt. Die Fragestellung wurde zwischen 2003 und 2007 geändert. Unter anderem gibt es die Kategorie: „als Rentner versichert“ nicht mehr. Für die Berichtsjahre 1999 und 2003 wurden die Rentner den Pflichtversicherten zugeordnet. Zeitvergleiche sind dadurch eingeschränkt. In der Kategorie „selbst versichert“ sind auch Personen mit „sonstiger Krankenversorgung“ enthalten.

G Wohnsituation

G1 Anteil der Bevölkerung mit weniger als der Hälfte der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche im Landesmaßstab

Definition Anteil der Bevölkerung, dem weniger als die Hälfte der landesdurchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche zur Verfügung steht nach Lebensform und Region

◀ Ergebnisse | Grafiken G1

Relevanz Indikator für Wohnflächenversorgung bzw. „Wohnarmut“. Eine Unterversorgung mit Wohnraum ist eine Erscheinungsform von Armut und stellt häufig eine Einschränkung des täglichen Lebens und der gesellschaftlichen Teilhabe dar.

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Wohnsituation wird im Mikrozensus in jedem vierten Jahr erfragt. Die Ergebnisse für das Berichtsjahr 2010 werden voraussichtlich revidiert. Nach Abschluss der Datenaufbereitung zeigte sich ein Fehler, der nach ersten Analysen jedoch nur eine geringe Zahl der befragten Haushalte betrifft. Die exakten Auswirkungen auf die Ergebnisse sind derzeit noch nicht quantifizierbar. Die Ergebnisse für das Berichtsjahr 2014 lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

G2 Durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche nach Armutsgefährdung im Landesmaßstab

Definition Durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche nach Armutsgefährdung im Landesmaßstab und Region

◀ Ergebnisse | Grafiken G2

Relevanz Indikator für den Zusammenhang von Armutsgefährdung und Wohnflächenversorgung

Datenquelle Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus (→ siehe Kapitel Datenquellen, S.96/97)

Methodische Hinweise Die Wohnsituation wird im Mikrozensus in jedem vierten Jahr erfragt. Die Ergebnisse für das Berichtsjahr 2010 werden voraussichtlich revidiert. Nach Abschluss der Datenaufbereitung zeigte sich ein Fehler, der nach ersten Analysen jedoch nur eine geringe Zahl der befragten Haushalte betrifft. Die exakten Auswirkungen auf die Ergebnisse sind derzeit noch nicht quantifizierbar. Die Ergebnisse für das Berichtsjahr 2014 lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Datenquellen

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine von der amtlichen Statistik jährlich durchgeführte repräsentative Befragung bei einem Prozent aller Haushalte in Deutschland. Er wird seit 1957 im früheren Bundesgebiet und seit 1991 in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost erhoben. Der Mikrozensus liefert statistische Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Haushalte, der Familien und anderer Formen des Zusammenlebens. Die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Europäischen Union ist in Deutschland in den Mikrozensus integriert und ermöglicht internationale Vergleiche hinsichtlich der Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit.

Für die meisten Fragen des Mikrozensus besteht Auskunftspflicht.

Bis zum Jahr 2004 erfolgte die Erhebung der Angaben bezogen auf einen Stichtag im April. Ab 2005 ist die Erhebung gleichmäßig über das Kalenderjahr verteilt, mit gleitender Berichtswoche. Zusätzlich wird ab 2005 ein verändertes Hochrechnungsverfahren eingesetzt. Ab dem Berichtsjahr 2011 wird der Mikrozensus mit dem Hochrechnungsrahmen auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung nach dem Zensus 2011 hochgerechnet. Dadurch sind Zeitvergleiche eingeschränkt.

Seit dem Jahr 2005 werden im Rahmen des Mikrozensus Merkmale zum Migrationshintergrund der Bevölkerung erhoben. Da eine direkte Erhebung des Merkmals „Migrationshintergrund“ nicht umsetzbar ist, werden verschiedene Einzelmerkmale zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit erfasst.

In den Tabellen werden hochgerechnete Häufigkeiten unter 5 000 Fällen (weniger als 50 Befragte in der Stichprobe) nicht nachgewiesen, da hier der einfache relative Standardfehler mit einer großen Wahrscheinlichkeit über 15 % liegt. Für die aus den Mikrozensus-Daten errechneten Armutsquoten wird die Fehlerrechnung zur Zeit überarbeitet, so dass sich für das Vorgehen bei der Sperrung von Tabellenzellen von dieser Auflage zur folgenden Auflagen Änderungen ergeben können.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt für die Bevölkerung am Hauptwohnsitz. Bei Einkommensauswertungen, zu denen auch die Armutsquoten gehören, wird zusätzlich auf die Bevölkerung in Privathaushalten eingeschränkt. Prozentuiert wird grundsätzlich auf die gültigen Antworten. Das Nettohaushalteinkommen wird in 24 Klassen abgefragt. Die oberste Klasse erfasst Einkommen ab 18 000 EUR und mehr.

Statistik der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II

Die Leistungsstatistik nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) wird von der Bundesagentur für Arbeit (BA) erstellt. Sie berichtet über die Anzahl der hilfebedürftigen Personen unter 65 Jahre und erbrachte Leistungen nach dem SGB II. Die Personen in Bedarfsgemeinschaften („Hartz-IV-Empfänger“) sind nach erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und nach nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zu unterscheiden. Die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erhalten Arbeitslosengeld II und die nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen Sozialgeld. Zu den Leistungen gehören auch die Kosten der Unterkunft. Eine Bedarfsgemeinschaft ist ein rechtliches Konstrukt, welches alle zusammenlebenden Personen einschließt, die dem Grunde nach leistungsberechtigt sind.

Statistiken der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII

Die Statistik über die Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt wird als Bestandserhebung zum 31.12. eines Berichtsjahres als Vollerhebung durchgeführt. Die Erhebung erstreckt sich auf die Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, denen Leistungen für mindestens einen Monat gewährt werden. Erfasst werden auch die Leistungsberechtigten, denen die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt weniger als einen Monat zur kurzfristigen Überbrückung gewährt wird (z. B. als Vorleistung für Rente etc.) sowie die Personen, die zunächst anteilige Monatssätze oder auch nur Barschecks u. a. provisorische Zahlungen erhalten, im folgenden Monat aber monatliche Regelsätze beziehen.

Datenquellen

Mit dem Wegfall des bisherigen § 27 Abs. 3 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und der Einführung des neuen § 35 SGB XII (Notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen), geändert ab 2011 durch § 27b SGB XII sind ab 2005 auch diejenigen Leistungsberechtigten als Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zu erfassen, denen für mindestens einen Monat Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII in einer Einrichtung gewährt wird.

Erhoben werden personenbezogene und soziodemographische Grunddaten (Geschlecht, Geburtsjahr, Staatsangehörigkeit, etc.). Weitere Merkmale beziehen sich auf die Art, Höhe und Dauer des Leistungsbezugs sowie auf Angaben über die Einkommenssituation. Die Statistik wird als Sekundärstatistik erhoben, bei der bereits vorliegende Verwaltungsdaten statistisch aufbereitet werden.

Mit der Neugestaltung des Sozialhilferechts zum 1.1.2005 ändert sich insbesondere der Kreis der Anspruchsberechtigten. Hilfe zum Lebensunterhalt in der Sozialhilfe nach dem SGB XII erhalten seitdem nur noch nicht erwerbsfähige Personen, die sonst bei Bedürftigkeit keine andere Leistung erhalten. Die Sozialhilfe bzw. die Hilfe zum Lebensunterhalt wird im Zuge dieser Reform wieder zu einem Sicherungssystem für eine relativ kleine Zahl von Anspruchsberechtigten. Durch die Änderung des Erhebungskonzeptes sowie die deutliche Reduktion der Fallzahlen ist eine zeitliche Vergleichbarkeit mit den Statistiken vor 2005 nicht mehr gegeben.

Die Statistik über die Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird als Bestandserhebung (Vollerhebung) jährlich zum 31. Dezember eines abgelaufenen Kalenderjahres durchgeführt. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung handelt es sich um eine bedürftigkeitsabhängige Leistung. Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und volljährige dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen haben Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII). Diese Leistungen sollen den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt decken. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sieht in der Regel keinen Unterhaltsrückgriff auf Kinder und Eltern vor.

Die Statistik wird als Sekundärstatistik erhoben, bei der bereits vorliegende Verwaltungsdaten statistisch aufbereitet werden.

Die Asylbewerberleistungsstatistik

Die Erhebung über die Statistik von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wird als Totalerhebung jährlich zum 31. Dezember durchgeführt.

Seit 1993 erhalten in Deutschland lebende Asylbewerber anstelle von Sozialhilfe bei Bedarf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die sogenannten Regelleistungen und die besonderen Leistungen. Regelleistungen dienen der Deckung des täglichen Bedarfs in Form von Grundleistungen (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung etc.) oder in besonderen Fällen werden sie als Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Besondere Leistungen erhalten Asylbewerber in speziellen Bedarfssituationen wie Krankheit, Schwangerschaft, Geburt oder als Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten. Die Statistik über die Empfänger von Regelleistungen wird ebenfalls als Sekundärstatistik erhoben, bei der bereits vorliegende Verwaltungsdaten statistisch aufbereitet werden. Im Rahmen der sozialen Mindestsicherungsleistungen werden nur die Regelleistungsempfänger berücksichtigt.

Literatur

- Becker, Bernd; Mertel, Bettina (2010): Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland. In: *Wirtschaft und Statistik* 4/2010, S. 383-395. Statistisches Bundesamt
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): *Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2015): *Strategische Sozialberichterstattung 2015 – Deutschland*. Berlin
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2014): *Nationaler Sozialbericht 2014*. Bonn
- European Commission, Employment, Social Affairs and Equal Opportunities DG (2006): *Portfolio of Overarching Indicators and Streamlined Social Inclusion, Pensions, and Health Portfolios*. Brüssel
- European Commission, Employment, Social Affairs and Equal Opportunities DG (2009): *Portfolio of Indicators for the Monitoring of the European Strategy for Social Protection and Social Inclusion – 2009 Update*. Brüssel
- Gerhardt, Anke; Habenicht, Karin; Munz, Eva (2009): *Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik*. In: *Statistische Analysen und Studien NRW, Band 58, Information und Technik Nordrhein-Westfalen*
- Kohl, Steffen (2010): *Armut als Konstruktion. Materielle Benachteiligung von Kindern variiert stark – je nach Berechnungsart*. In: *WZB-Mitteilungen Heft 130, Dezember 2010, S. 36-39*. Berlin
- Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg (2015): *Brandenburger Sozialindikatoren 2015. Aktuelle Daten zur sozialen Lage im Land Brandenburg*. Cottbus
- Meinlschmidt, Gerhardt (Hrsg.) (2014): *Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013. Gesundheitsberichterstattung Berlin. Spezialbericht. Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung*. Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales. Berlin
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW) (Hrsg.) (2015): *Sozialberichterstattung NRW. Kurzanalyse 02/2015*. Düsseldorf
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg (MASGF Brandenburg) (2008): *Lebenslagen in Brandenburg. Chancen gegen Armut*
- Munz-König, Eva (2013): *Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut*. In: *Sozialer Fortschritt, Band 62, Nr. 5, S. 123-131*
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2015): *Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014*
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.) (2013): *Monitoring Soziale Stadtentwicklung*. <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten/stadtentwicklung/monitoring/index.shtml>. Berlin
- Social Protection Committee Indicators Sub-group (2015): *Portfolio of EU Social Indicators for the Monitoring of Progress Towards the EU Objectives for Social Protection and Social Inclusion*. Luxembourg: Publications Office of the European Union
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2012): *Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2010*. Wiesbaden
- UNESCO Institute for Statistics (2012): *International Standard Classification of Education. ISCED 2011*. Canada, Montreal